Nr. 238 ♦ 44. Jahrg.
Ausgabe A Nr. 121

Bezugspreis:
Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3,— Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,50 Reichsmark, für das übrige Ausland 5,50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts" mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt" und „Kulturarbeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Morgenausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5,— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8½ Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297.

Sonnabend, den 21. Mai 1927

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3.

Arbeiterforderungen in Genf.

Für europäische Zollunion als Uebergang und Ausbau der Gemeinwirtschaft.

Genf, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Industriekommission, deren Sitzung bis ½2 Uhr dauerte, wurde die **Entschließung über die Kartelle mit allen gegen die Stimmen von Sokolnikow, Suchow und Mertens bei Stimmenthaltung von Genossin Frau Freundlich und des Amerikaners Robinson angenommen.**

Am Nachmittag hat die Handelskommission in einer Vollsitzung 17 Entschließungen ihrer drei Unterausschüsse mit einigen wenigen ganz geringen Aenderungen technischer Natur angenommen. Eine große Anzahl von zumeist ebenfalls unwesentlichen Zusatz- oder Abänderungsanträgen wurden nach kurzer Diskussion zurückgezogen oder abgelehnt. Darunter befanden sich auch zwei vom Genossen Eggert der sozialistischen Arbeitergruppe. Der eine davon betraf die Entschließung über die gleiche Behandlung von Ausländern, welche kommerzielle und industrielle Unternehmungen betreiben und lautete dahin, daß für ausländische Arbeiter in Bezug auf die Sozialgesetzgebung die vorzunehmenden Studien durch das internationale Arbeitsamt zu erfolgen haben. der zweite von Eggert begründete Ergänzungsantrag bezog sich auf die Empfehlung der Entschließung über die Höhe der Zolltarife und lautete wie folgt:

„Zu diesem Zwecke soll die Internationale Wirtschaftsorganisation eine statistische Feststellung über die Vergleichung der Höhe der Zolltarife in den verschiedenen Ländern vornehmen und den Ergebnissen dieser Untersuchung die weitestgehende Veröffentlichung sichern. Diese Enquete soll sich unter anderem auf folgende Punkte beziehen: a) **Vorbereitung einer allgemeinen Konvention über die Festsetzung einer Höchstgrenze der Zölle für jedes Land auf der Grundlage der Resultate der Enquete und allgemeine stufenweise Herabsetzung der bestehenden Zolltarife mit dem Ziel der allgemeinen Abschaffung der Schutzzölle.** b) **Auch eine Untersuchung der Möglichkeiten der Verwirklichung und wirtschaftlichen Folgen einer europäischen Zollunion als Uebergangsmaßnahme in der Richtung auf allgemeine Welthandelsfreiheit.**

Der Antrag wurde auf Grund einer vom Präsidenten unterstützten Erklärung Serrurs zurückgezogen. Man wolle die Aufzählung von Einzelheiten vermeiden, doch liege es durchaus im Sinne der allgemeinen Fassung der Empfehlung, die im Antrage Eggert enthaltenen Postulate zu berücksichtigen. Sodann gab Genosse Eggert, um eventuellen Mißdeutungen vorzubeugen, noch eine Protokollerklärung zur Entschließung über die **Gleichbehandlung der staatlichen und privaten Unternehmungen** ab, welche folgenden Wortlaut hat:

„**Die Arbeitergruppe erkennt an, daß das Verlangen nach Gleichbehandlung der staatlichen mit den privaten Unternehmungen in vielen Fällen berechtigt ist, vor allem, daß keine Bevorzugung staatlicher Unternehmungen stattfindet, zu dem Zwecke, andere Unternehmungen in unlauterer Weise zu konkurrenzieren (oder gegenüber der Wirtschaft anderer Staaten eine wirtschaftliche Machtpolitik zu verfolgen). Wir erblicken in der Gemeinwirtschaft die Wirtschaftsform, welche geeignet ist, allen Arbeitenden ein geregeltes Auskommen zu sichern und die Konsumenten vor Ueberforderung zu bewahren, wenn sie eine genügende Ausdehnung gefunden hat, eine weitgehende Vergleichung von Produktion und Bedarf und damit eine Beseitigung des spekulativen Moments im Wirtschaftsleben herbeizuführen, was die Krisengefahr zu vermeiden geeignet erscheint. Wir unterstützen daher alle Maßnahmen, die eine gesunde Entwicklung und weitere Ausdehnung der Gemeinwirtschaft fördern, selbst wenn dadurch, einem höheren Ziele folgend, unter Umständen eine ungleichmäßige Behandlung staatlicher und privater Unternehmungen eintritt.**

Die Sowjetdelegation hatte ihren im Ausgleichsausschuß eingebrachten Antrag über die Anerkennung des sowjetistischen Wirtschaftssystems auch in der Handelskommission eingebracht.

Da die Weiterbehandlung des Antrags im Ausgleichsausschuß oder in der Plenarsitzung der Konferenz erfolgen soll, wurde er am Freitag nachmittag zurückgezogen. Zum Schluß wurde von verschiedenen Mitgliedern der Kommission dem Präsidenten und dem Völkerbundssekretariat der Dank für ihre Mitarbeit ausgesprochen.

Ankunft in Kiel.

Im Zeichen des Parteitages. — Begrüßung des Parteivorstandes durch die Arbeiterschaft.

F. St. **Kiel**, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Parteivorstand traf heute hier mit dem fahrplanmäßigen Zug aus Berlin 19 Uhr 35 ein. Schon in der Vorhalle des Bahnhofes erwartete ihn eine dichtgedrängte Menschenmenge, die ihn mit herzlichen Zurufen begrüßte. Als dann die Angekommenen auf die Freitreppe traten, die zum Platz vor dem Bahnhof hinunterführt, bot sich ihnen ein überwältigendes Bild.

Der weite Raum schwarz von Menschen, von roten Fahnen überweht, im Vordergrund die Kieler Arbeiterjugend, viele hundert und tausend Mädels und Jungens in kleidsamer Tracht, mit wehenden roten Wimpeln. Alle sind sie da, die Roten Falken, die Kinderfreunde, die Reichsbannerjugend, die Jugendgruppen der Arbeitersportverbände, nicht zuletzt der Verein „Republik", der in Kiel die besondere Schutzgarde der Sozialdemokratie bildet.

Genosse Eggerstedt begrüßt die Gäste namens der Partei und endet mit einem dreifachen Heil, dessen Echo an den Häusermassen aufbrandet. Die Reichsbannerkapelle spielt. Dann antwortet Genosse Wels mit einer weithin hallenden Ansprache des Dankes. Er grüßt die Jugend, das kommende Kämpfergeschlecht. Nun begibt sich der Parteivorstand zu dem nahegelegenen Hansahotel, wo er Quartier genommen hat; ein Trommler- und Bläserchor und die Jugend macht den Vortritt, wehende rote Wimpel schließen sich an. Jubelnde Hochrufe aus jugendlichen Kehlen. Dann ist der Empfang beendet.

Inzwischen marschieren die Massen mit roten Fahnen und Musik durch die Stadt zum Gewerkschaftshaus, das festlich illuminiert ist. Hier hält Dittmann eine zweite Ansprache. Die Internationale ertönt. So steht die ganze Stadt im Zeichen des kommenden Parteitages. Jeder Mann in Kiel erfährt, daß die Sozialdemokratie hier ihre Heerschau halten wird und daß die Massen der Arbeiterschaft zu ihr stehen.

Die Schlußabstimmungen im Landtag.

Die Niederlage der Reaktion.

Mit der gestrigen Schlußabstimmung im Landtag, in der der Etat angenommen und das von den Kommunisten beantragte, von den Völkischen und Deutschnationalen unterstützte Mißtrauensvotum abgelehnt wurde, steht die preußische Regierungskoalition gefestigt da. Der Sieg der Weimarer Koalition in Preußen ist um so beachtlicher, als die Treibereien der Deutschnationalen, die Preußenregierung dem Rechtsblock auszuliefern, damit für einige Zeit erledigt ist. Die Deutschnationalen sind nicht dankbar genug, um an die KPD. eine Dankadresse wegen der Unterstützung zu richten für die Helfersdienste, die diese proletarische Partei mit ihrem Mißtrauensvotum dem Bürgerblock geleistet hat und die ohne Schuld der Kommunisten fehlgeschlagen sind. Ist es doch geradezu grotesk, daß die Kommunisten die Zustimmung der Deutschnationalen bei einem Mißtrauensantrag finden konnten, der sich gegen den angeblichen Imperialismus und gegen die angebliche Arbeiterfeindschaft der Regierung Braun richtet! Den Deutschnationalen ist eben jedes Mittel recht, aber auch den Kommunisten, die sich nicht zum erstenmal mit der Reaktion verbündet haben, um gegen eine mit Arbeitervertretern besetzte Koalitionsregierung zu kämpfen.

Aus den Schlußabstimmungen über die Anträge ist noch erwähnenswert ein in namentlicher Abstimmung angenommener Antrag, wonach Preußen bei der Vorberatung des Reichsschulgesetzes für die Erhaltung der Simultanschule eintreten soll. Das Zentrum enthielt sich der Stimmabgabe. Die Kommunisten stimmten — natürlich! — dagegen und somit für die Konfessionsschule. Warum sollen nicht auch einmal Kommunisten katholischer sein als der Papst?

Arbeiterschaft gegen Schwerindustrie.

Zusammenarbeit in den Donauländern.

Prag, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am 19. und 20. Mai fanden in Brünn Verhandlungen zwischen den Vertretern der tschechischen, österreichischen und ungarischen Arbeiterschaft statt, um die Vorbereitungen zu einer Konferenz über die Stärkung des Kampfes der Arbeiterschaft gegen die Schwerindustrie, die durch die Kartellierung einen erheblichen Machtzuwachs erhalten hat, vorzubereiten. Bei den Verhandlungen wurde der einmütige Wille bekundet, eine solche Aktion in die Wege zu leiten. Die Vorarbeiten zu dieser Konferenz wurden dem österreichischen Verband übertragen.

Mussolinis ungarische Lakaien.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter wegen Angriffe auf den „Duce" auf 10 Tage ausgeschlossen!

Budapest, 20. Mai. (WTB.) **Der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, dem Hause vorzuschlagen, den sozialdemokratischen Abgeordneten Barnay mit Rücksicht darauf, daß er sich in seiner gestrigen Rede zu Aeußerungen hinreißen ließ, die eine Schmähung der italienischen Regierung darstellen, von den Sitzungen auf 10 Tage auszuschließen.**

Masaryks Neuwahl.

Der enttäuschte Befreier seiner Nation.

Von Senator Wilhelm Nießner, Prag.

Die beiden Kammern des tschechoslowakischen Parlaments werden am 27. Mai zusammentreten, um den Staatspräsidenten neu zu wählen. Die Verfassung schließt künftighin die unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten aus, nur bei T. G. Masaryk wird eine Ausnahme gemacht, er ist auf Lebenszeit wählbar. Im ersten Wahlgange ist bei Anwesenheit von wenigstens 226 Abgeordneten und Senatoren eine Zweifünftelmehrheit erforderlich, erst wenn die erste Wahl ergebnislos bleibt, entscheidet eine engere zwischen den Kandidaten mit einfacher Mehrheit. Als einziger Kandidat kommt der bisherige Präsident Masaryk in Betracht, sonst haben nur die Kommunisten in der Person des Wenzel Sturc eine diesen alten einfachen Menschen, der wegen seines Alters bisher nur zur Verzierung der kommunistischen Parteitage als Vorsitzender Verwendung fand, der Gefahr der Lächerlichmachung aussetzende Kandidatur aufgestellt.

Wenn auch ziemlich feststehend ist, daß Masaryk wiedergewählt werden wird und daß dies sogar schon im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit geschieht, so ist doch seine Kandidatur keineswegs unbestritten. Unter den tschechischen und slowakischen Parteien erregt vielmehr die Wahl seit vielen Monaten die Gemüter auf das heftigste, und ebensolange dauert schon das von einigen bürgerlichen Parteien veranstaltete Scheibenschießen auf die Person Masaryks. Es ist kein Zufall, daß Masaryk im Vorfrühling eine längere Reise nach Palästina und Aegypten antreten mußte, von der er erst in den letzten Tagen vor dem Wahltermin zurückkehren wird; man wollte ihm offenbar die Kränkungen und Aufregungen des Wahlkampfes ersparen, der wohl ohne ernsten Gegenkandidaten geführt wird, der aber ebensolche Auswüchse der Feindschaft und des Hasses zeitigt, als gälte es, Masaryk zur Strecke zu bringen. Es sind insbesondere die Klerikalen aller Nationen und die tschechisch-bürgerlichen Nationalisten, die sich in offenen und versteckten, stets aber tückischen und gehässigen Angriffen gegen ihn ergehen, dem nach dem Umsturz im tschechischen und slowakischen Volke einmütig das Prädikat des Befreiers zuerkannt wurde. Von der Aufstellung einer Gegenkandidatur hat man nicht etwa Abstand genommen, weil man Masaryk nicht zu stürzen wünscht, sondern weil es an einem geeigneten Gegenkandidaten, der Aussicht auf Erfolg hätte, fehlt. Wenn seine Wahl schon nicht zu verhindern ist, so wollen seine Gegner ihm wenigstens ihre Gefühle bezeugen. Was denn auch in einer weniger den Befreier als die Befreiten kennzeichnenden ausgiebigen Weise geschieht.

Die wesentlich veränderten Umstände, unter denen sich die Neuwahl Masaryks gegenüber seiner ersten Wahl vollzieht, machen die großen Wandlungen, die sich in den letzten sieben Jahren in den Gefühlen des tschechischen und slowakischen Volks, aber auch in den Machtverhältnissen und der inneren Politik des Staates vollzogen haben, ersichtlich. Bei der ersten Präsidentenwahl im Jahre 1920 bestand die erforderliche Mehrheit ausschließlich aus Tschechen und Slowaken, diesmal dürfte Masaryk, um gewählt zu werden, deutscher Stimmen kaum entbehren können. Die erste Präsidentenwahl war ein Tag des Jubels und des Triumphes der tschechischen und slowakischen Nation, die damals noch „keine Partei kannte", sondern nur Tschechoslowaken. Die jetzige Wahl ist reich an Mißtönen, und ein Teil der früheren Verherrlicher Masaryks ruft, gar nicht mehr gedämpft, statt Hosianna: Steinigt ihn! Wenn irgendwem reichlich Gelegenheit geboten ist, pessimistische Betrachtungen über die Vergänglichkeit menschlicher Dankbarkeit anzustellen, so ist es Masaryk. Von den sieben Koalitionsparteien haben bisher, eine Woche vor dem Wahlakt, nur zwei, die tschechischen Agrarier und die tschechischen Gewerbeparteiler, ausdrücklich beschlossen, für Masaryk zu stimmen, die anderen geben durch ihr Zögern zu verstehen, wie schwer ihnen der Entschluß fällt.

Die drei deutschbürgerlichen Regierungsparteien werden für den Kandidaten stimmen, auf den sich schließlich die der Absendung von Giftpfeilen müde gewordenen tschechischen Regierungsbrüder einigen werden. Indessen vertreiben sich die Tschechischklerikalen, die Nationaldemokraten des Herrn Dr. Kramarsch, die von diesen aufgepäppelten Faschisten und die slowakischen Klerikalen Hlinkas mit einem Trommelfeuer von Angriffen auf Masaryk die Zeit. In dieser Beschäftigung lassen sich die guten Patrioten nicht einmal durch die Erwägung stören, daß die Autorität und das Ansehen Masaryks im Auslande für den tschechischoslowakischen Staat ein ungeheures Kapital darstellt, dessen Verwüstung gerade für den Staat am abträglichsten sein müßte. Das tschechoslowakische Schutzgesetz hat zwar zum Schutze der Ehre des Präsidenten eine Art Majestätsbeleidigungsparagraphen geschaffen, aber welcher Staatsanwalt würde es wagen, tschechische oder slowakische Patrioten und Regierungsparteiler wegen Beleidigung des Präsidenten zur Verantwortung zu ziehen? Es erschien daher nicht unglaub-

haft, als vor einiger Zeit verlautete, Masaryk sei der eigenartigen Anhänglichkeitsbeweise seiner Konpatrioten müde und beabsichtige nicht mehr zu kandidieren. Während sogar Kommunisten schon beschlossen haben, im Falle einer Gefährdung der Wahl Masaryks im zweiten Wahlgang für ihn gegen einen etwaigen Rechtskandidaten zu stimmen, lassen mehrere tschechischbürgerliche Parteien die Frage ihrer Entscheidung noch immer offen, die Slowaken erklären, für Masaryk nicht stimmen zu können, und es sind eigentlich nur die tschechischen sozialistischen Parteien, die sich einmütig und vorbehaltlos für den bisherigen Präsidenten aussprechen.

Es ist nicht das erstemal im Leben Masaryks, daß er in seinem Volke in Vereinsamung geraten ist. In den Jahren nach 1886 wurde er wegen der Königinhofer Handschrift, deren Echtheit er bestritt, in einen bitteren Kampf verstrickt, der ihm lange Zeit die Verfemung wegen Verrats an einem heiligen Kulturgut seiner Nation eintrug, und er war damals der von seiner Nation bestgehaßteste Mann, bis die Fälschung dieser angeblich alten Urkunde tschechischer Dichtkunst einwandfrei festgestellt wurde. Wegen seiner freiheitlichen Gesinnung fand er an den Klerikalen immer erbitterte Feinde, auf deren Geheiß ihn die österreichische Regierung fünfzehn Jahre als außerordentlichen Professor sitzen ließ, und der Prager Erzbischof führte sogar beim Kaiser über ihn Klage. Später ins Parlament gewählt, wurde er von Jungtschechen und Staatsrechtlern gleichermaßen heftig angegriffen und mußte sich eine Zeitlang vom politischen Leben zurückziehen. In den neunziger Jahren stellte er sich anläßlich der Verurteilung des Juden Hilsner wegen angeblichen Ritualmordes entschlossen gegen die Justiz und die entfesselte öffentliche Meinung, und abermals stand er allein, befehdet und gehaßt. Bis auf die tschechische Arbeiterschaft ist auch jetzt wieder nach Jahren der Verherrlichung ein Großteil des tschechischen Volkes von diesem politischen Wissenschaftler abgefallen, und in der Tat will weder seine Philosophie noch das System seiner politischen Theorie zu dem Geist, der den herrschenden Klassen eignet, passen. Als Freigeist lehnen ihn die Klerikalen ab, als sozial empfindender Mensch steht er im Widerspruch zu den Agrariern und den zünftlerischen Gewerbeparteilern, als Demokraten hassen ihn die Faschisten und die reiche tschechische Bourgeoisie, die durch die Demokratie gehindert ist, ihrer wirtschaftlichen Macht die uneingeschränkte politische Macht im Staate zuzugesellen. Der direkte Einfluß des Staatspräsidenten ist wohl nicht groß, seine Rechte sind durch die Verfassung auf ein Mindestmaß beschränkt, aber daß Masaryk es gelegentlich gewagt hat, in Reden und Interviews seine von den reaktionären und hypernationalistischen Anschauungen der bürgerlichen Parteien abweichende Meinung zu äußern und auf die öffentliche Meinung einzuwirken, das allein hat schon genügt, dem Befreier der tschechischen Nation die Hauptnutznießer der errungenen Freiheit feindselig zu machen. Einzelne in ihren Aspirationen enttäuschte Personen, wie Dr. Kramarsch, tun das übrige. Daß Masaryk allen vom Bürgerblock beschlossenen Gesetzen respektvoll die Sanktion erteilt hat, hat nicht genügt, um ihn bei den Regierungsparteien beliebter zu machen.

Trotz alledem wird Masaryk gewählt werden. Am meisten zufrieden könnten, so paradox er klingen mag, die regierenden Parteien damit sein, denn eine schönere Verkleidung des herrschenden brutalen, arbeiterfeindlichen Regimes können sie sich nicht wünschen, als es die Person des angesehenen und allgemein geachteten Präsidenten Masaryk ist. Er ist der letzte Rest der einst gerühmten tschechoslowakischen bürgerlichen Demokratie, deren Ideal längst nicht mehr Masaryk, sondern offen oder geheim, Mussolini ist.

Deutsch-italienisches Luftfahrtsabkommen. Zwischen dem italienischen Botschafter in Berlin und dem deutschen Außenminister Dr. Stresemann ist am Freitag ein deutsch-italienisches Abkommen über den Luftverkehr unterzeichnet worden.

Die Verfolgungen in Ostoberschlesien.

Die polnische Presse leugnet. — Angriffe des „Czas" auf den „Vorwärts".

Warschau, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die polnische Presse leugnet weiterhin, daß es anläßlich der Rybniker Gemeindewahlen zu irgendwelchen Terrorakten gegenüber der deutschen Minderheit gekommen sei. Der Krakauer „Czas" versieht die Erklärungen des „Vorwärts" über die Verfolgung der deutschen Minderheiten in Polen und den bevorstehenden deutschen Schritt in dieser Frage mit folgendem Kommentar, der für die gesamte polnische Presse und deren Stellungnahme zu dem Skandal in Rybnik bezeichnend ist:

„Die Erklärungen des „Vorwärts" beweisen nur, daß die chauvinistische Verblendung auch auf die deutschen Sozialisten übergegriffen hat. Die Verfolgung der Deutschen in Oberschlesien ist ein von den deutschen Nationalisten zu Propagandazwecken erfundenes Märchen, während auf der anderen Seite die unerhörte Unterdrückung der polnischen Minderheit eine reale Tatsache darstellt. Darüber bewahren die sozialistischen Zeitungen jedoch völliges Stillschweigen."

•

Das konservative Krakauer Blatt „Czas", das, nebenbei bemerkt, unter der österreichischen Monarchie als Organ der polnischen Aristokratie zu den treuesten Stützen des Habsburgischen Regimes gehörte, hat also die Stirn, der deutschen Sozialdemokratie „nationalistische Verblendung" vorzuwerfen, weil wir auf die gefährliche Zuspitzung in Ostoberschlesien hingewiesen haben. Wenn es sich bei den Meldungen über Terror in Oberschlesien nur um bürgerliche Agenturnachrichten handelte, so könnte man die Frage offen lassen, ob sie nicht etwas tendenziös aufgebauscht sind. Aber auch die uns zugegangenen direkten Informationen aus dem an Polen abgetretenen Teil Oberschlesiens lassen keinen Zweifel daran, daß die deutsche Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, in letzter Zeit immer mehr drangsaliert wird. Und ist etwa die Beschlagnahme mehrerer deutscher Blätter, darunter des sozialdemokratischen Kattowitzer „Volkswille", ein „erfundenes Märchen"? Ist die telegraphische Bitte aller deutschen oberschlesischen Sejm-Abgeordneten an Pilsudski um eine Audienz auch ein „Märchen"?

Völlig rätselhaft ist uns die Retourkutsche des „Czas" („unerhörte Unterdrückung der polnischen Minderheit"). Gemeint ist offenbar die polnische Minderheit in preußischen Gebieten. Wir haben in der Tat seit langer Zeit nichts darüber gehört. Die Polen zählen im Preußischen Landtag zwei Abgeordnete, und es ist uns nicht bekannt, daß diese die letzte Etatberatung benutzt hätten, um besondere Klagen über eine „unerhörte Unterdrückung der polnischen Minderheit" vorzutragen. Wir entsinnen uns vielmehr eines Ausspruches des sozialdemokratischen preußischen Innenministers vor nicht allzu langer Zeit, daß der beste Beweis dafür, daß es den Polen in Deutschland nicht schlecht gehe, in den „Kleinen Anfragen" der beiden polnischen Landtagsabgeordneten zu erblicken sei; denn diese Anfragen brächten ausschließlich bedeutungslose Einzelfälle zur Sprache, so daß von einer allgemeinen schlechten Behandlung der Polen in Preußen nichts zu merken sei.

Wir wünschten, es ließe sich dasselbe von den Deutschen in Polen sagen. Daß sich aber die Verhältnisse seit dem Amtsantritt des „Aufständischen"-Wojwoden Grazynski sehr verschlimmert haben, steht fest. Uebrigens ist besagter Grazynski nicht nur deutschfeindlich, sondern überhaupt fremdenfeindlich gesinnt. Auch der französische und der englische Gesandte in Warschau haben wiederholt gegen seine Maßnahmen, durch die ihre Schutzbefohlenen benachteiligt wurden, bei der polnischen Regierung protestieren müssen. Wie muß dieser Wojwode erst gegen die Deutschen wüten!

Sehr bezeichnend ist es übrigens, daß am selben Tag, an dem der Krakauer „Czas" dem „Vorwärts" „nationalistische Verblendung" vorwirft, die „Deutsche Tageszeitung" behauptet, der „Vorwärts" habe durch seine Angriffe auf die Hergt-Rede in Beuthen der polnischen Regierung „das Stichwort" für die Verfolgungen gegeben! Eine Gegenüberstellung dieser beiden Anrempelungen unseres Blattes durch die deutschen und die polnischen Nationalisten beweist am besten, daß wir auf dem rechten Wege sind.

Die kaisertreuen Potsdamer.

Protest gegen die deutschnationale Parteileitung.

Die Potsdamer Deutschnationalen lassen nicht mit sich spaßen. Wenn alle anderen Nationalisten das Antikaisergesetz für ein paar Ministersitze unterstützt oder doch geduldet haben, ihnen geht der Republikschutz zu weit. In einer Mitgliederversammlung des Kreisvereins Potsdam der Deutschnationalen Partei wurde die Haltung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion mißbilligt und dies den Instanzene „unzweideutig" zum Ausdruck gebracht.

Bemerkenswert ist der ganze Vorgang deshalb, weil er im Gegensatz zu den anderen Protesten der Deutschnationalen ohne Vorbehalt der Oeffentlichkeit mitgeteilt wird. Sonst ist die Courage der Deutschnationalen nicht so groß.

Uebrigens richtet sich der Protest der braven Potsdamer sachlich auch gegen den Führer der deutschnationalen Landtagsfraktion Schlange-Schöningen. Der hat zwar bei der Abstimmung im Reichstag gefehlt, läßt jedoch erklären, er sei nur durch seinen Kampf gegen den Ministerpräsidenten Otto Braun davon abgehalten worden, im Reichstag zu erscheinen — sonst hätte er für das Antikaisergesetz gestimmt.

Es gibt eben verschiedene Methoden, die Republik zu schützen. Die Deutschnationalen wenden jede an, die ihnen Ministersessel verspricht.

Die Beratung der Postgebührenvorlage.

Postgebühren und Beamtengehälter. — Keine falschen Thesen!

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost beendete gestern die allgemeine Aussprache über die Postgebührenvorlage und wandte sich in der Einzelberatung der Feststellung des finanziellen Bedarfs der Reichspost zu. Da hiermit selbstverständlich eine genaue Nachprüfung des Standes der Postfinanzen und ihrer Aussicht verbunden ist, kann mit einem Abschluß der heutigen Beratungen am heutigen Tage nicht gerechnet werden. Die Beratungen müssen vielmehr, da die sozialdemokratischen Mitglieder des Arbeitsausschusses zum Parteitag nach Kiel reisen müssen, abgebrochen werden. Sie werden am 1. Juni wiederaufgenommen. Erst dann werden sich die Beratungen der eigentlichen Gebührenerhöhung zuwenden. Die Entscheidung ist also nicht vor dem 3. oder 4. Juli zu erwarten.

Inzwischen wird in den Kreisen der Postbeamten mit der These für die Portoerhöhung agitiert, daß der Beamtenschaft ohne Gebührenerhöhung eine Gehaltszulage nicht gewährt werden kann. Hierzu möchten wir bemerken, daß nach unserer Auffassung die Mittel für die Besoldungszulage auch ohne Gebührenerhöhung in einem Umfange, wie der Postminister sie haben will, möglich ist. Den Interessen der Beamten ist nicht damit gedient, wenn durch maßlose Gebührenerhöhungen eine derartige Preissteigerung hervorgerufen wird, daß die Besoldungserhöhung bereits aufgezehrt ist, ehe sie überhaupt gegeben wird. Es ist Aufgabe des Verwaltungsrats, nach Mitteln und Wegen zu suchen, die Besoldungszulage möglich zu machen, auch ohne den Anstoß zu starken Preistreibereien zu geben.

Wegen der Mississipikatastrophe wird Präsident Coolidge eine Bundestagung des Kongresses nicht einberufen, da angeblich vom Roten Kreuz genügend Hilfe geleistet wird.

Englische Kreuzerkosten. Der erste Lord der Admiralität teilte dem Unterhaus mit: Ein Kreuzer von 10 000 Tonnen kostet 44 Millionen zu bauen, über 4 Millionen jährlich zu unterhalten.

Musikbabylon.

Von Kurt Singer.

In der Städtischen Oper sprang vorige Woche der hier schon bekannte Paul Marion für Oehmann in Puccinis „Tosca" ein. Mittwoch sang Oehmann selber, aber es war kein Scarpia vom Haus da. So sang ein bewährter Gesangsmeister und Oratorienbariton, Robert Korst a. G. Wenn in der ersten Aufführung von Mario Cavaradossi die Rede war, konnte jeder Abonnent glauben, der Sänger Marion sei gemeint. Es ist Frühsommer und nicht nur die alltäglichen Gäste, auch die allmächtigen Tenöre kommen auf Einfälle. Oehmann, unserem prächtig entwickelten Kalaf, Rhadames und Cavaradossi fällt es also in der Dämmerung der Saison ein, Puccini italienisch zu singen. Es scheint mir nicht das gewählteste Italienisch zu sein, aber wer versteht davon etwas im Abonnentenparkett? Der einzige Mensch, der darin sachverständig ist, Frau Salvatini, singt gutes, deutliches Deutsch. Zwei Liebende also verständigen sich con amore in babylonischen Lauten. Wie wär's, wenn nun noch der Grieche Tyrillis anfinge, in seiner Heimatsprache zu reden, oder wenn in der neuen Mussorgskyoper Frau Matkin russisch, die Juden hebräisch sängen? Ueberschrift: Das einheitliche Ensemble. Korst, lange Zeit dem Rampenlicht entwöhnt, hat noch einige Hemmungen zu überwinden. Seine Intelligenz erreicht das schnell. Schließlich stellt er einen verbissenen, krötigen, lüsternen Scarpia auf feste Beine, und eine edle, durchdringende, etwas rauhe Stimme besiegt den Raum. Zander dirigiert mit höchstem Anstand. Höhepunkt der Aufführung: Toscas Gebet. Man erinnert sich gläubig, daß Puccini, Caruso, Battistini ihre Landsmännin Salvatini als die beste europäische Tosca bezeichnet haben. Das gilt auch heute. Wenn sie liebend wirbt, eifersüchtig schilt, vom Ekel geschüttelt abwehrt, von Leidenschaft gepackt, mordet, ein Lächeln des Siegs und stolze Begeisterung der Volksheldin in ihrem schönen Antlitz, Weib, Dame, Künstlerin, Patriotin in einem, so versteht, so begrüßt man den Applaus der Menge und der Besten.

Auch für die Konzerte ist die Dämmerung da. Gegen jedes Naturgesetz verkürzen sich in wärmerer Jahreszeit die musikalischen Abende. Die „Internationale Gesellschaft für neue Musik" beschließt ihre Konzerte. Sie hat neben den Urvätern und Söhnen der atonalen Musik, neben Schönberg, Berg, Webern auch Zwischenstufen zwischen Neu und Ganz-neu gezeigt: Stücke von Hindemith, Horenstein, Jarnach, Zemnitz, Kosa, Honegger, Milhaud, Butting u. a. Die Auswahl ist gar nicht klein, der Extrakt an positiven Werten demnach wenig bedeutend. Je mehr eine Idee abgewandelt wird, desto mehr erkennt man technische Tricks. Die Füllung der Formen fehlte oft, öfter noch der Gedanke zu zahlreichen Variationen. Ein Mann von der Potenz des Ernst Krenek kehrt zu alten Göttern zurück. Strawinsky protegiert die Vorklassiker, Heinig Tiessen, rein und klar in seinem kompositorischen Denken, läßt das Dogma von dem Bruch mit Tonleiter, Tonart, Metrum gar nicht erst an seines Herzens Mitte heran. Worte und Begriffe brauchen sich ab. Das Chaos, die absolute Freiheit, das Draufgängertum haben abgewirtschaftet. Babylonisches Durcheinander hat geradeso seinen Reiz verloren, wie die bequeme artistische Einheitssprache oder das Schlagwort vom linearen Kontrapunkt. Nur die Persönlichkeit wirkt noch, einerlei, ob ein Werk alt oder neu empfunden ist. Auch ein Mendelssohn des 20. Jahrhunderts ist denkbar. Die Mischung von Mendelssohn und Schönberg aber ist ungesund, ist unanständig. Das Quartett von Wladimir Vogel, um das sich ein Havemann-Quartett vergeblich mühte, ist ein klägliches Gemisch aus Sehnsucht nach rentabler Melodie und sehr ungezogenem Windmühlenkampf gegen diese löbliche Absicht. Immer dann, wenn solche Musik grotesk oder humoristisch wird (wie im Piccicato-Teil des Quartetts), dann wirkt sie für futuristische Idee. Wenn sie ernst wird, wenn sie den Nerv der musikalischen Gesinnung bloßgelegt, dann wirkt sie nur noch chaotisch, abstoßend. Diese Drauflos-Komponisten erinnern an einen Studenten der Medizin, der sich mit der Wissenschaft vom Geist beschäftigt und auf die Nerven fällt. Dem sicher noch jungen, sicher nicht unbegabten Vogel ist für sein Weitersingen zu raten — entweder Effekt à la Strauß oder atonal à la Schönberg. Beides ist epigonenhaft. Aber alles noch besser, als die Mischung in Richtung der Vogel-Strauß-Politik.

Eine Hochschule für Lungenkranke. Die gewaltige Verbreitung der Tuberkulose ist uns im allgemeinen bekannt. Aber trotzdem macht man sich von dem Umfang doch nicht ein rechtes Bild. Erst wenn man einmal besonders charakteristische Zahlen vernimmt, wird dieses Bild schärfer. Davon ein Beispiel: Der Davoser Mediziner, Prof. J. Kollarits, weist nach, daß sich in den europäischen Staaten mindestens 15 000 mehr oder weniger tuberkulöse Studenten befinden. 15 000 Jünger der Wissenschaft, denen eine fürchterliche Krankheit am Marke des Lebens zehrt! Kollarits beschränkt sich nun nicht auf eine bloße Feststellung dieser Tatsache, sondern macht in einer Denkschrift, die dieser Tage der internationalen Kommission für geistige Zusammenarbeit beim Völkerbund zugegangen ist, den Vorschlag, für diese Studenten in Davos eine Universität zu gründen. Es wäre dies eine Hochschule im wahrsten Sinne des Wortes. Es würde auf diese Weise möglich sein, für diese Tausende gleichzeitig eine Gelegenheit zum Studium neben der notwendigen Heilbehandlung zu schaffen. Ganz allmählich soll nach den Vorschlägen des Professors, an den Aufbau der Universität, die notwendigerweise international sein muß, gegangen werden. Natürlich dürfen die Schwierigkeiten einer solchen zwischenstaatlichen Lehrstätte nicht unterschätzt werden. Allein schon die Frage der Prüfungsbestimmungen wird einiges Kopfzerbrechen machen. Ebenso bestehen Schwierigkeiten bei der Auswahl der Lehrstoffe. Aber alle die Schwierigkeiten sind wert, überwunden zu werden, weil man die günstige Wirkung einer solchen Hochschule auf internationales Denken und internationales Zusammenarbeiten nicht hoch genug wird einschätzen können. Als offizielle Sprachen der Universität sollen die drei europäischen Hauptsprachen: Deutsch, Englisch und Französisch gelten. Darüber hinaus ist es den einzelnen Ländern unbenommen, Lehrstühle in ihrer eigenen Sprache einzurichten.

Ein Monet-Museum in Paris. Claude Monet, der vor kurzem verstorbene Großmeister des französischen Impressionismus, hat die lange Bilderreihe seiner „Nymphäen", an der er gegen 40 Jahre gearbeitet hat, dem französischen Staat vermacht. Diese wunderbare Sammlung, die in einzigartiger Weise das großartige Ringen eines Künstlers um die Gestaltung eines bestimmten Stoffes offenbart, ist in der sogenannten Orangerie der Tuilerien in Paris untergebracht worden, und so entstand ein Claude-Monet-Museum, das dieser Tage eröffnet wurde. Monet hat den größten Teil seines Lebens daran gesetzt, immer wieder die Wasserpflanzen, und besonders die Wasserlilien in dem Teich seiner Besitzung in Giverny in der verschiedenartigsten Beleuchtung zu malen. Während er sich bei diesen Licht, Luft, Wasser und Farbe zu immer neuen Harmonien verschmelzenden Bildern bis 1914 auf kleine Formate beschränkte, ließ er sich dann in Giverny ein sehr großes Atelier bauen, und begann Nymphäen-Bilder zu malen, die sechs bis acht Meter lang und 12 Meter hoch waren. Von diesen großen Gestaltungen, wie von den kleinen, sind die meisten jetzt in dem neuen Museum zu sehen und vermitteln so ein großartiges Bild von dem Ringen des Meisters um die höchste Vollendung seiner Kunst.

Das dramatische Schicksal eines Dramatikers. Einst ein erfolgreicher Dichter, dann Kellner und Aufwäscher in einem drittklassigen Café einer Provinzstadt mit vierzehnstündiger Arbeitszeit, und jetzt wieder ein angesehener Dramatiker — das ist die merkwürdige Laufbahn von A. L. Burke, dessen Komödie „Thank You, Phillips" vor sechs Jahren einen vollen Erfolg im Londoner Globe-Theater erlebt hatte. Als das Stück vom Spielplan abgesetzt wurde, verschwand der Dichter eines Tages spurlos von der Bildfläche. Man nahm an, daß er ins Ausland gegangen sei; tatsächlich irrte aber der Dramatiker, dessen linker Arm durch eine Kriegsverletzung verstümmelt ist, mit wenig Geld kreuz und quer durch England, um irgendeine Stellung zu finden. Als er schon der Verzweiflung nahe war, konnte er endlich nach vier Wochen eine Stellung als Kellner in einem kleinen Kaffeehaus finden. Da der Lohn sehr gering war, lebte Burke fast nur von den spärlichen Trinkgeldern. Er hatte sich vorgenommen, in seiner freien Zeit schriftstellerisch tätig zu sein, aber sein Dienst war so anstrengend, daß er mindestens an sechs Abenden der Woche sofort völlig erschöpft ins Bett sank, wenn er nach Hause kam. Als er schon alle Hoffnung aufgegeben hatte, sich wieder emporzuarbeiten, wurde jetzt seine Groteske „Eine zerstörte Nacht" von einem Theater angenommen und mit so großem Erfolg aufgeführt, daß die nächste Zukunft des vierzigjährigen Mannes gesichert scheint.

Die städtische Kapelle von Venedig, die berühmte „Banda municipale di Venezia", gastiert in Frankfurt a. M. im Vergnügungspark der Ausstellung „Musik im Leben der Völker" vom 11. bis 21. Juni und konzertiert zweimal täglich.

Verleihung der Franklin-Medaille an Professor Planck. Im Franklin-Institut zu Philadelphia fand Freitag die feierliche Uebergabe der dem Berliner Physiker Professor Hans Planck verliehenen Franklin-Medaille statt. Sie gilt in Amerika als größte Auszeichnung, die für Leistungen auf dem Gebiet physikalischer Forschungen verliehen wird.

Der Staat befiehlt . . . Das Repräsentantenhaus von Florida nahm eine Gesetzesvorlage an, durch die für die Schulen jede Theorie verboten wird, die die Existenz Gottes oder die Schaffung der Menschen durch Gott in Abrede stellt.

Potsdam gegen die Reichsflagge

Vor dem preußischen Oberverwaltungsgericht.

Der zweite Senat des preußischen Oberverwaltungsgerichts verhandelte gestern unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Frengel über die Berufung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung gegen das vorinstanzliche Urteil in der Frage der Beflaggung kommunaler Gebäude mit den Reichsfarben. Der preußische Innenminister hatte im Juli 1925 angeordnet, daß am 11. August, dem Verfassungstage, auf den kommunalen Amtsgebäuden die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold zu hissen sei und daß daneben auch eine Beflaggung in preußischen oder Stadtfahnen erlaubt sei. Der Magistrat Potsdam hatte es am 27. Juli 1925 abgelehnt, dieser Anordnung stattzugeben. Am 31. Juli 1925 beauftragte der preußische Innenminister Severing den Oberbürgermeister von Potsdam, diesen Beschluß auf Grund des § 15 des Zuständigkeitsgesetzes zu beanstanden. Darauf schritt Potsdam zur Klage. In einem Urteil erster Instanz vom Januar 1926 wurde die Klage abgelehnt. Potsdam legte nun die jetzt zur Verhandlung stehende Berufung ein.

Zugleich wurde eine Klage des Magistrats Hohenstein-Ostpreußen gegen den Regierungspräsidenten von Allenstein behandelt. Dieser hatte im Auftrage des preußischen Innenministers dem Magistrat Hohenstein aufgegeben, für die Beschaffung einer Reichsflagge aus städtischen Mitteln Sorge zu tragen. Der Magistrat hatte dies abgelehnt. Aus § 19 des Zuständigkeitsgesetzes (Zwangsetatisierung) ordnete der Regierungspräsident an, daß aus Etatsmitteln der Kommune Hohenstein 40 M. für den genannten Zweck bereitzustellen seien. Uebrigens hatte der Magistrat die Beschaffung einer Reichsflagge mit der interessanten Begründung abgelehnt, daß „aus Mangel an Mitteln" dieser kostspielige Ankauf unmöglich wäre. Der Magistrat Hohenstein griff nun zum Verwaltungsstreitverfahren.

Als Vertreter der Potsdamer Stadtväter fungierte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Fürstenanwalt Dr. Coerling. Er führte aus, daß es sich um einen „Kampf für die städtische Selbstverwaltung handele". Die Flaggenbestimmungen seien ein Majestätsrecht gewesen, das durch die neue Verfassung nicht auf das Ministerium, sondern aufs Volk übergegangen sei. In München beispielsweise habe ein Stadtrat am Verfassungstag auf den ihm unterstellten Gebäuden schwarzrotgold flaggen lassen, das Staatsministerium aber habe auf Grund dieser rechtlichen Auffassung die Entfernung der Flagge angeordnet. Es bestände allerdings bei allerhand Stellen Lust, den Absolutismus so weit zu treiben, daß jeder schwarzrotgold flaggen solle. Der Preußische Städtetag habe sich der Auffassung Potsdams angeschlossen. Nach einem demokratischen Blatt habe in der gestrigen Landtagssitzung der preußische Innenminister den Standpunkt seines Vorgängers verlassen: er habe seinen Beamten nur die Teilnahme an Veranstaltungen, in denen nicht schwarzrotgold geflaggt würde, untersagt, nicht aber eine anderweitige Beflaggung verboten. Im „Vorwärts" habe am Donnerstag ein Artikel gestanden (es handelt sich um die unter dem Titel: „Potsdam und die Reichsfarben" erschienenen Ausführungen. D. Red.), der geradezu als ein Druck aufzufassen wäre, der auf das Gericht ausgeübt werden solle. Der Hohe Senat solle sich aber hierdurch nicht beirren lassen, sondern der „kommunalen Selbstverwaltung" zum Recht verhelfen.

Der Vertreter des Magistrats von Hohenstein schloß sich im wesentlichen seinem berühmten Vorredner an. Interessant war nur, daß er meinte, wenn einmal in den Reichsfarben geflaggt werden solle, so brauche man sich diese Flaggen ja nicht zu kaufen, sondern könne sie sich „anderweitig besorgen".

Der Kommissar der preußischen Regierung, Ministerialdirektor Bandmann, legte dar, es sei undenkbar, daß eine Kommune dauernd in Widerspruch mit der verfassungsmäßigen Staatsregierung handele. Was Potsdam tue, gehe weit über das Selbstverwaltungsrecht hinaus. In jahrzehntelanger verwaltungsgerichtlicher Praxis seien Entscheidungen gefällt worden, die den Standpunkt Potsdams widerlegten. Hier handle es sich nicht um eine Sache Potsdams, sondern um eine Angelegenheit von allgemein politischer Bedeutung. Der preußische Staat denkt nicht daran, das Selbstverwaltungsrecht der Städte anzutasten, aber die Kommunen haben sich im Rahmen der Gesetze zu bewegen. Und auf der anderen Seite habe es die preußische Staatsregierung immer als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, die Reichsverfassung zu schützen, und sie werde sich dieser Pflicht nie entziehen. Es handle sich bei der Fahne nicht um zusammengenähte bunte Fetzen, sondern um das Symbol der Staatseinheit. Was der Potsdamer Magistrat getan habe, sei nicht anders zu deuten als eine Erklärung: Wir machen nicht mit, die ganze Richtung paßt uns nicht! Die gesetzliche Grundlage des Vorgehens der Regierung seien Artikel 3 der Reichsverfassung und Artikel 1 der preußischen Verfassung, durch die die Flaggenfrage geregelt sei. Was den Standpunkt des Vertreters des Magistrats von Hohenstein betreffe, so habe die Regierung verwaltungsrechtlich die Pflicht, für „einen ordnungsmäßigen Zustand" der ihr unterstehenden Gebiete zu sorgen. Aus dem Leihen von Flaggen ergebe sich aber kein ordnungsmäßiger, sondern ein unhaltbarer Zustand.

Zum Schluß betonte der Vertreter der preußischen Regierung, daß nach seiner genauen Kenntnis der gegenwärtige preußische Innenminister in dieser Frage die Ansicht seines Vorgängers vollkommen teile. Er ersuchte den Senat, dem Zerrbild einer mißverstandenen Selbstverwaltung ein Ende zu bereiten.

Nach kurzer Beratung beschloß der Senat des Oberverwaltungsgerichts, den Parteien seine Entscheidung schriftlich zukommen zu lassen.

Braunschweiger Rechtsblock in Nöten.

Rücktritt des Finanzministers?

Braunschweig, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise des schwarzweißroten Blocks im Lande Braunschweig hat noch keine Lösung gefunden. Der Landtag ist auf etwa eine Woche vertagt worden. Die Regierungskrise könnte nur vermieden werden, wenn die vier Wirtschaftsparteiler, die das Gewerbesteuergesetz der Regierung abgelehnt haben, wieder umfielen. Nach den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Rechtsparteilern und Wirtschaftsparteilern im Landtage erscheint das allerdings nahezu unmöglich. Die Rechtsregierung müßte dann aus ihrer Niederlage die Folgen ziehen. Man spricht bereits von einem Rücktritt des Finanzministers.

Die sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat eine Entschließung angenommen, in der die Steuerpolitik der bürgerlichen Parteien zugunsten der besitzenden Klasse gegeißelt und dem Ministerium der Vorwurf gemacht wird, daß es nicht den Mut habe, die notwendigen Folgerungen aus der Ablehnung der Steuergesetze zu ziehen. Die sozialdemokratische Fraktion wird es von der weiteren Entwicklung abhängig machen, ob sie die Auflösung des Landtags fordert.

Aufsichtsräte im Parlament.

Eine Lex Behrens!

Die Beratungen über das sogenannte Zündholz-Sperrgesetz wurden im Reichstage vor einigen Wochen abgebrochen, weil von sozialdemokratischer Seite nachgewiesen worden war, daß sich in den Ausschuß bei der Beratung des Gesetzentwurfes Vertreter von Interessenten „eingegliedert" hatten, ohne daß die übrigen an der Beratung Mitbeteiligten davon etwas wußten. Es handelte sich um den deutschnationalen Abgeordneten Franz Behrens, der schon vor Jahren einmal bei einer Kampfgesellschaft des schwedisch-amerikanischen Zündholztrusts gegen die deutsche Zündholzindustrie in den Aufsichtsrat eingetreten war und noch heute in der führenden deutschen Bank des schwedisch-amerikanischen Trusts im Aufsichtsrat sitzt. Behrens hatte sich von seiner Fraktion nicht nur für die Dauer der Beratungen zum Mitglied des Volkswirtschaftlichen Ausschusses machen lassen, er war sogar durch seine Parteifreunde zum Berichterstatter gemacht worden.

Nunmehr stand am letzten Tage vor den Reichstagsferien das Sperrgesetz nach seiner Rückverweisung an den Ausschuß wieder im Plenum zur Debatte und Entscheidung.

Die Kampffront der Koalitionsparteien war schon seit längerer Zeit sichtbar. Es war für sie zur Prestigefrage geworden, daß der Entwurf angenommen werde, im besonderen das Zentrum und die Bayerische Volkspartei fühlten sich durch die Koalitionsfessel so stark gebunden, daß sie trotz aller Bedenken dem Gesetz mit zur Annahme verhalfen. Was sich daraus entwickeln wird, ist von sozialdemokratischer Seite deutlich genug gesagt worden, es wird an Hand der Tatsachen den Parteien gegenüber, die das Gesetz nunmehr erzwungen haben, bei gelegener Zeit darauf zurückzukommen sein.

Aus dem Fall Behrens hat sich aber etwas Weiteres ergeben, dessen Erledigung noch vor uns liegt.

Wir meinen hier nicht die Abwehr der systematischen und bewußten Verdrehung der Tatsachen durch die Regierungsparteien; denen sich überdies auch erstaunlicherweise der Reichswirtschaftsminister Curtius angeschlossen hat. Sie alle behaupteten nämlich, daß von sozialdemokratischer Seite der Bericht des Abgeordneten Behrens in seiner Qualität und Objektivität angezweifelt worden sei. Bei den Beratungen im Plenum ist nochmals eindeutig unterstrichen worden, daß der Bericht selbst von den Sozialdemokraten gar nicht kritisiert worden ist, sondern der Berichterstatter. Damit ist der Einzelfall in das Grundsätzliche gewandelt.

Die Frage ist zu beantworten, ob Interessenten, die Reichstagsabgeordnete sind, ihre Beziehungen verschweigen dürfen.

Wird das bejaht, dann besteht ständig wieder die neue Möglichkeit, daß irgendein Regendanz dem Reichstag schreibt, was er aus geschäftlichen Gründen für notwendig hält, auch dann, wenn es mit der Wahrheit in vollem Widerspruch steht. Regendanz hat bekanntlich in dem offenen Briefe an seinen Freund Behrens nicht nur behauptet, daß die Preußische Hypotheken-Aktienbank keine Beziehungen zum Schwedentrust habe, er hat auch zu schreiben gewagt, daß die Großbesitzer an Aktien jener Bank bisher niemals öffentlich angegeben worden seien — obwohl die Konzerndenkschrift der Regierung (Reichswirtschaftsminister Curtius!) einwandfrei die Beziehungen der Preußischen Hypotheken-Aktienbank zum Schwedentrust nachweist und überdies die Zusammensetzung des Herrschaftskonsortiums seit Jahr und Tag aus Zeitungen und Handbüchern in der Oeffentlichkeit bekannt ist.

Im übrigen besteht, wenn Beziehungen von Reichstagsabgeordneten zu geschäftlichen Interessen auch weiterhin der Oeffentlichkeit vorenthalten bleiben dürfen, die Möglichkeit, daß in Zukunft die andere Seite des Falles Behrens ebenfalls nicht bekannt wird.

Behrens hat nämlich seinerzeit für den christlich-deutschnationalen Landarbeiterverband eine Deutsche Landvolks-Bank gegründet, in die er Herrn Regendanz, den Vertreter des schwedisch-amerikanischen Zündholztrusts, als Mitaktionär und Aufsichtsrat aufnahm.

Angesichts dieser unglaublichen Tatsachen glaubte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Rippel bei der Beratung des Sperrgesetzes im Plenum fragen zu müssen, warum von sozialdemokratischer Seite kein Antrag zu dem Thema: „Aufsichtsrat und Abgeordneter" komme. Nach dem Bericht der „Deutschen Tageszeitung" führte der Abgeordnete Rippel weiter aus:

„Ich würde vorschlagen, daß beschlossen wird, daß alle Reichstagsmitglieder, die Aufsichtsratsstellen bekleiden, dies dem Präsidium mitteilen und dann der Aeltestenrat von Fall zu Fall beschließt, daß der Abgeordnete, der Aufsichtsratsstellen inne hat, in dem betreffenden Fall sich an der gesetzgeberischen Arbeit nicht beteiligen darf."

Dieser an sich ganz vernünftige und diskutable Vorschlag sollte natürlich nichts anderes sein als ein Schreckschuß. Es kam aber anders.

Genosse Hilferding erklärte im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, daß unser Fraktionsvorstand schon einen Vorschlag in ganz ähnlicher Richtung besprochen habe und daß er die Deutschnationalen einlade, ihrerseits den Vorschlag Rippel ebenfalls zur parlamentarischen Erledigung zu stellen. Darauf gab es bei den Regierungsparteien sehr lange Gesichter.

Es wird bei uns niemandem einfallen, die Aufsichtsratstätigkeit an sich als etwas Schlechtes und Schmutziges hinzustellen. Der Industrielle, der auf Grund seines Vermögens und seines Berufes in einem Aufsichtsrat sitzt, erfüllt dort seine Funktionen. Wer sonst an Finanzleuten usw. in Aufsichtsräte gewählt wird, soll dort durch seine Beziehungen wirken. Dagegen ist kaum etwas zu sagen. **Es muß aber verlangt werden, daß dann, wenn solche Aufsichtsräte ihre geschäftlichen Interessen im Parlament vertreten, auch offen als Interessenten auftreten.** Wenn die Herren des Stahles ihre Reichstagsabgeordneten offiziell firmieren, so weiß jedermann Bescheid. Die Lex Behrens wird aber notwendig, weil hier Beziehungen verheimlicht und bei ihrer öffentlichen Feststellung dann auch noch abgeleugnet wurden.

So denken wir, wird das angenommene Zündholz-Sperrgesetz wenigstens noch etwas Gutes zur Reinigung des Parlaments von Geschäftspolitikern tun. Das ist dringend notwendig.

Kurt Heinig.

Die wirklich echten Leninisten.

„Linke Kommunisten."

Gestern abend veranstaltete die „linke Opposition der KPD." (zur Orientierung: Gruppe Urbahns-Ruth Fischer) ihre erste öffentliche Kundgebung im Orpheum. Urbahns sprach über Außenpolitik und teilte mit, daß die chinesische KP. durch ihren Anschluß an den Kuomintang das Proletariat verraten und daß die russische Sowjetregierung dies in ihrer ganzen Chinapolitik doppelt und dreifach getan habe. Ruth Fischer rechnete mit der deutschen Zentrale der KPD. ab und bezeichnete Thälmann als Komödianten und Reformisten. Zum Sieg führe allein die Opposition, das Bekenntnis zur „Fahne des Kommunismus", dem Mitteilungsblatt der Gruppe Urbahns-Fischer.

Die alte KPD. stellte in der Versammlung die Mehrheit. Wie lange werden Proletarier an diesem Tohuwabohu noch Gefallen finden?

Die Völkerrechtsverletzungen.

Belgische Nachklänge zur Reichstagsdebatte.

Brüssel, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die belgische Presse kritisiert scharf den Mehrheitsbericht des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Völkerrechtsverletzungen im Weltkriege, insbesondere die Entschuldigung der belgischen Arbeiterdeportation. „Indépendance Belge" sagt, entweder bedeute der Bericht, daß das heutige Deutschland die Verantwortung für die Verbrechen des alten Regimes übernimmt oder daß unbegreiflicher Stolz es hindere, das abgeschaffte Regime zu verleugnen. Diese Haltung müsse im Auslande das Mißtrauen wachhalten und die Annäherung erschweren. „Peuple" schreibt, es sei unerfindlich, welchen Zweck der Mehrheitsbericht erreichen solle. Er müsse im Ausland einen kläglichen Eindruck erwecken, der nur durch die ehrende, mutige Haltung der sozialistischen Redner gemildert werde. Nur die Sozialisten zeigten das Bemühen, die volle Wahrheit festzustellen, während die Mehrheit zu entschuldigen suche, was nicht entschuldbar sei.

Für internationale Wirtschaftsverständigung

Eine Kundgebung des Hansabundes.

Die diesjährige Tagung des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie, in dem die alten Vertreter des deutschen Liberalismus aus den verschiedenen bürgerlichen Parteien zusammensitzen, fand in den letzten beiden Tagen in Berlin statt. Die Verhandlungen waren diesmal besonders gewerbepolitischen und steuerpolitischen Fragen gewidmet. Mit ihnen beschäftigten sich gestern und vorgestern die Referate von Bartschat, M. d. R., Rechtsanwalt Dr. Rost (Internationales Wirtschaftsrecht), Generalsekretär Mosich (Finanz- und Verwaltungsreform) und Steuersyndikus Schulte. Besonders hervorzuheben ist das Referat von Mosich, der, auf den bekannten Reformplänen der Demokraten für [illegible] einheitlichung der Länderverwaltungen und für die schärfere [illegible] tralisierung des Steuersystems fußend, u. a. auch den interessanten Vorschlag machte, daß das Reich, um weiterhin Steuersenkungen durchführen zu können, einen Teil seiner aus Steuerüberschüssen erworbenen Vermögenswerte „liquidieren", d. h. also an die Privatwirtschaft verhökern sollte!

Die Tagung fand gestern abend ihren Abschluß in einer großen Kundgebung für internationale Wirtschaftsverständigung. Der große Saal der Philharmonie war bis auf den letzten Platz gefüllt, und die Erschienenen, unter ihnen eine große Anzahl von Vertretern der Regierungen, der Stadtbehörden und befreundeter Verbände, ließen es an Beifall für die Redner nicht fehlen. Der Präsident des Hansabundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Hermann Fischer, betonte zunächst in seiner Begrüßungsansprache, daß neben internationalen Konferenzen, wie sie die Genfer Tagung darstellt, auch die freie Initiative und die ungebundene Aussprache von Nation zu Nation nicht entbehrt werden könne. Der erste Redner, Sir Philipp Dawson, Mitglied des englischen Parlaments, schilderte dann die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands, die sich in der Nachkriegszeit ergeben haben. Die gewaltige und nutzlose Verschwendung von Vermögen und Energie, die der Streit um den Vorrang in der Weltwirtschaft zwischen den einzelnen Nationen bedeute, müsse verschwinden. Nicht die sinnlose Konkurrenz, die zur Selbstvernichtung führt, sondern die gemeinsame Anwendung der besten Methoden zur Schaffung neuer Märkte und zur Entwicklung der Wirtschaft überseeischer Länder sei die Aufgabe der Zukunft.

Als Vertreter Frankreichs sprach Professor Francis Delaisi. Die Genfer Konferenz bedeute, wenn sie auch nicht allzu viele greifbare Ergebnisse bringt, dennoch einen Fortschritt. In der Verurteilung der protektionistischen Methoden Frankreichs, das den Neuaufbau seiner Schutzzollmauern mit der Notwendigkeit der nationalen Verteidigung für den Kriegsfall begründet, fand er recht scharfe Worte. Weiter sprach er ebenfalls recht sarkastisch über die bisherige Reparationspolitik, die jahrelange Irrwege gegangen sei, um erst jetzt einzusehen, daß größere Zahlungen, sei es an Reparationen, sei es für die Tilgung der interalliierten Kriegsschulden an England und letzten Endes an Amerika, nicht durchgeführt werden könnten, weil sie, da die Zahlung doch letzten Endes immer nur in Waren erfolgen könne, über die Aufnahmefähigkeit der Schuldnerländer hinausgingen.

Nach den beiden höchst interessanten Referaten der Ausländer hatte der deutsche Redner, Professor Wiedenfeld-Leipzig, keinen sehr leichten Stand, als er in reichlich akademischer Weise wieder einmal den alten Lieblingsgedanken des Liberalismus vortrug, daß sich die Staaten nach Möglichkeit nicht in die Wirtschaft und auch nicht in die Fragen der internationalen Wirtschaftsverständigung einmischen sollten.

Gegen den Moskauer Imperialismus.

Tschangkaischek bricht auch mit der Sowjetunion.

Paris, 20. Mai. (WTB.) Der Sonderberichterstatter des „Temps" in China war in Nanking bei Tschangkaischek. Auf die Frage, aus welchen Gründen er mit den Kommunisten gebrochen habe, erklärte der General, die extremistische Politik verstoße gegen die Grundsätze der Kuomintang, wie sie von Sunyatsen aufgestellt wurden. Die Frage, ob der Bruch mit den chinesischen Kommunisten den Bruch mit Moskau nach sich ziehe, bejahte der General und fügte hinzu: Wir kämpfen im Innern Chinas gegen jeden zivilen und militärischen Despotismus, folglich auch gegen die von den ausländischen Mächten verbreiteten imperialistischen Theorien. Der Bolschewismus ist eine Form des Imperialismus. Tschangkaischek bestritt, daß irgendwelche russische Ratgeber sich noch in seiner Umgebung befänden.

Wie die Reichsbahn spart.

Ein gefährliches Experiment. – Gefährdung der Betriebssicherheit.

Von der folgenden Verfügung ging uns eine Abschrift zu, die wir der Oeffentlichkeit unterbreiten müssen:

Deutsche Reichsbahngesellschaft.
Der Präsident der Reichsbahndirektion Berlin.
II. I. IV. VI. R. 1/75.

Berlin, den 27. April 1927.

Telegrammbrief.

An die Aemter — je besonders.

Ich habe mit Bedauern feststellen müssen, daß die Personalverbrauchsziffern in sämtlichen Dienstzweigen in den letzten Monaten dauernd gestiegen sind. Es werden mir fortgesetzt Anträge auf Personalvermehrungen vorgelegt. Demgegenüber fehlen fast vollkommen Meldungen über Personaleinsparungen seitens der Aemter. Wenn auch gewisse Personalvermehrungen durch den gestiegenen Güterverkehr bedingt sind, so erscheinen mir die häufigen Anträge sehr weit zu gehen. Anscheinend ist nicht versucht worden, durch eine eingehende Nachprüfung festzustellen, ob die auffallende Mehrarbeit von anderen Dienstposten mit übernommen oder durch Zusammenlegung von Dienstposten an anderen Stellen ein entsprechender Ausgleich geschaffen werden konnte. Die Verbrauchsziffern sind in den letzten Wochen derart gestiegen, daß nur geringe Reserven von den von der Hauptverwaltung bewilligten Tagewerksköpfen für den stärkeren Sommerpersonen- und Herbstgüterverkehr zurückgestellt werden konnten. Diese Zahlen sind derartig gering, daß sie für den genannten Zweck nicht ausreichen werden, und wenn in der bisherigen Weise weiter gewirtschaftet wird, mit einer Ueberschreitung der bewilligten Kopfzahl gerechnet werden muß. Diese Ueberschreitung muß aber unter allen Umständen vermieden werden. Die Aemter werden daher dringend ersucht, fortab eine strenge Personalwirtschaft zu führen. Es sind sofort sämtliche Dienstposten auf ihre Notwendigkeit und auf eine wirtschaftliche Besetzung und Ausnutzung hin zu prüfen. Ferner sind die Anträge, die von den Dienststellen auf Personalvermehrung gestellt werden, daraufhin zu prüfen, ob durch andere Maßnahmen diese Vermehrung vermieden werden kann. Die Herren Amtsvorstände ersuche ich, sich von der Notwendigkeit der Personalvermehrungen, wenn irgend möglich, persönlich zu überzeugen. Außerdem ist bei Durchführung des Sommerurlaubs nach den mehrfach gegebenen Richtlinien zu verfahren. Soweit irgend angängig, sind keine besonderen Urlaubsvertretungen zu stellen.

Ich betone daher, daß mit Rücksicht auf die geringen zur Verfügung stehenden Kopfzahlen mit der Genehmigung von Anträgen auf Personalvermehrung nur in allerdringendsten Fällen zu rechnen ist.

gez. Dr. Stapff.
Beglaubigt: Unterschrift.

Deutsche Reichsbahngesellschaft.
Vorstand des Reichsbahnverkehrsamtes 1.

Berlin, den 14. Mai 1927.

An alle Dienststellen des Bezirks — je besonders.

Vorstehende Verfügung der RBD. zur Kenntnis und zur besonderen Beachtung. Sämtliche Dienstposten sind sofort auf ihre wirtschaftliche Besetzung und Ausnutzung zu prüfen, wobei versucht werden muß, **auch bei Beurlaubungen und Erkrankungen bis zu einem bestimmten Prozentsatz durch entsprechende Maßnahmen** (Aenderung der Dienstpläne, Zusammenlegen von Dienstposten usw.) **ohne Verstärkung auszukommen.** Es geht nicht an, daß, wie es bei vielen Dienststellen üblich ist, beim Fehlen einer Kraft ohne weiteres die Hilfe des VA. in Anspruch genommen wird. Ich mache die Dienststellenleiter persönlich für sparsamste Personalwirtschaft verantwortlich.

Bis zum 25. Mai 1927 ist hierher über den Erfolg der vorstehend angeordneten Nachprüfungen sämtlicher Dienstposten unter ziffernmäßiger Begründung der etwa eingetretenen Ersparnisse unter Beifügung einer Nachweisung nach nachstehendem Muster zu berichten.

J. V.: gez. Unterschrift.

*

Die Reichsbahngesellschaft ist durch den Dawes-Pakt stark belastet. Niemand wird von ihr verlangen, daß sie mehr Personal beschäftigt, als sie benötigt. Die Reichsbahn ist aber auch kein Betrieb, der lediglich der Plusmacherei dienen darf, sondern sie ist in erster Linie ein Verkehrsbetrieb, der sowohl auf die Sicherheit der Reisenden wie des Personals bedacht sein muß. Wird das Personal übermäßig angestrengt, dann ist es mit der Verkehrssicherheit vorbei.

Man stelle sich vor, wie die angedrohte persönliche Verantwortlichmachung der Dienststellenleiter sich auswirken muß. In der Zwickmühle, entweder das Personal aufs äußerste anzutreiben und seine Arbeitsfreudigkeit dadurch zu lähmen, oder aber sich das Mißfallen der Direktion zuzuziehen, werden die Dienststellenleiter alles daran setzen, sich der Direktion gefällig zu erweisen. Das ist in dieser Beziehung auch bisher schon geschehen, allein die jetzt geforderte „strenge Personalwirtschaft" zwingt zu noch stärkerem Druck nach unten. Dienstbeflissene Beamte kontrollieren bereits die Arbeitszeit der Scheuerfrauen mit der Zeitlupe und lassen diese Frauen selbst Sonntags arbeiten, um sich nach oben hin in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wir warnen vor dieser ganzen Antreiberei! Sie wird ein Spiel mit Menschenleben, und das ist frevelhaft. Es gibt noch Arbeitslose genug, um dem beklagten Mangel an Reserven abzuhelfen. Der Hochdruck zur Verringerung der Kopfzahl des Personals führt zur Ueberlastung des beschäftigten Personals. Jede Ueberlastung beeinträchtigt die Sicherheit, die von der Reichsbahn in erster Linie gefordert werden muß.

Mißstände im Tabakkleinhandel.

Der Elfstundentag eine Selbstverständlichkeit.

Eine unerhörte Ausbeutung der Angestellten und, verbunden damit, die ständige Verletzung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Arbeitszeit ist gerade in der letzten Zeit wieder im Berliner Tabakhandel eingerissen. Die in früheren Jahren festzustellende Besserung der Arbeitsverhältnisse hat genau so lange vorgehalten, wie der gewerkschaftliche Elan der Angestellten. Seitdem ein großer Teil von ihnen das Interesse an einer menschenwürdigen Arbeitszeit anscheinend verloren hat, ist es rapide bergab gegangen. Es wird nunmehr höchste Zeit, daß sich die Verkäufer und Filialleiter der Tabakgeschäfte auf ihre Rechte besinnen und durch bessere gewerkschaftliche Organisation zu einer radikalen Aenderung der Arbeitszeit beitragen.

An der schleunigen Abstellung dieser Mißstände ist die gesamte Berliner Arbeiter- und Angestelltenschaft erheblich interessiert. Nicht nur, daß ihr Kampf um den Achtstundentag sich gegen derartige Ungehörigkeiten in jedem Gewerbezweig wenden muß. Die Arbeiter- und Angestelltenschaft ist es schließlich, die den größten Teil der Verbraucher von Tabakerzeugnissen darstellt. Und sie wird es sich künftig sehr wohl überlegen müssen, ob Betriebe, in denen eine von keinen Pausen unterbrochene Arbeitszeit der Angestellten von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr (und manchmal noch später) die Regel ist, die geeigneten Lieferanten der werktätigen Bevölkerung sind.

Der Zentralverband der Angestellten hat die geeigneten Schritte zur endgültigen Beseitigung dieses gesetzwidrigen Zustandes unternommen. Der Erfolg wird dennoch wesentlich von den Angestellten selbst und der von ihnen bewiesenen Erkenntnis der eigenen Interessen abhängen. — Vor allem wird aber auch von den Instanzen der Gewerbeaufsicht zu erwarten sein, daß sie entschieden durchgreifen und diejenigen Arbeitgeber, die sich durchaus nicht an Ordnung gewöhnen können, der gerechten Bestrafung zuführen.

Streikerfolg im Altmetallgroßhandel.

Nachdem die Arbeiter des Berliner Altmetallgroßhandels seit Donnerstag voriger Woche im Streik standen, hatte der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses die Parteien zum Donnerstag zu Verhandlungen geladen, um eine Einigung herbeizuführen. Nach längeren Auseinandersetzungen wurde schließlich ein Vergleich abgeschlossen, wonach sich die Löhne bis zum 30. September um 4 Mark und ab 1. Oktober um eine weitere Mark, insgesamt also um 5 M. erhöhen. Der Schiedsspruch, der von den Arbeitern seinerzeit abgelehnt und mit dem Streik beantwortet war, sah für die gleichen Zeiträume nur eine Lohnerhöhung von 2 M. und 1 M., insgesamt also eine Zulage von 3 M., vor. Infolge dieses Vergleiches ist gestern früh in allen Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Lohnbewegung der Handelsarbeiter.

Für die Handelsarbeiter der Fachgruppen Glas und Keramik, Kurz-, Galanterie- und Spielwaren ist nach einer tariflosen Zeit von 2½ Jahren ein neues Lohnabkommen abgeschlossen worden. Tarife sind im Bureau des Deutschen Verkehrsbundes, SO. 16, Engelufer 24—25, II, Zimmer 31 in den nächsten Tagen in Empfang zu nehmen.

Die Verhandlungen für die Eisenkurzwarenbranche sind gescheitert an dem Verlangen der Unternehmer, Ueberstunden bis zur 50. Stunde ohne Zuschlag abzugelten.

Zur Arbeitszeit in der Metallindustrie.

Schiedsspruch für das Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M.

Der vom Reichsarbeitsminister eingesetzte Schlichter fällte gestern Freitag folgenden Schiedsspruch: Die Arbeitszeit beträgt ab 1. Mai 52 Stunden, darüber hinaus nur im Einverständnis mit der Betriebsvertretung. An Zuschlägen werden gezahlt: für die 49. und 50. Stunde 15 Proz., für die 51. und 52. Stunde 20 Proz., für die 53. und 54. Stunde 25 Proz., für die 55. und 56. Stunde 30 Proz. Darüber hinaus und für Nacht- und Sonntagsarbeiten 50 Proz. vom Tariflohn. Gültig bis 31. März 1928. Erklärungsfrist bis 25. Mai.

Belgischer Textilarbeiterkongreß.

Der Textilarbeiterkongreß tagte dieser Tage im Brüsseler Volkshause. Die Textilarbeiterinternationale war durch den internationalen Sekretär und früheren englischen Arbeitsminister Tom Shaw vertreten. Etwa 100 Delegierte vertraten 48 Ortsgruppen und 70000 Mitglieder. Aus dem Tätigkeitsbericht ergibt sich, daß die belgischen Textilarbeiter noch ziemlich unzureichend organisiert sind. Neben 70 000 freigewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern gibt es 45 000 Mitglieder christlicher und 20 000 liberaler Gewerkschaften. Die Organisation wird dadurch erschwert, daß die Standorte der belgischen Textilindustrie sich in zwei geographisch und sprachlich getrennten Gegenden befinden: in den westlichen Teilen Flanderns und im östlichen wallonischen Gebiet von Verviers.

Im Gebiet von Verviers sind die Organisationsverhältnisse wesentlich besser als in Flandern. Die Organisierung der Frauen und jungen Mädchen macht noch immer große Schwierigkeiten, da sie vielfach unter dem Einfluß der Geistlichkeit stehen. Ueberdies versuchen die Unternehmer in letzter Zeit immer mehr, die Industrie nach der Provinz Brabant zu verpflanzen, um noch niedrigere Löhne als bisher zahlen zu können. Ueber die Rückständigkeit der Fabrikinspektion wurde stark geklagt.

Zusammentritt der Unternehmer-Internationale.

Zürich, 20. Mai. (WTB.) Die Internationale Arbeitgeberorganisation ist hier zu ihrer Jahresversammlung zusammengetreten. Zweck der Tagung, auf der rund 25 Staaten vertreten sind, ist eine Beratung der Fragen, welche für die 10. Internationale Arbeitskonferenz vorgesehen sind, wie Krankenversicherung, Koalitionsfreiheit, Mindestlöhne, sowie andere Gegenstände, die für die Arbeitgeber von allgemeinem Interesse sind. Bundesrat Schultheß überbrachte die Grüße des Bundesrates und der Züricher Behörden und gab einen Ueberblick über die gegenwärtige Wirtschaftslage der Völker.

ZdA.-Mitglieder der Fachgruppe Metall.

Montag, 23. Mai, 7½ Uhr, im Nordischen Hof, großer Saal, Invalidenstraße 126. Fachgruppen-Mitgliederversammlung aller Sektionen. Das Arbeitszeitnotgesetz. Referent Kollege Fritz Schröder vom Verbandsvorstand. Stand aller Tarifverträge. Bei der Wichtigkeit dieser Tagesordnung erwarten wir bestimmt das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen. Das Mitgliedsbuch ist am Saaleingang vorzuzeigen.

Die Mitglieder aller Sektionsleitungen der Fachgruppe Metall treffen sich bereits um 6½ Uhr nachmittags im gleichen Lokal zu einer wichtigen Vorbesprechung.

Zentralverband der Angestellten, Ortsgruppe Groß-Berlin.
Gottfurcht. Lange.

Freie Gewerkschaftsjugend. Heute, Sonnabend, 7½ Uhr, tagt die Gruppe **Baumschulenweg:** Gruppenheim Jugendheim Ernststr. 16. Zusammenkunft. — **Zentrum:** Werbung durch den Krämer. — Morgen, Sonntag: **Frankfurter Allee:** Wir treffen uns zur Hausagitation 10 Uhr Boltenplatz. — **Wedding I und Zeppelinplatz:** Treffen auf dem Metallarbeiter-Sportplatz.

Jugendgruppe des ZdA. Der Bezirk Neukölln unserer Jugendgruppe besucht morgen, Sonntag, die Wochenendausstellung. Treffpunkt 9½ Uhr Bahnhof Kaiserdamm, Ausgang Witzleben.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingenhöfer; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ecksorn; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen".

Die Mark Brandenburg mit ihren großen Landgebieten, ihren vielen kleinen Städtchen und fast unzähligen Dörfern wird von einer Großkraftquelle mit Elektrizität versorgt, die den wenigsten bekannt sein dürfte. Auf mächtigen Braunkohlenlagern, einige Wegstunden von Frankfurt a. d. Oder, erhebt sich der Bau des Märkischen Elektrizitätswerkes Finkenherd, das vor wenigen Jahren begonnen, auch jetzt noch nicht ganz vollendet ist. Trotzdem ist es schon stark genug, um die Mark Brandenburg und über ihre Grenzen hinaus auch einige anstoßende Gebiete mit Strom zu versorgen. Im Laufe der nächsten Jahrzehnte soll sich hier durch weiteren Ausbau mit das größte Kraftwerk Mitteldeutschlands entwickeln.

Kraft aus der Urwelt.

Unmittelbar am Ufer der Oder beginnen die riesigen Braunkohlenlager, die dem Werke die lebenswichtige Kohle spenden und die Landschaft, die grün- und waldgesäumt die Oder umkränzt, wird jäh unterbrochen. In einem mächtigen Tal sieht man tief unten die dunkle Kohle, die in solchen Mengen hier vertreten ist, daß die **Stromversorgung der Mark auf über hundert Jahre gesichert erscheint.** Die Bagger schürfen tagaus, tagein das Erdreich fort und legen den kostbaren Betriebsstoff bloß, der hier vor undenklichen Zeiten aus dem Waldreichtum in Sümpfen versank. Andere Bagger stehen bereit, ergreifen die locker aufgeschichteten Reste der Urwälder und füllen sie in Eisenbahnwagen, die, in Zügen zusammengestellt, sofort die kurze Strecke nach dem Werk weiterrollen. Nur wenige Minuten dauert es, dann fährt der kleine Zug auf die Entladebrücke. Ein Griff, und **die Kohle stürzt aus dem Wagen und fällt durch Kanäle hinunter** in die Zähne der unter den Brücken liegenden Brecher, wo sie auf Nußgröße zerbrochen wird. **Dann wandert sie auf laufendem Band bis unter die Kessel des Kraftwerkes,** unter 14 gewaltige Riesen, die in jeder Stunde etwa acht große Eisenbahnwaggons voll Kohlen verschlingen. Die zur Glut entfachten Waldreste der Vorzeit verwandeln das Wasser in Dampf von 400 Grad, dieser stürzt sich in die Turbinen und bringt in den Dynamomaschinen die wirbelnde Bewegung hervor, die den Strom erzeugt. Mit einer Spannung von 110 000 Volt eilt dieser Strom auf den Freileitungen durch die ganze Mark, verästelt sich unzählige Male und wird zum Diener des Menschen.

Warum Großkraftwerke?

Die Versorgung mit elektrischem Strom, die wir heute als etwas Selbstverständliches und Unentbehrliches betrachten, nahm in Deutschland ihren Anfang etwa um das Jahr 1880. Die ersten Elektrizitätswerke arbeiteten mit Gleichstrom, es waren ausgesprochene Ortswerke, d. h., sie waren klein im Verhältnis zu unseren heutigen Werken und versorgten nur ihre nächste Umgebung mit Strom. Als es dann im Jahre 1891 zum ersten Male gelungen war, Wechselstrom von hoher Spannung auf eine größere Entfernung (von Lauffen am Neckar nach Frankfurt a. M. = 175 Kilometer) zu übertragen, da erkannte man bald die ungeheure Bedeutung dieser Tat und begann in der Folgezeit mit dem Bau von großen Zentralen, die eine Uebertragung auf Hunderte von Kilometern ermöglichten und daher als Ueberlandzentralen bezeichnet wurden. Heute haben **die Elektrizitätswerke eine Größe erreicht, die den Namen Großkraftwerk durchaus rechtfertigt:** das Versorgungsgebiet eines Großkraftwerkes umfaßt ganze Provinzen und Länder. In der Mark Brandenburg nahm die Ueberlandversorgung ihren Anfang etwa mit der Gründung des Märkischen Elektrizitätswerkes (MEW.) im Jahre 1909; **heute versorgt das Märkische Elektrizitätswerk, das im Jahre 1926 einen Stromabsatz von über 300 Millionen Kilowattstunden hatte, nahezu die ganze Provinz Brandenburg.** Seine Hauptstromquelle ist das Großkraftwerk Finkenherd bei Frankfurt a. d. O., dessen Bau im Herbst 1921 begonnen wurde und das im Sommer 1923 seinen Betrieb aufnahm. Es verfügt augenblicklich über eine Maschinenleistung von zirka 60 000 Kilowatt, und in Kürze werden es 90 000 Kilowatt oder etwa 135 000 Pferdestärken und nach Vollausbau über 150 000 Kilowatt oder etwa 225 000 Pferdestärken sein. Bei der Projektierung des Werkes ging man von der Erwägung aus, die Kohle nicht durch einen weiten Transport zu verteuern. Man erwarb deshalb die Frankfurt-Finkenherder Braunkohlen A.-G. mit rund 30 000 Morgen Kohlenfeldern und errichtete unmittelbar daneben das Kraftwerk. **Im Bergwerk wird die Kohle in einem Tagebau und 5 Tiefbauten, die bis zu 70 Meter tief sind, gewonnen.**

Im Laufe der Jahre hat sich hier aus einer kleinen, zwei Kreise versorgenden Ueberlandzentrale ein Unternehmen entwickelt, das mit einer Fläche von 34 600 Quadratkilometern **eines der größten einheitlich betriebenen Elektrizitätswirtschaftsgebiete Deutschlands ist.** Voraussetzung dafür war eine stets unbedingte Sicherheit der Belieferung mit elektrischem Strom, vor allem aber eine wohlfeile Preisbemessung der elektrischen Arbeit. Gerade in dieser Hinsicht ist ein Großkraftunternehmen natürlich jedem kleinen Kraftwerk ganz bedeutend überlegen. Im Märkischen Elektrizitätswerk mischt sich beispielsweise der verschiedenartigste Verbrauch, so daß die gleichen Stromerzeugungsanlagen zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedenartigen Bedarf befriedigen können. Wenn der Kraftverbrauch in den großen angeschlossenen industriellen Werken zurückgeht, setzt der Lichtverbrauch der Städte und Dörfer ein. Im Herbst ist es die Landwirtschaft, die den größten Stromverbrauch hat, im Winter ist das Kraftwerk am höchsten durch den Lichtbedarf der Städte und Dörfer in Anspruch genommen. Diese Vorteile der Großkrafterzeugung sind es auch, die im Laufe der Zeit die Kreise der Mark bewogen, ihre eigenen kleinen Zentralen stillzulegen und sich an das Märkische Elektrizitätswerk anzuschließen, das ihnen eine viel sichrere und billigere Stromversorgung gewährleistete, als ihre eigene, nur mit großen Kosten zu unterhaltenden Werke.

*

Durch die Anlage des Großkraftwerkes Finkenherd in nächster Nähe von Kohlenlagern ist die Stromversorgung der Provinz Brandenburg von keinem fremden Kohlenrevier und von keiner Eisenbahn abhängig. Dazu kommt, daß das gesamte Aktienkapital des Märkischen Elektrizitätswerkes sich im Besitze der Provinz und der versorgten Kreise befindet. Dadurch ist die Gewähr gegeben, daß die Elektrizitätswirtschaft der Mark Brandenburg ganz nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitet wird.

Kauft nicht am Sonnabend nachmittag!
Leistet Vorarbeit für das Wochenende!

Der Juwelenraub mit Kanonenschlägen.

Die Angeklagten leugnen alles.

Des Juwelenräubers Spruch Vorläufer, die Brüder Jasse, versuchten gestern zum zweitenmal in Moabit ihre Unschuld nachzuweisen. Sie behaupteten mit aller Entschiedenheit, mit dem Juwelenraub mit Kanonenschlägen bei Bonnet in der Schönhauser Allee nicht beteiligt gewesen zu sein. Wieder war der kleine Gerichtssaal des Schöffengerichts Berlin-Mitte beim Aufruf der Zeugen überfüllt. Eine größere Anzahl von ihnen befindet sich in Haft. Es handelte sich um einen ausgesprochenen Indizienbeweis.

Im März, als die Beweisaufnahme fast abgeschlossen war, mußte die Gerichtsverhandlung ganz unerwartet vertagt werden. Die angeklagten Brüder Jasse, die sich auch heute mit großer Energie verteidigen, verlangten durch ihre Rechtsanwälte die Ladung neuer Zeugen, die die ungünstigen Aussagen verschiedener anderer Zeugen widerlegen sollten. Der Vorsitzende redete den Angeklagten gut zu: sie sollten geständig sein, da sie dabei besser davonkommen würden. Trotz der schwerwiegenden Verdachtsmomente, die gegen beide Brüder Jasse und den Kaufmann Berndt, der angeklagt ist, die Brillanten, die den Wert von 20 000 Mark gehabt hatten, verkauft zu haben, bleiben alle drei Angeklagten hartnäckig bei ihrem Nein. Es versprach eine langwierige Gerichtsverhandlung zu werden. Da sind z. B. Zeugen, die die Brüder Jasse im Augenblick der Tat gesehen haben wollen; dann wieder andere, denen gegenüber die Brüder halbe Geständnisse gemacht haben sollen; ein Paletot, den einer der Brüder angehabt haben soll, wird wiedererkannt, die Schürze, in der der Stein, mit dem das Fenster eingedrückt wurde, eingewickelt war, soll dem Ehepaar Jasse gehören. Die Angeklagten haben sich auch nach der Tat durch große Ausgaben verdächtig gemacht usw. Gleich der erste Zeuge Markiewicz wird den Angeklagten sehr gefährlich. Er hat die beiden Brüder vor der Detonation in der Nähe des Ladens bemerkt, sah nach derselben den Willi Jasse vom Tatort gehen und hat beide Angeklagten im Polizeipräsidium unter vielen Leuten wiedererkannt. Der Verteidiger versucht, die mit großer Bestimmtheit gemachten Aussagen dieses entscheidenden Zeugen zu erschüttern. Trotz aller Vorhaltungen bleibt er jedoch bei seiner Aussage. Ein kleines Mädchen hatte aber am Abend der Tat während der Explosion einen jungen Menschen beobachtet, über dessen „chinesische Augen" sie am gleichen Abend zu Hause ihren Eltern erzählt hatte. In der ersten Gerichtsverhandlung fehlte sie; gestern erschien sie und erkannte in dem jungen Menschen Willi Jasse wieder. Und wirklich, seine Augen machen den Eindruck von Schlitzaugen. Die große Anzahl von Zeugen, die aus dem Gefängnis, zum Teil aus der Irrenanstalt, vorgeführt werden, bringen in ihren Aussagen

Die Brücke im Dschungel.

Sitten- und Stimmungsbild aus dem Innern Mexikos.

7] Von B. Traven.

Copyright 1927, by B. Traven, Tamaulipas (Mexiko).

Garza hat die Fiedel wieder genommen. Man sieht ein, daß er von allen, die es nun versucht haben, immer noch am besten spielt.

Aus irgendeinem Winkel der Nacht heraus bläst jemand auf einer Mundharmonika. Wieder versuchen einige Mädchen zu tanzen und wieder stellen sie den Versuch nach einer Runde ein.

Die Frau des Pumpmeisters steht auf, nimmt eine Laterne fort und geht damit ins Haus. Der Platz wird dadurch noch gespenstischer. Drüben bei den Eseltreibern ist das Feuer am Verlöschen und die beiden Männer und der Junge kommen näher heran, um unter Menschen zu sein. Sie finden gleich Bekannte, stellen sich bei ihnen hin, spucken aus und mischen sich in das Gespräch.

Da kommt die Garza in der Richtung von der Brücke auf uns zu. Sie geht sehr eilig und sagt, noch während sie geht: „Der Junge ist nicht da. Ich kann ihn nicht sehen. Wo steckt er nur?" Ihr Gesicht, das vorhin noch nebensächlich, alltäglich geschäftig war, nimmt jetzt einen auffallend deutlichen Ausdruck der Besorgnis an. Sie zieht die Stirne hoch, öffnet ihre Augen weit und richtet sie fragend auf uns. Und in diesen Augen schimmert ein leiser Verdacht, gegen den sie sich noch zu wehren sucht. Und ein zweiter Verdacht glimmert hindurch, ob wir vielleicht etwas ahnen, aber unsere Ahnung vor ihr verbergen wollen. Hilflos blickt sie uns wieder an. In ihren Augen ist eine Wandlung vor sich gegangen. Der Verdacht, die leise Ahnung fangen an, Gestalt anzunehmen.

Der große Musikmeister ist erschienen! Der größte, den die Menschen haben. Gleich wird er zum Tanze aufspielen. Zu einem wirbelnden Tanze, bei dem die Fanfaren des letzten Tages der Welt zu hören sein werden.

Die Tänzer beginnen sich langsam aufzustellen. Zuerst nur die, wie bei jedem Tanze, die gehört haben, daß die Musik eingesetzt hat.

„Machen Sie sich doch keine Sorgen, Carmelia," sagt der Pumpmeister, „der Junge ist müde geworden und hat sich hingelegt zum Schlafen.

„Im Hause ist er nicht, ich habe jeden Winkel durchsucht."

„Er wird bei anderen Leuten sein."

„Nein, auch nicht."

„Vielleicht irgendwo unter eine Decke gekrochen oder er liegt auf einem Dache, wo er eingeschlafen ist und wo es kühl ist," sagt jetzt Sleigh.

An das Dach hat die Frau nicht gedacht. Das kann sein, er schläft ja oft mit den anderen Jungen auf dem Dache, sie hat ihm ja oft den Fetzen Decke hinaufwerfen müssen. In ihre Augen kommt ein Schein von Hoffnung. Sie eilt davon. Wieder über die Brücke zurück.

Die Pumpmeisterin ist mit der Laterne wieder aus der Hütte gekommen und der Platz wird wieder ein wenig heller.

5.

Garza fiedelt noch immer. Der Junge ist schon hundertmal nicht zum Abendessen gekommen, man hat ihn schon dutzende Male wer weiß wo suchen müssen, oft hat er sich einen Esel genommen und ist auf und davon geritten aus bloßem Vergnügen. Die Frauen haben immer gleich den Sack voll Angst. Obgleich niemand zu tanzen versucht, er ist nicht beleidigt oder verärgert, unverdrossen spielt er weiter. Wenn einer besser spielen kann als er, so mag er sich doch melden, er will ihm gern seine Geige leihen. Aber da soll erst einmal einer kommen, der besser spielt, das ist ja eben die Sache, man muß spielen können, und er kann spielen, besser als alle hier in der Runde. Die Onesteps, Twosteps, Walzer und Foxtrotts schieben sich alle ein wenig ineinander, so daß man immer erst eine Weile hinhören muß, was er eigentlich spielt, und wenn man dann überzeugt ist, daß er einen Foxtrott meint, dann ist es ein Walzer.

Ab und zu spielt wieder einer auf der Mundharmonika, die von Hand zu Hand oder, richtiger, von Mund zu Mund zu gehen scheint, denn zwischendurch hört man immer sprechen und zuweilen etwas lauter: „Gib mir mal, du kannst ja nicht."

Die Jungen auf der Brücke singen nicht mehr. Vielleicht sitzen sie noch da und erzählen sich etwas, vielleicht auch haben sie sich zu den Mundharmonikaspielern gesellt oder zwischen die Gruppen hier gemischt.

Die Garza kommt schon wieder zurück. Da wir ja am nächsten zur Brücke stehen, muß jeder, der zum Pumpplatze will, an uns vorbei.

So kommt sie natürlich zuerst auf uns zu. Ihr Gesicht hat den ersten Schimmer von Angst angenommen. Die Augen sind starr und weit auf uns gerichtet mit einer ganz stillen Hoffnung, daß wir, während sie drüben auf der anderen Seite des Flusses war, etwas erfahren haben könnten. Ihr Haar, das so sorgfältig geordnet war, ist an der einen Seite ein wenig aufgezaust. Sie ist auf das Dach geklettert und hat zwischen Gestrüpp gesucht.

„Er ist auch nicht auf dem Dache, Senjores. Die anderen haben auch überall nachgesehen. Sie haben ihn nicht gefunden." Sie sagt es so, als ob die Worte Blei wären. „Drüben ist er nicht."

Sie geht rüber zu ihrem Manne. Während er ruhig weiterfiedelt, redet sie auf ihn ein. Dann schweigt sie plötzlich und sieht ihn groß fragend an, seine Meinung erwartend.

Er zieht noch einen langen Strich, dann setzt er den Bogen ab und läßt die Hand aufs Knie fallen. Die Geige hat er noch an der Brust, denn kein Indianer hier hält die Geige gegen das Kinn. Ueber die Geige hinweg sieht er mit seinen schwermütigen Augen seiner jungen Frau ins Gesicht. Plötzlich ruckt er zusammen. Er hat mehr in den Augen gelesen, als sie für ihn hineingeschrieben hatte. Er öffnet den Mund weit und der Unterkiefer scheint zu erschlaffen. Jetzt endlich nimmt er die Geige auch herunter, und stützt sie aufs Knie und während er den Kopf sinken läßt, übergibt er die Fiedel dem großen Meister, den er jetzt kommen sieht.

Der Junge ist noch keine Stunde fort. Er ist dutzend Male halbe Tage fortgewesen und hat sich hunderte Male viele Stunden lang, wer weiß wo herumgetrieben, aber noch nie hat Garza seine Frau so gesehen, wie jetzt.

„Manuel!" ruft die Frau.

Und Manuel kommt von seinem lachenden Mädchen, der er noch ein lustiges Wort zurückruft, langsam heran.

Lachend sagt er: „Was ist denn, Mutter?"

„Wir können Carlo nicht finden," sagt sie, ängstlich in seinem Gesicht suchend, ob er nicht das erlösende Wort sprechen würde.

Das Lächeln auf Manuels Munde wird um einen Grad leichter und er sagt: „Ich habe ihn ja gerade eben noch gesehen."

„Wo?" ruft die Mutter, während sich ihr Gesicht merkwürdig aufhellt, als wäre es plötzlich von strahlender Mittagssonne getroffen worden.

„Ja, hier, er wollte sich an meinem neuen Taschentuch die Nase abputzen. Da tat er auch. Dann schob er mir das Tuch wieder in die Hosentasche. Da, hier ist es. Dann puffte er mich in die Seite, trat mich auf den Fuß und fort war wie ein Coyote."

(Fortsetzung folgt.)

ein wirres Durcheinander. Wieviel an diesen Aussagen wahr ist, kann man schwer beurteilen. Den Gefangenen Humbert Tedeschi sollen beide Angeklagten während ihres Besuches in der katholischen Kirche veranlaßt haben, die Tat auf sich zu nehmen. Er hatte auch wirklich sich selbst bezichtigt; es stellte sich jedoch heraus, daß er zur Zeit der Tat im Gefängnis gewesen war. Die Angeklagten müssen zugeben, daß sie dem Tedeschi 50 M. geschenkt haben. „Es ist bei uns Sitte, unsere Genossen bei der Befreiung zu beschenken", erklären sie. Der Zeuge Lübbert, der von der Verabredung zwischen Tedeschi und Jasse Bescheid gewußt haben will, hat bald so, bald anders ausgesagt. Eine Reihe von Zeugen, die früher behauptet hatten, die Jasses hätten sich im Gefängnis ihrer Tat laut gerühmt, wollen jetzt nichts mehr davon wissen. Schließlich tritt ein Zeuge auf, der von der Verteidigung erst zu dieser Verhandlung geladen war; er erklärt, er wisse einen Menschen, der sich selbst als Täter bezeichnet habe. Nun stellen die Verteidiger, die Rechtsanwälte Lucke, Dr. Frey und Hans Wolff, den Antrag, diesen Zeugen herbeizuschaffen. Es bleibt dem Gericht nichts anderes übrig, als die Gerichtsverhandlung auf Dienstag zu vertagen.

Es wird nicht leicht sein, in dieser Sache das Urteil zu fällen. Im März war das Verbrechen geschehen; erst im Dezember fanden die ersten Gegenüberstellungen zwischen Angeklagten und Zeugen statt. Die ganze Angelegenheit ist von unbrauchbarem Material so sehr umwachsen, daß man wahrhaftig nicht weiß, welchen Zeugen zu glauben ist. So kann auch der Zeuge Borchardt kaum als klassischer Zeuge bezeichnet werden. Er hat allen Grund, dem Angeklagten Berndt nicht hold zu sein. Wie erinnerlich, hat Borchardt in der Wohnung Berndts seine Frau getötet. Dienstag wird man nun endlich wissen, wie das Gericht über die Teilnahme der drei Angeklagten denkt.

Die Bremse versagt.

Eine Protestresolution der Berliner Straßenbahner.

Eine Versammlung des Gesamtpersonals des Berliner Straßenbahnbetriebs G. m. b. H. beschäftigte sich vor kurzem in eingehender Weise mit Wesen und Wirkung der heutigen Bremseinrichtungen. Die Ausführungen der Rednern gipfelten darin, daß dem heutigen Bremssystem sehr starke Mängel anhaften, die sowohl dem fahrenden Publikum als auch dem Fahrpersonal oftmals verhängnisvoll werden. Da die Betriebsleitung nicht gewillt ist, die Mängel zuzugeben, wird die Schuldfrage meistens zu Lasten des Personals gelegt. Um die Oeffentlichkeit auf die schwerwiegenden Vorgänge aufmerksam zu machen, wurde die nachfolgende Entschließung angenommen:

„Anläßlich eines am Görlitzer Bahnhof eingetretenen tödlichen Unfalles stellt die am 19. Mai stark besuchte Versammlung der Straßenbahner mit Entrüstung fest, daß noch immer im Straßenbahnbetrieb schwerste Schäden für Leib und Leben des Personals, der Fahrgäste und der Straßenpassanten durch die — trotz aller neuzeitlichen Verbesserungen — noch immer unzulängliche Strombremse verursacht werden. Die Versammlung erwartet von der Verwaltung eine Bremse, die nicht unvermutet versagt und auch bei plötzlich eintretender Gefahr einfacher und sicherer zu bedienen ist, als die viel zu komplizierte Strombremse. Es ist festgestellt, daß bis in die letzten Tage hinein Versager in der Strombremse vorgekommen sind und die sich daraus ergebenden Folgen dem Personal zur Last gelegt werden. Die Versammlung weist den Versuch der Verwaltung zurück, dem Fahrpersonal Unfälle zur Last zu legen, die nur auf das Konto der Strombremse kommen. Das Personal der Straßenbahn erwartet von der Presse, den Behörden und dem Publikum Unterstützung in seinem Kampf um die Sicherheit des Verkehrs."

Entgleiste Beamte.

Ein Eisenbahnobersekretär bestiehlt Amtskollegen.

Bei den Güterkassen der Nordbahn waren lange Zeit hindurch rätselhafte Fehlbeträge entstanden. Es hatte sich zwar schon längst ein leiser Verdacht gegen den an einer der Schalterkassen tätigen Eisenbahnobersekretär Sasse erhoben. Man wagte aber ohne positive Anhaltspunkte diesem Verdacht nicht laut Ausdruck zu geben, da S. seit 1908 Beamter ist und sich niemals etwas hatte zuschulden kommen lassen. Die Sache blieb unerklärlich. Es fehlten immer wieder mehr oder weniger große Beträge in den verschiedenen Kassen, und die betroffenen Beamten waren genötigt, das Manko aus der eigenen Tasche zu decken. Als ein Eisenbahnbeamter, der eine große Familie hatte und in Bedrängnis war, auch einen erheblichen Verlust hatte, wurde er von seinem Kollegen S. ganz besonders bedauert. Um so mehr war man überrascht, als eines Tages S. selbst durch die zufällige Beobachtung eines jungen Mädchens, das am Schalter auf die Abfertigung wartete, als der Dieb entlarvt wurde. Das Mädchen stand am Schalter, als S. seinem Nachfolger die Kasse abgab. Während jener abrechnete, und einmal S. den Rücken drehte, faßte dieser blitzschnell hinter dem Rücken des anderen in die Kasse, nahm hastig einen Fünfmarkschein heraus, den er sofort zerknittert in die Tasche steckte. Die Mankogelder hatten im Laufe der Zeit 1200 Mark betragen. Als S. vor den Beamtenrat zur Rechtfertigung gezogen wurde, gab er die Schuld zwar nicht direkt zu, bestritt sie aber auch nicht direkt. Er sagte nur, wenn er es getan habe, dann müsse es im „Dusel" geschehen sein. Er weinte dabei und bat, ihn nicht unglücklich zu machen, er wolle den Schaden ersetzen. Als sich S. vor dem Erweiterten Schöffengericht Mitte wegen fortgesetzten Diebstahls und Amtsunterschlagung zu verantworten hatte, bestritt er seine Schuld und behauptete, daß er die Aeußerung nur infolge eines Nervenzusammenbruchs getan habe. Er habe den Schaden decken wollen, um allen Weiterungen aus dem Wege zu gehen. Die Beschuldigungen bezeichnete er als einen Racheakt aus politischen Gründen, und aus Neid über sein solides Leben, weil er sich nie an den Saufereien beteiligt habe. Es spielten bei der Anklage noch eine Reihe anderer Fälle mit, und der Staatsanwalt beantragte 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schwindt bezweifelte bei den meisten Anklagepunkten, daß dem Angeklagten eine Schuld nachgewiesen werden könne. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten auch nur wegen fortgesetzten Diebstahls zu 3 Monaten Gefängnis; es nahm an, daß die rätselhaften Mankogelder nur durch die Unredlichkeit des Angeklagten entstanden seien, um so mehr als dieselben vollständig aufgehört haben, nachdem Sasse aus dem Dienst entfernt worden war.

Veruntreuungen eines Studienrats.

Wegen Betruges zum Nachteile des Reichsentschädigungsamtes wurde der Studienrat a. D. Arndt vom Schöffengericht Mitte zu 1½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Der Angeklagte war aus Straßburg vertrieben worden und ist 1922 im Reichsbund für die vertriebenen Elsaß-Lothringer beschäftigt gewesen. Dann erhielt er eine Anstellung im Reichsentschädigungsamt und rückte zu der Stellung eines Dezernenten für die Vergleichsabschlüsse auf. Durch die Krankheit seiner Frau war er in Schulden geraten. Besonders drängte ihn ein Amtskollege wegen einer Forderung von 500 M. Da er die Schuld nicht zurückzahlen konnte, machte der Gläubiger ihm den Vorschlag, selbst Vergleiche auszufertigen, und die auf diese Weise unberechtigt abgehobenen Gelder mit ihm zu teilen. A. ging auf den Vorschlag ein und fertigte als Dezernent fünf Vergleichsverträge auf fingierte Namen an, mit Hilfe deren er 18000 Mark abhob. Als Bevollmächtigter veranlaßte er zwei Landsleute aus dem Elsaß, an der Kasse aufzutreten. Als der Schwindel herauskam, verübte der Versucher, ein Kommissar Sch. vom Reichsentschädigungsamt, Selbstmord. A. war geständig. Er hatte als Dezernent die Berechtigung, Vergleiche bis zu einer gewissen Höhe abzuschließen. Als Entschädigungsempfänger hatte er Personen, die aus Samoa, Angora, Schiras und anderen Orten des Auslandes während des Krieges um ihr Besitztum gekommen waren, angegeben. Von den beiden Männern, die als Bevollmächtigte an der Kasse aufgetreten waren, konnte dem einen, der nur einmal mitgewirkt hatte, nicht widerlegt werden, daß er im guten Glauben gewesen sei. Das wurde aber bei dem zweiten Mitangeklagten, der viermal mit Anweisungen auf wechselnde Namen an die Kasse gegangen war, einem Kaufmann E., nicht angenommen, und er erhielt wegen Beihilfe zum Betruge 6 Monate Gefängnis.

Gesundheit und Schuljugend.

In der Gesellschaft für Schulgesundheitspflege, die unter dem Vorsitz von Stadtmedizinalrat Professor von Drigalski tagte, hielt Dr. Wendenburg, der als Stadtarzt in Gelsenkirchen wirkt, einen Vortrag über „Gesundheitliche Schulerziehung".

In Deutschland besitze man in weiten Kreisen heutzutage immer noch nicht das genügende Verständnis für die Bedeutung der Gesundheitspflege und des Gesundheitswertes des Menschen. Wolle man auf gesundheitlichem Gebiete voranschreiten, so müsse eine **viel stärkere Anteilnahme an Fragen des Gesundheitswesens und der Menschenökonomie im Volksbewußtsein verankert werden.** Ein geeigneter Weg zu einem solchen Ziele sei die gesundheitliche Erziehung der Jugend in den Schulen. Dr. Wendenburg wünscht, daß überall im Lande größere Scharen von Lehrern und Lehrerinnen in dreisemestrigen Kursen durch geeignete Aerzte in Fragen der Biologie, der Gesundheitslehre und der Eugenik unterwiesen werden, damit dann die Lehrerschaft **der Schuljugend Gesundheitsunterricht erteilen** kann. Nicht nur auf den Volksschulen, sondern auch auf höheren Schulen! Jetzt hätten auch die meisten Gebildeten keine Ahnung von dem Bau und den Funktionen der wichtigsten Organe des menschlichen Körpers; die bedeutsamsten Fragen einer hygienischen Lebensführung ständen für die meisten in einem Buch mit sieben Siegeln. Dr. Wendenburg forderte ferner, man solle dafür sorgen, daß die Schüler und Schülerinnen **auf ihre Körperpflege mehr achten,** und meinte, dies könnte am besten in der Art geschehen, daß die Kinder schon recht frühzeitig im Unterricht und durch geeignetes Werbematerial auf die Regeln der „Körperpflege im täglichen Leben" hingewiesen würden und dann gegenseitig aufeinander achteten. Mit der Befürwortung dieser Methode der Selbsterziehung hat Dr. Wendenburg sicherlich Recht. Er irrt nur, wenn er glaubt, das Jugendrotkreuz sei die geeignete Organisation, die etwa an allen deutschen Schulen dieser Art volksgesundheitlichen Strebens und Wirkens der Schuljugend die richtige Plattform geben könnte.

Stadtarzt Genosse Dr. Norach trat dem Redner in der Aussprache entgegen und erklärte, das Jugendrotkreuz, das eine Tochtergesellschaft des Deutschen Roten Kreuzes sei, könne eine solche Mission nicht erfüllen, da das **Rote Kreuz in Deutschland** — im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern der Welt — **die unbedingt notwendige parteipolitische Neutralität immer wieder ganz offensichtlich vermissen lasse und seine Tätigkeit auf dem Gebiete sozialer Fürsorge immer wieder in aufreizender Form mit politischer Propaganda in tendenziöser Weise verquicke.** Deshalb könne in den Schulen die von Dr. Wendenburg mit Recht als so wichtig betonte selbsterziehliche Körperpflege der Schuljugend nur auf neutraler Grundlage im Rahmen des Erziehungswerks organisiert werden. Auch Stadtmedizinalrat v. Drigalski meinte, die Zusammensetzung der maßgebenden Körperschaften des Roten Kreuzes sei revisionsbedürftig; er verspricht sich von einer Heranziehung neuer Kräfte mancherlei Förderung. Aber auch er bezweifelte, daß unter den heutigen Verhältnissen das Jugendrotkreuz als neutrale Organisation für eine etwaige Durchführung der von Dr. Wendenburg geforderten individuellen Körperpflege der Schuljugend in den Berliner Schulen in Betracht käme.

Regierungsrat Grieneisen vom Roten Kreuz versuchte dann die Neutralität seiner Organisation zu veranschaulichen. Der Generalsekretär des preußischen Zentralkomitees für hygienische Volksbelehrung, Genosse Dr. Bornstein, wies dann noch mit Recht darauf hin, daß der Gesundheitsunterricht in den Schulen **so lange Stückwerk bleiben werde, als es nicht gelinge, einigermaßen des Wohnungselends Herr zu werden** und die Hunderttausende von Schulkindern, die jetzt in Quartieren des Jammers und der Krankheit untergebracht sind, in eine hygienisch einwandfreie häusliche Umwelt zu verpflanzen.

Ein Wandelbarer.

Parteizugehörigkeit und Gesinnung.

Vor der Berufungsinstanz Landgericht I stand gestern als Nebenkläger der Vorsitzende der Deutschnationalen Partei in Lichtenrade Wundrich. Er wurde vertreten durch den Fürstenanwalt und Reichstagsabgeordneten Everling. **Angeklagt waren von Herrn Wundrich der Vorsitzende der Reichsbanngruppe in Lichtenrade Putschin und der Vorsitzende der örtlichen Sozialdemokratischen Partei Genosse Buderich.** Herr Wundrich behauptete, daß diese ihn herabgewürdigt hätten, indem sie ihn in einer Notiz, die kurz vor dem Volksentscheid im Lichtenrader Tageblatt erschienen war, der politischen Wandelbarkeit geziehen hätten. Da konnte er natürlich einen besseren Verteidiger als ein Mitglied der politisch so wandelbaren Deutschnationalen Partei schwerlich finden.

Zur Sache selbst. Herr Wundrich hatte kurz vor dem Volksentscheid an die Lichtenrader Bürger ein Flugblatt versandt, in dem er sie aufforderte, beim Volksentscheid sich ihrer Stimme zu enthalten und ihr Einverständnis mit dieser Stellungnahme zum Volksentscheid durch ihre Unterschrift zu dokumentieren. Herr Wundrich hatte insofern Pech, als er das Schreiben ausgerechnet auch einem Reichsbannerkameraden ins Haus fliegen ließ. Dieser legte das Flugblatt dem Vorsitzenden der Reichsbanngruppe und der Sozialdemokratischen Partei vor, und die beiden Organisationen erklärten sich einverstanden mit einer Notiz, die der Reichsbannermann für das Lichtenrader Ortsblatt verfaßt hat. Darin hieß es u. a.: „Das Haupt der Deutschnationalen Partei, einstmals Sozialdemokrat, dann Demokrat, habe es nicht gewagt, in eigener Versammlung aufzutreten. Deshalb sammle er Unterschriften für die Stimmenthaltung." Herr Wundrich erklärte darauf, nie Sozialdemokrat oder Demokrat gewesen zu sein; in der Notiz erblickte er eine beleidigende Herabwürdigung und strengte deshalb Privatklage an. Die Beklagten führten jedoch in der ersten Instanz den Beweis, daß Wundrich vor dem Kriege acht Jahre lang Mitglied des Holzarbeiterverbandes gewesen sei, also seiner Gesinnung nach Sozialdemokrat hätte sein müssen, und daß er nach der Revolution eingeschriebenes Mitglied der Demokratischen Partei gewesen sei. Das Gericht erster Instanz sprach darauf die Angeklagten frei und erklärte in der Urteilsbegründung, daß die Feststellung des Wechsels in den politischen Anschauungen keine persönliche Herabwürdigung bedeute. Dies wäre nur dann der Fall gewesen, wenn behauptet worden wäre, daß der Anschauungswechsel sich aus gewinnsüchtigen Gründen vollzogen hätte.

In der neuen Gerichtsverhandlung versuchte der Herr Everling den Nachweis zu führen, daß die Zugehörigkeit zum Holzarbeiterverband vor dem Kriege durchaus keine sozialdemokratische Gesinnung vorausgesetzt habe, wie auch die Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei nach dem Kriege durchaus nicht von einer demokratischen Gesinnung zeuge. Herr Everling hätte als hervorragende Illustration für seine Beweisführung die Feststellung treffen können, daß die Zugehörigkeit zur Deutschnationalen Partei unter den heutigen Verhältnissen durchaus keine deutschnationale Gesinnung voraussetze. Diesen Schluß hat er allerdings in seiner Bescheidenheit den Zuhörern überlassen. Er war auch klug genug zu erklären, daß der Vorwurf der politischen Wandelbarkeit tatsächlich in sich nichts Herabwürdigendes enthalte — allerdings könnte die Deutschnationale Partei schön aussehen, wenn ihr so prominentes Mitglied das Gegenteil behaupten wollte. So bemühte sich Herr Everling den Beweis zu erbringen, daß die Feststellung der Wandelbarkeit seines Parteigenossen Wundrich in der Notiz nur so zu verstehen sei, als ihn wirtschaftliche Gründe für den Wechsel seiner Anschauung unterschoben werden sollten. Genosse Dr. Weinberg als Verteidiger hatte keine große Mühe, diese Beweisführung zu zerpflücken. Das Gericht verwarf die Berufung und legte die Kosten des Verfahrens dem Privatkläger auf.

Die neue Verkehrskarte der Berliner Straßenbahn mit Fahrplan — Sommer 1927 — und Straßenverzeichnis ist soeben erschienen; sie ist bei den Schaffnern, Betriebsaufsehern, sowie in der Hauptausgabestelle, Leipziger Platz 14, und auf den Straßenbahnhöfen für 10 Pf. erhältlich.

Gerädert!

Todesopfer eines gewissenlosen Chauffeurs.

Ein schwerer Straßenunfall wurde gestern abend kurz nach 6 Uhr durch das rücksichtslose Fahren eines Kraftwagenführers verursacht. Vor dem Hause Schlesische Straße 2 wollte der 39jährige Maschinenbauer Adolf Haering aus der Wrangelstraße 54 den Fahrdamm überschreiten. Von links her nahte in außerordentlich scharfem Tempo ein Geschäftskraftwagen, dessen Führer erst so spät Warnungssignale gab, daß H. nicht mehr der Gefahrenzone entrinnen konnte und überfahren wurde. Das Vorder- und Hinterrad ging über den Unglücklichen hinweg, so daß der Tod wenige Minuten später infolge schwerer innerer Verletzungen eintrat. Der rücksichtslose Chauffeur suchte, ohne sich um den Schwerverletzten zu kümmern, sein Heil in der Flucht und entkam unerkannt. Die Leiche des Verunglückten wurde polizeilich beschlagnahmt. Wünschenswert wäre es, wenn Passanten, die den Vorfall beobachtet haben, der Kriminalpolizei zweckdienliche Angaben machten, die zur Feststellung des unbekannten Chauffeurs dienen könnten. Wenn diesem Verhalten gewisser Chauffeure, das keinerlei Rücksicht auf Fußgänger nimmt, nicht bald ein Riegel vorgeschoben wird, wird man mit allem Nachdruck verlangen müssen, daß die zulässige Autoschnelligkeit innerhalb der Stadt herabgesetzt wird.

Berliner Schulbau-Programm.

Neben der Erledigung nebensächlicher Fragen hat die gestrige Stadtverordnetenversammlung einer Dringlichkeitsvorlage des Magistrats zugestimmt, in welcher für das Jahr 1927 die Summe von 21 Millionen Mark als erste Rate gefordert wird für Schulneu- und -umbauten in Berlin. Zu dieser Summe treten noch rund 6 Millionen Mark hinzu, die für früher genehmigte Schulneubauprojekte bereits in die verschiedensten Bezirksetats für 1927 eingestellt worden sind. Den Hauptanteil beanspruchen die zu errichtenden Berufs- und Fachschulen. Dafür sind von den insgesamt 27 Millionen Mark über 10 Millionen Mark vorgesehen und bewilligt worden. Die Volks- und Mittelschulen folgen mit rund 9 Millionen und auf Neu- und Umbauten für höhere Schulen fassen zirka 8 Millionen Mark. Diese erfreuliche Tatsache, daß Magistrat und Stadtverordnete so erhebliche Mittel bewilligt haben für Schulneubauzwecke wird hoffentlich den vorhandenen großen Mangel an Schulgebäuden, vor allem für das Berufsschulwesen, mildern. Im Laufe der nächsten Jahre muß dann durch weitere Bewilligung größerer Beträge dieser Mangel ganz beseitigt werden.

Der Unfall des Stadtrats Wutzky.

Unser Genosse Stadtrat Wutzky hat bei dem Unfall, über den wir heute in unserer Morgenausgabe berichteten, erfreulicherweise geringeren Schaden genommen, als im ersten Augenblick befürchtet werden mußte. Im Stadthaus auf einer Steintreppe ausrutschend, fiel er sehr unglücklich auf die Seite, so daß er bei dem Ischiasleiden, von dem er seit einiger Zeit geplagt wird, heftige Schmerzen auszustehen hatte. Die Meldung, daß er innere Verletzungen und eine Gehirnerschütterung erlitten habe, bestätigt sich nicht. Der Arzt ist der Ansicht, daß Genosse Wutzky durch Abkürzung des Krankheitsurlaubs, den er in den letzten Wochen hatte, den Fortschritt der Heilung seines Ischiasleidens gestört und beeinträchtigt hat. Zurzeit ist Wutzkys Befinden zufriedenstellend.

Die Berufungsverhandlung gegen Bartels.

Nach mehrwöchiger Verhandlung wurde am Freitag in dem Berufungsprozeß gegen Regierungsrat Bartels und Polizeibetriebsassistent Rothe vor der Großen Strafkammer des Landgerichts I die Beweisaufnahme geschlossen. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Ziegel beantragte, die Berufung beider Angeklagten zu verwerfen. Bei Bartels mit der Maßgabe, daß die Einziehung der Bestechungsgelder in Höhe von 24 000 Mark in Fortfall komme. Eine Milderung der Strafe sei nicht angebracht, weil die Milderungsgründe, die für Bartels sprechen, schon in dem auf 1 Jahr und 4 Monate Gefängnis lautenden Urteil des Schöffengerichts vollauf berücksichtigt seien. Bezüglich der vom Staatsanwalt selbst eingelegten Berufung stellte er dem Gericht anheim, zu erwägen, ob eine Erhöhung der Strafe am Platze sei. Die Urteilsverkündung wurde von Landgerichtsdirektor Dr. Tolck auf Dienstag früh festgesetzt.

Eine Wassersportausstellung in Potsdam, zu der die Stadt Potsdam auch die Berliner Presse geladen hatte, muß von unserer Seite unberücksichtigt bleiben, da die Veranstalter den Geladenen der Linkspresse gegenüber sich jener Formen bedienten, die dem „Potsdamer Geist" so wohl anstehen, bei Andersgesinnten aber als Provokation empfunden werden.

ENVER BEY GOLD 5 ₰ ist die beste Zigarette

Aufklärung des Sperenberger Posteinbruchs.

Für 17 000 M. Beute machten, wie wir seinerzeit mitteilten, Berliner Geldschrankeinbrecher in der Nacht zum 30. April im Postamt Sperenberg. Sie waren mit einer Autodroschke hinaus und auch wieder zurückgefahren. Der Wagen hatte in der Nähe des Ortes eine Panne gehabt und war, während er auf der Straße stand, von mehreren Leuten gesehen worden. Diese hatten sich zunächst nichts dabei gedacht, sondern erst am nächsten Tage, nachdem der Einbruch entdeckt war, den Wagen mit diesem in Zusammenhang gebracht. Vom Erkennungszeichen hatten alle nur die Zahl 77 gesehen. Das war nun der einzige Anhalt, den die Kriminalpolizei hatte. In wochenlanger Arbeit gelang es endlich, in dem Auto Nr. 8077 den richtigen Wagen zu ermitteln. Der Führer, ein gewisser Richard Mitke, gab nach eingehendem Verhör auch zu, die Fahrt nach Zossen gemacht zu haben. Auf einer Haltestelle in der Badstraße hatten ihn vier Männer für eine Fahrt nach außerhalb gemietet und auch eine Anzahlung geleistet. Es ging dann in der Nacht nach Sperenberg, wo er bis 4 Uhr früh warten mußte. Dann ging es nach Berlin zurück. Der Polizei gelang es dann, in einem berüchtigten Geldschrankknacker namens Max Uckert und in einem Einbrecher namens Hermann Wagner zwei von diesen Einbrechern festzustellen. Während Wagner verhaftet wurde, wird Uckert noch gesucht.

Die Lehrlingsbeihilfen in Gefahr.

Der neue Stadthaushalt wird den Eltern, Erziehern und Vormündern, die darauf angewiesen sind, Kinder und Pfleglinge in Lehrstellen des Handwerks, des Handels und der Industrie mit städtischer Beihilfe unterzubringen, ziemliche Enttäuschung bereiten. Bisher waren dafür 150 000 Mark im Etat eingesetzt. Auszukommen war damit nur, weil von Unterstützungen im ersten Lehrjahr überhaupt abgesehen wurde und die Richtlinien für die Beihilfen sehr streng ausgelegt waren. Die Deputation für Handel und Gewerbe hatte für 1927 ihre Anforderung auf 300 000 Mark erhöht. Der Magistrat hat sich aber mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt entschließen müssen, es wiederum nur bei 150 000 Mark zu belassen. Das bedeutet die Ablehnung von zahlreichen Gesuchen, welchen die Deputation für Handel und Gewerbe geglaubt hatte, im neuen Haushalt Rechnung tragen zu müssen. Handwerk, Handel und Industrie müssen natürlich leiden, wenn nun zahlreiche Schulentlassene sich nicht den sogenannten gelernten Berufen zuwenden, sondern irgendwo schnellen Verdienst suchen. Das muß zur Folge haben, daß der Aufstieg und das Fortkommen des Nachwuchses aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung schwer gefährdet wird.

Freie Sozialistische Hochschule und Arbeiterbildungsschule. Für die Hörer und Lehrer dieser beiden Schulen findet am heutigen Sonnabend, dem 21. Mai, abends 7½ Uhr, in der Wandelhalle des preußischen Abgeordnetenhauses, Prinz-Albrecht-Straße, ein zwangloser geselliger Abend statt. Als Mitwirkende ist u. a. Käte Hyan gewonnen worden, die Lieder zur Laute vortragen wird. Die Hörer und Lehrer der beiden sozialistischen Schulen sind mit ihren Angehörigen zu dem Besuch des Abends freundlichst eingeladen. Der Eintritt ist frei.

Rose-Theater: „Nachbarskinder." Mit diesem harmlos-fröhlichen Drunter und Drüber hat das Rose-Theater zweifellos einen guten Griff getan. Das Ganze ist auf derb-naiven Humor gestellt; die einzelnen Rollen sind so ziemlich egal groß oder eigentlich klein, keiner braucht Besonderes zu verzapfen, sondern bloß wie beim fröhlichen Skat seine Trümpfe hinzuklappen. Herr Bachulke jun. Hauswirtssohn aus der Beletage liebt Fräulein Hanni, wohnhaft im Quergebäude, traut sich aber schüchternerweise nicht mit der Sprache heraus, so daß sich des Mägdleins Tante, froh über den wohlbestallten Freiersmann, als Fürsprecherin erbötig macht. Ueber den Kopf der nichtsahnenden Hauptbeteiligten hinweg wird gleich Verlobung und Hochzeit festgelegt. Anläßlich des Geburtstages der Hauswirtstochter, wozu alle Mietezahler eingeladen sind, soll die freudige Bombe platzen. Des Bräutigams chère mama, die auch nicht als grande dame das Licht der Welt erblickte, hat für Liebesehen nicht viel übrig und hält eine junge Witwe mit Geld, ebenfalls in ihrem Rayon wohnhaft, für die Geeignetere. Kraft ihres Amtes als Hausdragoner spricht sie auch in diesem Falle das Machtwort und der Sohn, auf gut berlinisch gesagt, auf der einen Backe etwas doof, ist auch mit diesem Arrangement einverstanden. Braut Nr. 1, die ohnedies von der Sache nicht begeistert war, hielt inzwischen mit Erfolg Ausschau nach einem anderen. In die Handlung spielen noch allerlei heitere Episoden in Gestalt komischer Figuren, die Ausschnitte aus dem Familienleben der einzelnen Hausinsassen zum Besten geben. Ein verkanntes Genie, dessen dramatisches Bühnenwerk als Parodie endigt, eine meschuggene Klavierlehrerin und die Herde tratsch- und freßsüchtiger Hochzeitsgäste. Es wurde flott gespielt und herzlich gelacht.

Zu dem Feuer in der Chemischen Fabrik „Oldin", vormals Older u. Ries, in der Hauptstraße 3 zu Reinickendorf-Ost, konnte noch folgendes ermittelt werden. Aus bisher noch ungeklärter Ursache war in einem Schuppen, in dem etwa zehn Tonnen Rohnaphtalin lagerten, Feuer ausgebrochen, das mit großer Schnelligkeit auf einen angrenzenden Schuppen und eine Autogarage übergriff. Dem tatkräftigen Eingreifen der Reinickendorfer Freiwilligen Feuerwehr, der von Berlin drei Löschzüge zu Hilfe kamen, ist es zum größten Teil zu verdanken, daß die gesamten Fabrikanlagen nicht ein Raub der Flammen wurden. Durch starkes Wassergeben aus mehreren Schlauchleitungen großen Kalibers gelang es, das eigentliche Fabrikationsgebäude mit seinem wertvollen Maschinenpark und dem Fertigfabrikatelager vor der Vernichtung zu schützen. In der Fabrikation tritt, wie uns die Firma „Oldin" mitteilt, keine Störung ein.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, vorm. 11 Uhr, Pappelallee 15, Vortrag des Herrn Dr. A. Rosenberg: „Der Prozeß des Sokrates". Harmonium: Ruh'n in Frieden (Schubert). Gäste willkommen.

Ein neuer Ozeanflug gewagt.

Außer dem Führer nur ein Kätzchen an Bord.

Der amerikanische Flieger Lindbergh ist am Freitag morgen kurz vor 7 Uhr (nach mitteleuropäischer Zeit etwa 12,30 Uhr) vom New Yorker Flugplatz auf Long Island zum Ozeanflug New York—Paris aufgestiegen, obwohl während der ganzen Nacht starker Regen niederging und in den Morgenstunden außergewöhnlich dichter Nebel herrschte. Tausende von Zuschauern hatten sich zum Abflug eingefunden. Auch der Nordpolflieger Byrd, der gleichfalls als Teilnehmer an dem Wettbewerb um den für den Flug New York—Paris ausgesetzten Preis gilt, war erschienen und gab Lindbergh mit seinem Flugzeug das Geleit. Die Maschine, mit der Lindbergh den Flug unternommen und vor kurzem die Strecke St. Louis—New York zurückgelegt hatte, ist ein Spezial-Ryan-Eindecker mit großem Benzin- und Oeltank. Jedoch hat Lindbergh ebenso wie die beiden verunglückten Franzosen auf eine Schwimmvorrichtung verzichtet, um das Flugzeug nicht zu sehr zu belasten. Auch eine funkentelegraphische Einrichtung ist nicht vorhanden. Außer dem Führer befindet sich nur eine kleine Katze an Bord.

New York, 20. Mai. (TU.) Um sechs Uhr nachmittags (deutscher Zeit) ist das Flugzeug Lindberghs bei gutem Wetter über Halifax erschienen und flog mit sehr großer Geschwindigkeit nach Ostnordost.

New York, 20. Mai. (WTB.) In fachmännischen Kreisen nimmt man an, daß Lindbergh am Sonnabend um 19 Uhr westeuropäischer Zeit in Valentia in Irland eintreffen wird. Man ist weiter der Meinung, daß das Wetter für die Unternehmung günstig ist.

Der Tragflächenfund bei New London. Wie Havas aus New London (Connect.) meldet, ist bereits festgestellt worden, daß die aufgefundene Flugzeugtragfläche schon seit mehreren Monaten im Wasser gelegen haben muß, also nicht vom Flugzeug Nungessers herrühren kann.

Granatenexplosion in Bromberg.

Bromberg, 20. Mai. (WTB.) Hier ereignete sich gestern ein schwerer Explosionsunfall. Beim Abbruch eines Hauses hatten die Arbeiter eine Granate gefunden, die sie auf der Straße liegen ließen. Spielende Kinder brachten die Granate zur Explosion. Eine Person wurde getötet und mehrere Straßenpassanten schwer oder leichter verletzt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Meist ziemlich stark bewölkt mit Neigung zu Niederschlägen, Temperaturen wenig verändert, mäßige westliche Winde. — **Für Deutschland:** In der nördlichen Hälfte des Reiches wieder von West nach Ost fortschreitende Wetterverschlechterung mit Neigung zu Niederschlägen. Im Süden ziemlich heiter, nirgends wesentliche Temperaturänderungen.

Funkwinkel.

Zwei Konzerte von Format. Nachmittags spielt Professor Alexander Petschnikoff Sonaten von Mozart, Händel und Haydn. Wie immer fasziniert seine virtuose, kalt glitzernde Technik, die spielerische Eleganz, der ausgeprägte Sinn für formale Wirkungen. Und wenn vielleicht bei Beethoven diese überlegene weltmännische Haltung stört, so freut man sich hier über das perlende und technisch meisterhafte Spiel. Anders Maurice van den Berg am Abend bei Dvoraks Violinkonzert. Eine gut fundierte Technik verbindet sich mit starker seelischer Anteilnahme, alles ist hier weicher, gelöster und lyrischer. Georg Szell leitet die Aufführung von Liszts Symphonie zu Dantes „Göttlicher Komödie" wundervoll ausgeglichen und ruhig. Szell zeigt wieder seinen Sinn für das Formale und seine Abneigung, sich an Chaotisches zu verlieren. Paul Bildt liest nachmittags, vielleicht etwas zu schwer, zu gestrafft, aber mit dem Willen, liebenswürdig und volkstümlich zu sein, Dichtungen von Keller, Arno Holz, Seidel und Brennert, die unter dem Titel „Berliner Frühling" vereint werden, und diese Vorlesung ergibt einen Ueberblick über die Wandlung der Zeiten, über die Wandlungen von harmlos heiterer Lyrik zum sozialen Gedicht. Professor Dr. Max Kuttner vermag es nicht, trotz gegenteiliger Versicherung seine Abneigung gegen Frankreich zu verbergen. Es hat immer etwas Unangenehmes und stark Konstruiertes, einen Komplex von Ideen auf einen einzigen Generalnenner ausklingen zu lassen, besonders noch in der Völkerpsychologie. Kuttner versteigt sich zu der Erkenntnis, es sei Franzosentum, „nur sich in dem anderen zu wollen". Mag der Franzose einen Ich-Kultus betreiben, so ist die abfällige Art, mit der darüber geurteilt wird, nicht am Platze. Jedenfalls hätte eine Würdigung der positiven Seiten des französischen Wesens dieser hochmütigen Aburteilung die Wage halten müssen. Ueberspitzt Kuttner das Verlangen, alles auf einem Gesichtspunkt zu vereinen, so beschränkt sich Max Hochdorf in seinem Vortrag „Der Schauspieler und sein Ansehen" hauptsächlich auf anekdotisches Material und behandelt ausführlich Griechenland und die Spätantike. Ueber die Geburtsstunde der deutschen Gewerkschaftsbewegung spricht Alfred Czieslik. Er schildert die drakonische Strenge des alten Zunftwesens und die Anfänge, aus denen sich die modernen Gewerkschaften allmählich entwickelten.

F. S.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 3 Trep. rechts, zu richten.

5. Kreis Friedrichshain. Sonntag, 22. Mai, vormittags 10 Uhr, Besichtigung der Wasserwerke in Friedrichshagen. Treffpunkt vormittags 9¼ Uhr am Bahnhof Friedrichshagen. Die schulpflichtigen Kinder werden durch Spiele, welche von den Kinderfreunden und der SAJ. geleitet werden, unterhalten. Nachdem gemütliches Beisammensein im Lokal „Rübezahl", verbunden mit Kaffeekochen und Spielen im Walde. Die Abteilungsleiter melden sich beim Genossen Boß. Um zahlreiches Erscheinen ersucht der Vorstand.

7. **Kreis Charlottenburg und Spandau.** Juristische Sprechstunde heute, Sonnabend, 21. Mai, nachmittags von 5—6 Uhr, im Jugendheim Rosinenstraße 4.

34. **Abt.** Sonntag, 22. Mai, Besichtigung der Wasserwerke in Friedrichshagen. Treffpunkt morgens 8½ Uhr Comeniusplatz (Sandkasten). Nachzügler 9½ Uhr Bahnhof Friedrichshagen.

35. **Abt.** Sonntag, 22. Mai, Besichtigung der Wasserwerke in Friedrichshagen. Treffpunkt vormittags 9½ Uhr Ausgang Bahnhof Friedrichshagen. Rege Beteiligung wird erwartet. Anschließend gemütliches Beisammensein im Lokal „Rübezahl". Die Kinder werden während der Besichtigung durch Helfer der Kinderfreunde unterhalten.

36. **Abt. Charlottenburg.** Die Bezirkskassierer werden gebeten, Einladungen vom Genossen Liersch, Kantstr. 62, abzuholen und zu verteilen.

68. Abt. Halensee. Sonntag, 22. Mai, Maifest im Grunewald. Treffpunkt vormittags 10 Uhr Bahnhof Halensee. Nachzügler in der Nähe Paulsborn. Genossinnen und Genossen anderer Abteilungen sind herzlichst willkommen.

124. **Abt. Mahlsdorf.** Die Genossinnen und Genossen beteiligen sich am Sonntag, 22. Mai, vollzählig an der Bannerweihe des Reichsbanners Schwarzrotgold, Ortsgruppe Mahlsdorf, im Lokal von Anders, Bahnhofstraße. Antreten zum Umzug nachmittags 2 Uhr ebenda. Bannerweihe um 3 Uhr auf dem Melanchthonplatz.

Jungsozialisten.

Gruppe Süden: Sonntag, 22. Mai, vormittags 8¼ Uhr, Treffpunkt am Potsdamer Bahnhof zur Fahrt nach Neu-Babelsberg. — **Gruppe Reinickendorf:** Sonntag, 22. Mai, Fahrt nach Hohenneuendorf. Dort nachmittags Demonstration der SAJ. Treffpunkt Bahnhof Hohenneuendorf, Zug 6,50 Uhr ab Stettiner Bahnhof.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Vorsitzendenkonferenz heute, Sonnabend, pünktlich 8 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 3. „SAJ. und Kinderfreunde." Referenten Marga Löwenstein und Maria Junker. Ohne Ausweis und Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Heute, Sonnabend, 21. Mai:

Schönhauser Vorstadt: ½4 Uhr im Altersheim Danziger Str. 62. Volkstanznachmittag mit Kindern; am Sonntag Besuch der Wochenendausstellung. Treffpunkt ½8 Uhr früh Bahnhof Schönhauser Allee. — **Senefelder-Viertel:** Fahrt nach Hohenneuendorf. Treffpunkt ¾6 Uhr Stettiner Bahnhof, Normaluhr. — **Steglitz I:** Fahrt Strausberg. Treffpunkt ½8 Uhr Bahnhof Südende. — **Lichtenberg-Mitte, -Nord und -West:** Treffahrt nach Uetzdorf. Treffpunkt 6 Uhr Stralau-Rummelsburg. Musikinstrumente sind mitzubringen. — **Neukölln V:** Anmeldungen zur Pfingstfahrt bis 24. Mai beim Genossen R. Junker, Marckstr. 15. — **Neukölln VI:** Fahrt nach Velten. Treffpunkt 6 Uhr Untergrundbahnhof Bergstraße.

Werbebezirk Teltowkanal: Teilnahme am Werbetreffen in Hohenneuendorf. Pünktlich ½8 Uhr Stettiner Vorortbahnhof. Abteilungsleiter fahren von der Vorsitzendenkonferenz aus.

Mädelarbeitsgemeinschaft West. Treffpunkt zum Wochenendkursus ½8 Uhr Bahnhof Charlottenburg oder 8 Uhr Potsdamer Bahnhof, Vorortbahnhof-Bahnsteig.

Morgen, Sonntag, 22. Mai:

Nordost II: Besichtigung des Westhafens. Treffpunkt ½10 Uhr Bahnhof Prenzlauer Allee. — **Friedenau:** Spaziergang. Treffpunkt nachmittags 2 Uhr Schillerplatz. — **Schöneberg I:** Heim Hauptstr. 15 Elternabend. — **Westen I:** Fahrt Königswusterhausen. Treffpunkt 6 Uhr Bülowstraße. — **Wannsee:** Schule Charlottenstraße. Bunter Abend. — **Baumschulenweg:** Heim Ernststraße 16. Bunter Abend. — **Hohenschönhausen:** Treffpunkt zur Werbung vormittags 10 Uhr Endhaltestelle der 68, nachmittags ½3 Uhr ebendort. — **Neukölln I:** Fahrt nach Strausberg. Treffpunkt ½7 Uhr Reuterplatz.

Werbebezirk Kreuzberg: Das Jugendheim Lindenstraße ist abends geöffnet.

Werbebezirk Neukölln: Der Vortrag des Genossen Tarnow findet erst am Sonnabend, 28. Mai, statt.

Sport.

Rennen zu Ruhleben am Freitag, dem 20. Mai.

1. Rennen. 1. Ehrenberg (E. Treuherz), 2. Caro Bube (P. Finn), 3. Louisiana (Ch. Mills). Toto: 28:10. Platz: 13, 21, 13:10. Ferner liefen: Die Puppe, Wagner, Johannesfeuer, Michael, Osiris, Charade, Freibeuter, Lottie Annil, Linscott jun.

2. Rennen. 1. Katbach (J. Mills), 2. Mixer (Ch. Mills), 3. Fretchen (G. Fauth jun.). Toto: 34:10. Platz: 15, 14, 18:10. Ferner liefen: Manfred, Altmark, Fenelon, Interpellant, Natter, Fels, Trotteur.

2. Rennen. (Ausgleich). 1. Interpellant (F. Kozal), 2. Mixer (Ch. Mills), 3. Katbach (J. Mills). Toto: 293:10. Platz: 54, 12, 18:10. Ferner liefen: Natter, Altmark, Manfred, Fenelon, Fretchen, Fels, Trotteur.

3. Rennen. 1. Olley B. (B. Heckert), 2. Baron Silvester (A. Finn), 3. Renfried (H. Bezuremdel). Toto: 74:10. Platz: 14, 12, 14:10. Ferner liefen: Freund Edelstein, Mary Guy, Sphinx I, Möglich, Heidemann.

4. Rennen. 1. Gondel (B. Heckert), 2. Flaggenlied (G. Lautenberger), 3. Beate (A. Treuherz). Toto: 197:10. Platz: 30, 13, 17:10. Ferner liefen: Clementine, Hella Timoko, Lux, Ostgrenze, Harfenmädchen, Haga Burton, Heider, Antimon, Hinrich, Baron Meum, Lachmuskel, Friedegard, Kruichel, Felta Palmetto.

5. Rennen. 1. Katbach (J. Mills), 2 Fenelon (Hm. Schleusener), 3. Altmark (B. Heckert). Toto: 27:10. Platz: 21, 30:10. Ferner liefen: Fels, Interpellant.

6. Rennen. 1. Küraßier (Besitzer), 2. Langemann (Besitzer), 3. Friedrich Rex (E. Elias). Toto: 87:10. Platz: 16, 20, 15:10. Ferner liefen: Malmö, Möglich, Peronella, Morgentau, Kerrigan jr.

7. Rennen. 7. Dust quast (A. Fixner), 2. Manzanares (E. Treuherz), 3. Lockung (Fauth jr.). Toto: 40:10. Platz: 21, 21, 23:10. Ferner liefen: Königsadler, Noordwyk, Barmaid, Barometer, Jeanette, Harry B.

8. Rennen. 1. Ludwig (J. Mills), 2. Fram (R. Lichtenberg), 3. Kohlenkönig (A. Finn). Toto: 33:10. Platz: 25, 113, 26:10. Ferner liefen: Vicar, Gitelfried, Monostatos, Propeller, Steinnelke, Max Kuser, Pilgrim, Einsicht, Schüler Teddy, Regenbogen, Diana Magowan, 6 Dilemma.

Kurort Berneck. „Die Perle des Fichtelgebirges". Unweit der alten Markgrafenstadt Bayreuth liegt inmitten herrlicher Fichten- und Tannenwälder, zwischen 7 Bergen eingebettet, der Kurort Berneck. Seit 1857 offiziell Kurort, hat Berneck im Laufe der Jahrzehnte sich eines ständig steigenden Besuches aus allen Teilen Deutschlands zu erfreuen. In der Zeit vom 1. April 1926 bis 30. September 1926 besuchten 7572 Fremden (darunter 3406 Kurgäste) den Kurort Berneck. Seitens der Kurverwaltung wird nichts unterlassen, um den Fremden und Kurgästen den Aufenthalt so angenehm wie nur möglich zu machen. Die vorhandenen Einrichtungen (Kurhaus, Kurkapelle, Wandelhalle, Licht-, Luft- und Schwimmbad, Tennisplätze, die vielen Spazierwege usw.), die dem Fremden Erholung und Zerstreuung bieten, haben bisher ungeteilte Anerkennung gefunden, ebenso die Verpflegungs- und Unterkunftsverhältnisse. Zum Kurgebrauch kommt von diesem Jahre ab der Ausschank des kieselsäurehaltigen Wassers der Sylvana-Heilquelle Groschlattengrün zur Einführung.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Sonntag, 22. Mai: Wassersportabteilung: Zug Faltboot Treffpunkt Wannsee früh 8½ Uhr. **Wedding:** Kameraden, die Sport treiben oder treiben wollen, früh 8 Uhr auf dem städtischen Sportplatz Reinickendorf-West, Scharnweberstraße. Einteilung für Frankfurt. **Kreuzberg:** Vormittags 9 Uhr Arbeitsdienst der beteiligten Kameraden im Schützenhaus Neukölln, Naumburger Straße. **Lichtenberg:** Pflichtantreten zur Bannerweihe in Mahlsdorf. Treffpunkt nachmittags 1¼ Uhr Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde. Kameraden anderer Kreise fahren nachmittags 1,17 und 1,37 Uhr vom Schles. Bhf. **Schöneberg:** Unsere Turn- und Sportabende sind jetzt auf den Donnerstag verlegt. Die Kameraden, die sich am Sportfest in Frankfurt a. d. O. beteiligen, müssen sich nunmehr unbedingt bis zum Do., d. 26., melden. Die Einzahlungen für die Fahrt nach Eberswalde (1,50 M.) müssen bis Mittwoch mittag in der Geschäftsstelle hinterlegt sein. **Neukölln-Britz:** Fahnenweihe in Mahlsdorf. Antreten 3 Kameradschaft 12½ Uhr pünktlich Steinmetzstraße Ecke Schillerpromenade mit Fahne und Spielmannszug. Die anderen Kameradschaften 1 Uhr nachmittags Reuterplatz. Abfahrt Schles. Bhf. 1,57 Uhr. Rege Beteiligung aller Kameradschaften erwünscht. **Radfahrerabteilung:** Morgens 8 Uhr Hohenzollernplatz. Nachmittags Beteiligung in Mahlsdorf. **Friedrichshain:** Kameraden, die an der Kranzniederlegung des Kameraden Max Rothenburger teilnehmen wollen, vormittags 10½ Uhr bei Schmidt, Kopernikusstr. 22. — **Montag, 23. Mai: Pankow:** Alle Spielleute des Kreises pünktlich 8 Uhr Turnhalle Grunowstraße. Erscheinen Pflicht.

Gewiss, Kunstseide ist waschbar

sie ist aber in nassem Zustande etwas empfindsam und verträgt kein Reiben. Stückseife ist ihr deshalb gefährlich und scharfe Waschmittel sind dies noch mehr.

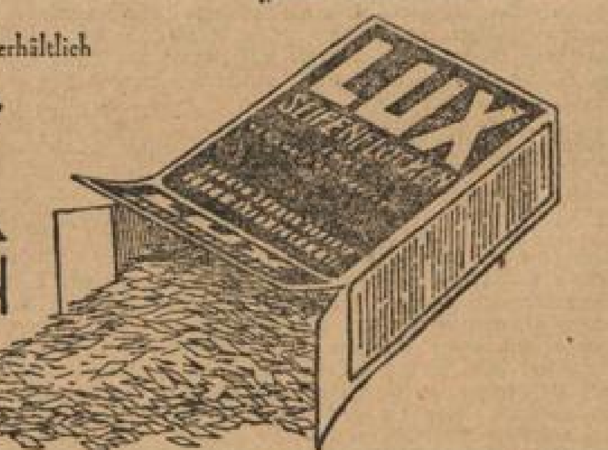
Nehmen Sie Lux Seifenflocken!

Kunstseide wäscht sich damit ohne jede Gefahr und wird wie neu.

Drücken Sie den lauwarmen Schaum sachte durch die Gewebe; – dann dreimal lauwarm spülen, leicht ausdrücken und ausgebreitet trocknen.

Nur in Original-Paketen zu 50 und 90 Pfennig erhältlich

Führende Fabrikanten wie „BEMBERG" empfehlen zum Waschen von Kunstseide die von ihnen selbst erprobten „Lux Seifenflocken"



LUX SEIFENFLOCKEN

„SUNLICHT" MANNHEIM

L 131

Frische und Reinlichkeit machen sich bezahlt

Mancher Verkäufer ist wenig erfolgreich, weil man bei ihm das appetitliche Aeussere vermisst, das man heute mit Recht erwarten darf.

Wesentlich sind ein reiner Mund, gesunde Zähne und angenehm duftender Atem.

Nach dem Essen, Trinken und Rauchen sind P. K.-Kau-Bonbons besonders zu empfehlen. – Dauerndes Aroma, Reinigung der Zähne, Kräftigung des Zahnfleisches.

G. K. 40

WRIGLEY

4 Stück 10 Pfg.

WRIGLEY A.G.

FABRIK FRANKFURT a/M.

J. BAER

BADSTR. 26 ECKE PRINZENALLEE

Fertige

Herren- u. Knaben-Bekleidung

in nur anerkannten Qualitäten für jede Figur

Die

Maßabteilung

unter Leitung bewährter Zuschneider, bringt das Geschmackvollste hervor

Große Auswahl in Gabardine-, Gummi- und Lodenmäntel, Windjacken, Sport- und Berufskleidung

Berneck die Perle des Fichtelgebirgs

392–575 m ü. d. M. Saison Mai mit September

Schönst gelegener, windstillster Kurort des Fichtelgebirges, mitten im Wald. Ausgedehnte, schattige Spaziergänge in Tal und Berg. Terrainkuranlage nach Prof. Oertel. Licht-, Luft- und Schwimmbad im Wald. Tennisplatz, Spielplatz. Fischereigelegenheit. Kurhaus mit Lesesaal.

Zum Kurgebrauch das kieselsäurehaltige Wasser der **Silvana-Heilquelle** Groschlattengrün.

Vorzügliche Kurkapelle konzertiert 26. Mai bis 11. September tägl. 2 mal, Sonntags 3 mal. Jeden Mittw. u. Samstag Reunion.

Gute sanitäre Einrichtungen, behagliche Gasthaus- und Privatwohnungen. Vorzügliche, preiswerte Verpflegung.

Prospekt K und Wohnungsverzeichnis unentgeltlich durch

Städtische Kurverwaltung Berneck i. F.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem **billig!**

OPEL FAHRRÄDER

Größte Produktion der Welt!

Verkäufe

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Wiost, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Trotz Teilzahlung sofort Kinderwagen, Klappwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel. Ball, Große Frankfurter Straße 47.

Handwagen, Leiterwagen, Kastenwagen preiswert. Georg Wagner, Köpenicker Straße nur 71, Hof. Kein Laden, daher billigere Preise.

Drahtzäune, Drahtgeflechte, Fabrik von Paul-Singer-Straße 11 ist nach der Neuen Jakobstraße 12 verlegt. Bestellungen nimmt an Georg Knoth. Preise billigst.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Anzüge, 18 an, neue und getragene, teils auf Seide. Federbetten, Stand 25 an. Leihhaus Reinickendorferstr. 165, Nettelbeckplatz. Keine Lombardwaren.

Wenig getragene Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Jackettanzüge, Gabardinemäntel, Gummimäntel, Cutaway-Anzüge, Taillenmäntel, für jede Figur passend. Spezialität: Bauchanzüge, spottbillig. Halpern, Rosenthalerstraße 4, erste Etage.

Verleih von hochelehganten Gesellschaftsanzügen. Rosenthalerstraße 4. Norden 6993.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Gabardine-Paletots, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen im Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Verleih hochelehganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lewicki, Prinzenstraße 105.

Wenige getragene Kavaliergarderobe von Millionären Berlins. Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Staunenerregend! Prachtteppiche! Fünfzehn! Federbetten Stand 25,—! Gardinenlager! Diwandecken! Herrenanzüge! Paletots! Monatsgarderobe! Teilzahlung ohne Abzahlungspreise! (Keine Versatzware!) Pfandleih-Verkaufshaus, Schönhauser Allee 113 (Nordring).

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—, Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Bettenverkauf! Neue 9,75! 15,—! Prachtrolle 22,50! 27,50! Bettwäsche! Steppdecken! Fülldecken! Inletts! Alles spottbillig! Keine Lombardware! Leihhaus Brunnenstraße 47.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrengarderobe verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2. Keine Lombardware.

Kavaliergarderobe, teils auf Seide, Jackettanzüge 25,—, Gabardinemäntel 30,—. Prima Maßgarderobe enorm billig. Ferner Pelzmäntel 100,—, Pelzjacken 50,—, Kreuzfüchse, Ziegen 15,—. Leihhaus Moritzplatz 58a. Keine Lombardware.

Wenig getragene Herrengarderobe, teils auf Seide, verkauft spottbillig Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Taillenmäntel, Hose. Speziell: Bauchanzüge, Paletots. Verleih von Gesellschaftsanzügen. Pfandleihe Weingarten, Prinzenstraße 83.

Möbel

Massenposten. Nußbaumbüfetts, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Musikinstrumente

Einkpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35.

Fahrräder

Teilzahlung. Riesenauswahl! Diamanträder, Görickeräder, Opelfahrräder, Triumphräder, Multiplexräder, Wittlerräder, Monopolräder, bildschöne Rennmaschinen, entzückende, schnellaufende Straßenrenner, sechsjährige Garantie, tauschmangelloser Lagerbefund. Fahrradrahmen, 18,—, Kastaräder 39,—. Schlamm, Weinmeisterstraße 4.

Drei Mark Wochenrate, 15 Mark Anzahlung, für ein erstklassiges Markenrad. Fahrradhaus Zentrum, Linienstraße neunzehn.

D. 24 verkauft 330 Mark Heinicke, Moabit, Melanchthonstraße 7.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber. Goldschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29 (Adalbertstraße).

Unterricht

Privatzirkel, Einzelunterricht. Kurzschrift, Maschineschreiben, Buchführung, Bücherrevisor Aulich, Grabelstraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Vereinszimmer, Klavier frei. Hansa 4333.

Vermietungen

Mietgesuche

Leerzimmer, 1—2, im Osten gesucht. Preisangabe. Vogt, Köpenickerstraße 44.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeiterinnen auf Kleider und Blusen, die große Posten liefern können, Meldungen mit Vorlage. Gebrüder Ruben, Krausenstraße 29.

Devisensorgen und Konjunktur.

Hintergründe des Börsenkrachs. — Grenzen der spekulativen Pumpwirtschaft.

Daß die Ankündigung einer Einschränkung der Börsenkredite einen solchen Zusammenbruch der Wertpapierkurse zur Folge hatte, wie er am vorigen Freitag über das bestürzte Spekulantentum niederging, ist ein deutlicher Beweis auch dafür, daß das stolze Kursgebäude weitgehend auf Pump aufgebaut war. Der Kauf auf Kredit liegt in der Natur des Börsengeschäftes; während aber früher im wesentlichen inländisches, und zwar echtes Sparkapital die Grundlage der Kreditgewährung bildete, wurde besonders seit Anfang dieses Jahres zur Finanzierung der Börse in zunehmendem Umfang kurzfristiges Auslandsgeld herangezogen. Vermittler waren die Großbanken und größere Börsenfirmen, die im Auslande uneingeschränkt Kredit genießen.

Die Aufnahme kurzfristiger Schulden

kann natürlich nur so weit fortgesetzt werden, als die Rückzahlung bei plötzlicher Kündigung jederzeit möglich ist. Von dieser Grenze scheint man in Deutschland dem Auslande gegenüber nicht mehr allzuweit entfernt gewesen zu sein. Das war der Anstoß zu dem folgenschweren Beschluß der Großbanken, der durch die Sorge um die eigene Liquidität an sich genügend begründet erscheint, wobei aber die Art der Durchführung unter allen Umständen zu verwerfen ist, denn man durfte es nicht so weit kommen lassen. Die gefährliche Zuspitzung der Lage hatte sich schon vorher in der scharfen Anspannung am Devisenmarkt bemerkbar gemacht. Da die Börsenkredite auf kurzfristigem Leihgelde des Auslandes beruhten, mußte die Verknappung der zur Rückzahlung benötigten Devisen bei den Großbanken notwendigerweise die Sorge um die ungestörte Beschaffung auslösen. Und darin liegt die tiefere Ursache der Einschränkung der Börsenkredite.

Devisenbedarf und Devisenvorrat.

Auslandsschulden müssen in der Währung des Gläubigerlandes zurückgezahlt werden; die Uebertragung erfolgt in Form von Devisen, das sind Wechselforderungen an das Ausland, die auf Grund von Leistungen an das Ausland entstanden sind. Seit längerer Zeit ist die deutsche Zahlungsbilanz passiv, d. h. die Bezahlung des Importüberschusses erfordert mehr Devisen, als die Wirtschaft durch Leistungen an das Ausland (Export) in dem gleichen Zeitraum aufbringen kann. Der Mehrbetrag wurde uns bisher vom Auslande teils in direkten Warenkrediten und zum größeren Teile in Form langfristiger Anleihen (seit 1924 rund 5 bis 6 Milliarden) zur Verfügung gestellt. Zur Verwendung im innerdeutschen Zahlungsverkehr mußten die aus dem Anleiheerlös stammenden Devisen in Mark umgewandelt werden, d. h. sie wurden am offenen Markt oder bei der Reichsbank verkauft (diskontiert). Aus diesem Devisenvorrat, der also einem Vorrat an fremdländischen Zahlungsmitteln gleichzusetzen ist, werden die notwendigen Zahlungen an das Ausland geleistet. Der Vorrat muß demgemäß so groß sein, wie der voraussichtliche Bedarf der Wirtschaft zu Zahlungszwecken einzuschätzen ist.

Devisenknappheit und Währung.

Außer diesen geld- und kreditwirtschaftlichen Gründen zur Haltung einer bestimmten Devisenreserve besteht für die Reichsbank aus währungspolitischen Gründen ein weiterer Zwang zur Ansammlung eines entsprechenden Devisenvorrates. Nach dem Bankgesetz müssen die von der Reichsbank ausgegebenen Noten mindestens zu 40 Proz. durch Gold und Devisen gedeckt sein. Daraus folgt, daß es das Bestreben der Reichsbank sein muß, für eine möglichst große Ueberdeckung zu sorgen, um auch bei stärkerer Inanspruchnahme nicht gleich an die Deckungsgrenze gedrängt zu werden. Seit Januar hat sich nun eine bedenkliche Entwicklung im Devisenvorrat der Reichsbank vollzogen. Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold und Devisen ist von 74,5 Proz. bei Beginn des Jahres auf 58,3 Proz. am 14. Mai zurückgegangen. Rechnet man den Umlauf an Rentenbankscheinen (rund 1 Milliarde) in die Deckungspflicht ein — es besteht hierzu zwar keine formelle, wohl aber eine Art moralische Verpflichtung der Reichsbank —, so verschlechtert sich das Deckungsverhältnis von 55,9 Proz. auf 44,9 Proz. im gleichen Zeitraum. Diese Verschlechterung der Währungsgrundlage geht lediglich auf die Abnahme des Bestandes an Devisen zurück, während der Goldbesitz mit zirka 1,8 Milliarden im großen und ganzen konstant geblieben ist. Die deckungsfähigen Devisen haben sich von 513,3 Millionen Mark am Anfang des Jahres auf nur noch 106,2 Millionen Mark am 14. Mai verringert. Selbst wenn man die Deckungsfrage nicht überschätzt, wird man verstehen können, daß die Richtung und das Tempo dieser Devisenbewegung Gegenmaßnahmen der Reichsbank auslösen mußten, erstens zur Verteidigung ihres noch verbliebenen Devisenbesitzes und zweitens im Zusammenhange damit zur Vermeidung einer inflatorischen Aufblähung des Zahlungsmittelumlaufes, wozu Ansätze in den starken Inlandswechseleinreichungen (rund 2 Milliarden) vorhanden waren.

Die Rolle der Diskontpolitik.

Das klassische Mittel zur Beseitigung einer Devisenunterbilanz ist die Heraufsetzung des Reichsbankdiskontes. Die Erhöhung des offiziellen Bankzinsfußes hat mit Sicherheit zur Folge, daß wieder in größerem Maße Auslandsanleihen und damit Devisen nach Deutschland strömen, während gleichzeitig die Kreditanforderungen der Wirtschaft durch die Verteuerung des Zinses zurückgehalten werden. Geringere Inanspruchnahme von Reichsbankkredit ist aber gleichbedeutend mit Verringerung des Zahlungsmittelumlaufes. Wesentlich aus Konjunkturgründen hat die Reichsbank bis jetzt wohl die Diskonterhöhung unterlassen. Sie befürchtet offenbar, daß durch die Verteuerung des Zinses die mühsam in Gang gebrachte Konjunktur der deutschen Wirtschaft gestört oder ihr Fortgang doch nur um den Preis einer neuen inflatorisch wirkenden Vermehrung der Auslandsanleihen ermöglicht würde.

Die Störungen in der Devisenbilanz.

Die starken Devisenabflüsse der letzten Zeit beruhen teils auf regulären und teils auf außergewöhnlichen Ursachen. Als regulär sind neben den Devisenkäufen für die Bezahlung des Imports die Anschaffungen zum Zwecke der Verzinsung und Tilgung von Auslandsanleihen anzusehen, vielleicht auch noch die Rückkäufe der früher ins Ausland gewanderten Aktien und zur Not die Abwanderung deutschen Kapitals zur Beteiligung an ausländischen Industrie- und Handelsunternehmungen. Alle diese Käufe haben nun jede für sich eine starke Belastung des Devisenmarktes zur Folge gehabt. Die außergewöhnliche Devisennachfrage der letzten Zeit setzt sich einmal aus den Anforderungen des Reparationsagenten mit 108 Millionen Mark im April und andererseits aus deutschen Spekulationskäufen an den französischen, belgischen, italienischen und tschechischen Effektenbörsen zusammen.

Besonders aber wurde die angespannte Devisensituation verschärft durch folgende am Anfang schon erwähnte Transaktionen an den deutschen Börsen: Es hatte sich das Geschäft entwickelt, von New York bedeutende Summen hereinzunehmen und an den deutschen Börsen auszuleihen. Die erheblichen Dollarbeträge, um die es sich dabei handelt, wurden zu etwa 5 Proz. hereingenommen, während die Ausleihung am Börsengeldmarkte bis zu 8 Proz. einen großen Gewinn ließ. Der besonders stoßweise auftretende und daher doppelt unangenehme Deckungsbedarf für diese Valutaverpflichtungen war es denn auch, der den

Stein ins Rollen

brachte. Die Einschränkung dieser besonders bei ansteigender Konjunktur gefährlichen Börsendarlehen hatte unter der Begleiterscheinung des Börsenkrachs die Entspannung des Devisenmarktes zum Ziel.

Wie weit durch diese Maßnahme allein das Ziel nun erreicht wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls hat nach dem letzten Ausweis vom 14. Mai die Reichsbank von neuem 20 Millionen aus ihrem Devisenvorrat abgeben müssen. Ob die Reichsbank um die Anwendung des letzten Mittels, die die Konjunktur zweifellos hemmende Diskonterhöhung, herumkommen wird, wird sich aus den nächsten Reichsbankausweisen leicht erkennen lassen. F. D.

Aprilbilanz des Außenhandels.

Der Einfuhrüberschuß wieder um 55 Millionen gestiegen.

Der Rückgang des Einfuhrüberschusses vom Monat März hat im April nicht angehalten. Der Ueberschuß der Wareneinfuhr ist von 244 auf 299 Millionen gestiegen und bleibt nur um 40 Millionen hinter dem im Februar erreichten Höchststand von 339 Millionen zurück.

	Einfuhr 1927			Ausfuhr 1927		
	April	März	Jan./April	April	März	Jan./April
	in 1000 M nach Gegenwartswerten					
Lebende Tiere . .	14,7	14,4	57,0	0,6	0,9	2,8
Lebensmittel und Getränke	336,1	311,4	1348,2	28,8	31,3	123,1
Rohstoffe u. halbfertige Waren	555,5	588,1	2287,8	171,2	208,7	765,3
Fertige Waren .	190,2	171,2	674,0	597,0	600,3	2301,3
Rein. Warenverk.	1096,5	1085,1	4367,0	797,1	841,2	3192,5
Gold und Silber	7,4	34,8	132,6	1,4	1,8	6,3
Zusammen	1108,9	1119,9	4499,6	798,5	843,0	3198,8

Die Einfuhr im reinen Warenverkehr zeigt im April gegenüber dem Vormonat eine unwesentliche Zunahme — um 11 Millionen RM —. Die Einfuhr an Lebensmitteln ist um 25 Millionen RM, die Einfuhr an Fertigwaren um 19 Millionen RM gestiegen. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren weist dagegen eine Abnahme um 33 Millionen RM auf. Bei der Warenausfuhr ist eine Abnahme von 44 Millionen RM gegenüber dem Vormonat festzustellen, an der sämtliche Gruppen teilhaben. Am beträchtlichsten ist die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zurückgegangen (um 38 Millionen RM), während die Ausfuhr an Fertigwaren eine unbedeutende Abschwächung — um 3 Millionen RM. — aufweist.

Im einzelnen weist die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken gegenüber dem Vormonat eine Zunahme um 24,6 Millionen RM auf, die hauptsächlich auf die gesteigerte Einfuhr an Weizen (um 17,1 Millionen RM), Eiern, Roggen, Schmalz und Butter zurückzuführen ist. Die Einfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Abnahme um 32,6 Millionen RM. Daran sind die Textilrohstoffe mit 13,7 Millionen RM beteiligt. Abnahme zeigen ferner Kautschuk, Oelkuchen, Felle zu Pelzwerk u. a. m. Die Einfuhr an Fertigwaren weist eine Zunahme um 19,0 Millionen RM auf. Daran sind die Walzwerkserzeugnisse und Eisenwaren mit 10,2 Millionen RM, die Textilwaren mit 5,5 Millionen RM beteiligt.

Bei der Ausfuhr an Lebensmitteln und Getränken ist gegenüber dem Vormonat eine Abnahme um 3,0 Millionen RM. festzustellen. Die Ausfuhr an Rohstoffen und halbfertigen Waren zeigt eine Abnahme um 37,5 Millionen RM. Daran sind hauptsächlich beteiligt Steinkohlen (mit 10,5 Millionen RM), einige chemische Rohstoffe, nichtölhaltige Sämereien, Koks und Textilrohstoffe (mit 3,2 Millionen RM). Die Ausfuhr an Fertigwaren zeigt gegenüber dem Vormonat eine leichte Abschwächung (um 3,3 Millionen RM). Sowohl die Textilwarenausfuhr als auch die Ausfuhr an Walzwerkserzeugnissen und Eisenwaren weisen eine Abnahme auf, und zwar erstere um 15,5, letztere um 6,1 Millionen RM. Zunahme zeigt dagegen die Ausfuhr an Maschinen (um 7,7 Millionen RM), sonstige chemischen Erzeugnissen, Wasserfahrzeugen, Farben, Firnissen und Lacken sowie Kinderspielzeug.

Die Einfuhr an Gold und Silber zeigt gegenüber dem Vormonat einen Rückgang um 27,4 Millionen RM, die Ausfuhr ist nahezu unverändert geblieben.

Die Reichsbahn im April.

Der Güterverkehr hat sich im April nur wenig belebt. Arbeitstäglich wurden mit 145 388 Wagen, 1376 Wagen mehr als im März gestellt. Insgesamt wurden an den 24 Arbeitstagen des April 3 489 311 Wagen gestellt, 309 000 Wagen weniger als im März, der 27 Arbeitstage hatte. Das Osterfest führte zu einem gesteigerten Expreß- und Eilgutverkehr. Auch der Frachtstückgutverkehr war infolge des lebhaften Versandes von Gütern für die Bestellung und Pflanzung im Frühjahr stark. Die Betriebsleistungen waren im April im Güterverkehr etwas geringer als im März. Der Kohlenverkehr ging im ganzen etwas zurück. Im mitteldeutschen Braunkohlengebiet zeigte sich in der zweiten Aprilhälfte eine starke Versandsteigerung. Der Versand von Frühgemüse und Bananen über Bremerhaven hat eingesetzt. Der Versand künstlicher Düngemittel ging bei 67 000 Wagen gegenüber März geringerer Stellung weiter zurück. Merklich nachgelassen haben auch die Transporte landwirtschaftlicher Erzeugnisse; ebenso haben die Baustofftransporte nachgelassen.

Die Betriebsleistungen im Personenverkehr waren im allgemeinen ebenso hoch wie im März.

Die Betriebsergebnisse des Monat März zeigen folgendes Bild: Einnahmen insgesamt 395,6 Millionen Mark, davon 96,6 aus dem Personen- und Gepäckverkehr, 269,7 aus dem Güterverkehr und 29,3 aus sonstigen Einnahmen. Die Ausgaben betrugen: für Betrieb, Unterhaltung und Erneuerung 294,4 Millionen Mark, Dienst der Reparationsschuldverschreibungen 40,1, feste Lasten 14,0 und allgemeine Rückstellung 47,0.

Der Verkehr gestaltete sich im März lebhafter als in den Vormonaten und brachte dementsprechend gesteigerte Einnahmen, wozu stärkerer Berufs- und Ausflugsverkehr und vermehrte Transporte von Baugütern und landwirtschaftlichen Erzeugnissen beigetragen haben. Der Personalbestand betrug im März 1927 680 688 Köpfe gegen 652 617 Köpfe im Februar 1927. Die Vermehrung beim ständigen Personal ist auf den Rückgang der Grippeerkrankungen und beim nicht ständigen Personal auf die Bahnunterhaltung, wo wieder mehr Zeitarbeiter eingestellt wurden, zurückzuführen.

Die Arbeit der sozialen Baubetriebe.

Von der Hamburger Malergenossenschaft.

Als ein vorzügliches Beispiel erfolgreicher Bauhüttenarbeit wird in dem neuesten Heft A „Soziale Bauwirtschaft" des Verbandes sozialer Baubetriebe unter Beigabe schöner Bilder die Entwicklung der vor 17 Jahren gegründeten Malereigesellschaft Hamburg geschildert, die am 24. März ihr in Deutschland wohl einzig dastehendes Betriebsgebäude einweihen konnte. Die seinerzeit von siebzehn Hamburger Malergehilfen gegründete Genossenschaft ist zu einem der größten Malereibetriebe Deutschlands geworden. Erreicht wurde dieses Ziel durch echten Gemeinschaftsgeist der Belegschaft und durch eine vorbildliche Geschäftsführung. Wie an vielen anderen Stellen haben auch hier die Arbeiter von ihren Fähigkeiten und ihrer Kraft einen schönen Beweis geliefert. Im Gründungsjahr 1911 hatte die Malereigesellschaft einen Umsatz von 49 450 M., im Jahre 1926 dagegen von 635 975 Mark.

Beschäftigt waren im Monat März 1927 in den sozialen Baubetrieben 15 148 Angestellte und Arbeiter, das sind je Betrieb 99. Im gleichen Monat des Vorjahres waren es 12 744 und je Betrieb 72. In einer Abhandlung über die Reichsergebnisse der Betriebszählung vom 16. Juni 1925 wird die interessante Feststellung gemacht, daß auf jedes private Bauunternehmen in Deutschland durchschnittlich elf, auf jeden sozialen Baubetrieb dagegen durchschnittlich 111 Beschäftigte kamen. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Baunebenbetrieben, wo auf jeden privaten Baunebenbetrieb drei und auf jeden sozialen Baunebenbetrieb 37 Personen kommen.

Aus der chemischen Industrie. Die Sachtleben A.-G. für Bergbau und chemische Industrie, die im vergangenen Herbst durch den Zusammenschluß der vom Frankfurter Metallbankkonzern kontrollierten Gewerkschaften Sachtleben und Sicilia entstand, veröffentlicht jetzt ihren ersten Jahresabschluß. Auch in diesem Fall hat sich der Zusammenschluß, unterstützt von der Wirtschaftskonjunktur, privatwirtschaftlich erfolgreich ausgewirkt. Bei einem Aktienkapital von 12,0 Millionen konnte ein Rohgewinn von 5,4 Millionen Mark erzielt werden. Nach Abzug der Generalunkosten und fast 10prozentiger Abschreibungen auf die Anlagewerte von 7,3 Millionen verbleibt ein Reingewinn von 1,69 Millionen Mark, von dem eine Dividende von 12 Proz. gezahlt wird. Im Vergleich zur Eröffnungsbilanz vom Oktober 1926 weist die Jahresabschlußbilanz einige bemerkenswerte Veränderungen auf. Das Schuldenkonto hat sich mit 2,49 Millionen nur unwesentlich verändert, dagegen sind die Forderungen und Bankguthaben von 2,4 auf 5,6 Millionen Mark gestiegen, sind somit in drei Monaten weit mehr als verdoppelt. Das Unternehmen, das durch Rohstofflieferungen und enges fabrikatorisches Zusammenwirken mit dem J. G. Farbenkrust verbunden ist, hat sich gemeinsam mit diesem eine Interessenmehrheit bei der A.-G. für chemische Industrie, Gelsenkirchen, gesichert und damit in dem für die Bauwirtschaft wichtigen Lithopone- (Malerfarbe) Syndikat maßgebenden Einfluß erlangt. So wird auch das lebhafte Eintreten im Geschäftsbericht für den Hausbesitz und die Polemik gegen die bestehende Mietgesetzgebung verständlich, die nach der Meinung der Verwaltung eine Belebung des Bau- und Hausreparaturmarktes verhindert.

Die Nachfrage nicht zu befriedigen. Das Phonographengeschäft hat im vergangenen Jahre eine Entwicklung genommen, die sogar die hochgespannten Erwartungen der Industrie bei weitem übertrifft. Die Polyphonwerke A.-G. in Leipzig berichten von einer derart starken Nachfrage nach ihren Produkten, daß die Werke nicht in der Lage sind, den Bedarf zu befriedigen und Betriebserweiterungen erforderlich wurden. In der Bilanz werden entsprechend hohe Gewinne ausgewiesen. Der Rohgewinn beträgt 2,4 gegenüber 2,1 Millionen Mark 1925, und aus dem Reingewinn von 0,79 Millionen wird eine Dividende von 9 Proz. gegen 8 Proz. im Vorjahr verteilt. Die tatsächlich erzielten Gewinne sind aber weit höher. Die Gesellschaft konnte ihre Uebergangsposten, die als innere Reserven anzusehen sind, von 130 000 auf 278 000 Mark erhöhen. Die vorgenommenen Betriebserweiterungen erscheinen in den um 116 000 Mark erhöhten Anlagekosten. Auch an flüssigen Mitteln herrscht kein Mangel. Die Bankguthaben stiegen von 0,9 auf 1,3 Millionen und den 3,3 Millionen Forderungen stehen nur 1,0 Millionen Schulden gegenüber. Die Gesellschaft hat mit der Brunswick-Gesellschaft in Chikago eine Arbeitsgemeinschaft abgeschlossen und einen Austausch technischer Erfahrungen mit der AEG. Berlin und General Electric Company, New York, vorgenommen, von dem sie sich für die Zukunft ihres Geschäfts viel verspricht.

Leistung der deutschen Elektrizitätswerke 1927. Die Gesamtleistung der deutschen Elektrizitätswerke ist 1926 gegen das Vorjahr von rund 5 Millionen Kilowatt auf 5,7 Millionen Kilowatt, also um 13,7 Proz. gestiegen. Der Betrieb hat sich auch im vergangenen Jahre normal entwickelt, wenn auch der Absatz elektrischer Arbeit in Deutschland infolge des Daniederliegens der Industrie erheblich gelitten hat. Erst in den letzten Monaten des Jahres hat der industrielle Verbrauch allmählich wieder zugenommen, so daß insgesamt für Deutschland doch eine Steigerung der Erzeugung von 11,7 Milliarden Kilowattstunden im Jahre 1925 auf 12,1 Milliarden Kilowattstunden im Betriebsjahre, also um etwa 4 Proz. zu verzeichnen ist. Die Ausnutzung der Elektrizitätswerke ist infolge der geringen Absatzsteigerung um etwa 9 Proz. gegen das Vorjahr zurückgegangen. Im Gegensatz zur industriellen Abgabe hat die Verwendung der Elektrizität im Haushalt eine erfreuliche Zunahme zu verzeichnen, die an vielen Stellen den Ausfall an Industrieabsatz wettmachen konnte.

Abbau der Konkurrenz in England. England, das einstmals typische Land der freien Wirtschaft, gewährt der Kartellierung der Industrie immer größeren Raum. Nach lange vergeblich gebliebenen Versuchen hat die Baumwollgarn-Association eine Mindestpreisliste herausgegeben. Die Liste enthält Preise für sämtliche Garnsorten, eingeteilt in sechs Gruppen. Die Preise dürfen bei Verkäufen nicht unterschritten werden, wobei für Terminverkäufe besondere Preiszuschläge festgelegt wurden. Die Festlegung einer Mindestpreisliste ist nichts Neues. Immerhin ist charakteristisch, daß keine volle kartellmäßige Bindung vorliegt. Das Entscheidende ist allerdings der Ausschluß der unterbietenden Konkurrenz, eine Erscheinung, die noch vor dem Kriege besonders in der englischen Textilindustrie wohl kein Mensch für möglich gehalten hätte.

Erhöhte Dividende auch bei Julius Pintsch. Der Aufsichtsrat der Julius Pintsch A.-G., Berlin, hat beschlossen, seine 4prozentige Vorjahrsdividende auf 5 Proz. zu erhöhen. Der Reingewinn ist auf über eine halbe Million Mark gestiegen.

Das ländliche Schulwesen.

Zum Agrarprogramm der Partei.

Von Max Simon, M. d. L.

Schon die Veröffentlichung des von der Agrarkommission verabschiedeten Agrarprogramms hat sich für die Landagitation der Partei als außerordentlich nützlich erwiesen. Bisher stand unseren Genossen auf dem Lande für die Aufklärung der ländlichen Bevölkerung zumeist nur Material zur Verfügung, das landwirtschaftliche und ernährungspolitische Fragen fast nur vom Standpunkt der Konsumenten aus beleuchtete, obgleich in den Parlamenten unsere landwirtschaftlichen und siedlungspolitischen Arbeitsausschüsse schon seit der Revolution im wesentlichen im Sinne des vorliegenden Agrarprogramms gearbeitet haben. Es sei nur an Siedlungsgesetze, Pachtschutz, Kampf gegen Groß- und Latifundienbesitz, an das bisher schon so realpolitische, aber grundsätzliche Eintreten für Bodenreform, an die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung, an unsere Jahr um Jahr erhobenen Forderungen für die Land- und Forstarbeiter erinnert, vor allem an die beiden großen bodenreformerischen Anträge, den Antrag Müller-Franken im Reichstag und den großen sogenannten Produktionsantrag Wittich-Hessen und Genossen im Preußischen Landtag. All dieses und mehr bringt der Entwurf des Agrarprogramms, das in seiner klaren und übersichtlichen Zusammenfassung sozialdemokratischer Forderungen für eine gesunde Agrar- und Siedlungspolitik sich schon jetzt geeignet erweist, die Interessensolidarität der Arbeiterschaft auch mit dem selbst arbeitenden Bauernstande herzustellen.

Das sozialdemokratische Agrarprogramm gibt auch der Arbeit unserer Genossen in den Parlamenten eine einheitlich Zielrichtung. Praktisch wird ja schon jetzt mehr oder weniger im Sinne des Programms gearbeitet. Der erwähnte Antrag Wittich und Genossen zur Förderung der landwirtschaftlichen Produktion ist vom Hauptausschuß des Landtags in folgender Fassung einem Unterausschuß zur Sonderberatung überwiesen worden:

a) Zur Erweiterung der Anbaufläche sind die Kultivierung von Moor- und Oedland und die Landgewinnungsarbeiten in erhöhtem Maße durchzuführen. Für diese Zwecke sind größere Staatsmittel zur Verfügung zu stellen.

Das gewonnene Kulturland ist hauptsächlich zur Anlage von kleinen und mittleren Bauernstellen, zu Musterwirtschaften und als Siedlungsland zu verwenden.

b) die praktisch-theoretische Ausbildung der Landbevölkerung muß in umfassender Weise erfolgen. Die Grundlage der landwirtschaftlichen Fachausbildung ist auch durch Vermehrung der landwirtschaftlichen Winterschulen so zu verbreiten, daß kleinbürgerliche Betriebsleiter und Landarbeiter sie besuchen können. Die Lehrer der landwirtschaftlichen Fachschulen sind in ihrem Bezirk Berater der ländlichen Bevölkerung für Produktions- und Betriebsverbesserungen. Geeignete staatliche Domänen sind als Musterwirtschaften zur Verwendung für Lehrzwecke auszubauen.

c) Um eine intensive Bodenbearbeitung und eine planmäßige Bodenverbesserung zur Steigerung der Bodenergiebigkeit zu erzielen, hat der Staat möglichst durch Bildung von Genossenschaften alle Bestrebungen zu fördern, den kleineren und mittleren Landwirten die Verwendung verbesserter zweckmäßiger Maschinen und Geräte zu ermöglichen.

d) Bei der Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte ist der Weg vom Produzenten zum Konsumenten abzukürzen durch direkte Belieferung der Konsumenten- und Produzentengenossenschaften.

e) Bodenverbesserungen im großen, die über den einzelnen Betrieb hinausgreifen, sind mit öffentlichen Mitteln energisch zu fördern.

f) gegen Besitzer, die die Ausnutzung des Bodens vernachlässigen und ihre gesetzlichen Pflichten nicht erfüllen, muß rücksichtslos vorgegangen werden, eventuell durch Entziehung der Bewirtschaftung.

g) Im vermehrten Maß sind das ländliche Verkehrsnetz und die Licht- und Kraftzentralen auszubauen. Eine weitere Ermäßigung der Frachttarife für landwirtschaftliche Produkte und Massenbetriebsmittel (Saatgut, Dünger, Futtermittel) ist anzustreben.

Beim Abschnitt II des Agrarprogramms, „Die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung", wird u. a. ausführlich auch der Aus- und Aufbau des ländlichen und landwirtschaftlichen Schulwesens behandelt. Wir beabsichtigen nun, dem Abschnitt b des obigen Antrages in der Beratung des Landtagsunterausschusses, und zwar bis zum letzten Satze, folgende eingehendere Fassung zu geben:

A. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, das ländliche Volksschulwesen im Interesse einer gediegenen Ausbildung des ländlichen Nachwuchses auch dahin auszubauen, daß

1. die oberen vier Jahrgänge der wenig gegliederten Landschulen, besonders der einklassigen und Halbtagsschulen, möglichst in größeren Schulsystemen zusammengefaßt werden;

2. vor dem Schulabgang den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend ausreichende Zeit im Geschichtsunterricht für die Behandlung der Reichs- und Landesverfassung verwendet wird, die Mädchen vor dem Schulabgang planmäßigen Unterricht in Hauswirtschaft, Gesundheits- und Säuglingspflege erhalten;

3. in den naturwissenschaftlichen Fächern in den oberen Klassen auch in einfachen Beispielen die technischen und naturwissenschaftlichen Grundlagen der landwirtschaftlichen Erzeugung behandelt werden;

4. bei jeder Landschule ein Schulgarten eingerichtet wird;

5. möglichst allen Schülern, vor allem aber den minderbemittelten Kindern, Anrecht auf freie Lehrmittel gewährt wird;

6. die kinderschutzgesetzlichen Bestimmungen auch auf die Landschulkinder voll angewendet werden und

7. die Lehrer der ländlichen Volksschulen in ihren Besoldungs- und Beförderungsverhältnissen den Lehrern an städtischen Schulen gleichgestellt werden.

Weiter soll das Staatsministerium ersucht werden, das obligatorische Fortbildungsschulwesen für Knaben und Mädchen auch auf dem Lande vom 14. bis 18. Lebensjahr ein- und durchzuführen, in jeder Fortbildungsschule auf dem Lande Arbeitsunterricht auch im Schulgarten des Ortes vorzusehen. Ebenso wird gewünscht, daß jeder Landkreis mit mindestens einer, größere Kreise mit mehreren landwirtschaftlichen Winterschulen für die berufliche Fortbildung der Bauern-, Kleinbauern- und Landarbeiterkinder ausgestattet werden. Die wirtschaftlichen Hindernisse durch die Kinder von Kleinbauern und Landarbeitern heute vom Besuch der Landwirtschaftsschulen ausgeschlossen sind, sollen durch Gewährung von Stipendien und Freistellen aus öffentlichen Mitteln beseitigt werden. An den bestehenden und entstehenden Volkshochschulen sollen Volkshochschullehrgänge auch mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die im besonderen die Förderung der landwirtschaftlichen Erzeugung behandeln.

Zu diesen sozialistischen Anträgen werden auch die übrigen Mitglieder des Unterausschusses, werden später die Parteien des Landtages klar Stellung nehmen müssen. Die Interessenvertreter des Großgrundbesitzes fürchten nichts so sehr als Aufklärung und Fortbildung der Landbevölkerung. Besonders werden die Schreier nach Hochschutzzöllen als dem Alleinheilmittel für die Landwirtschaft zu beweisen haben, daß sie die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung auch durch Ausbau des ländlichen Schulwesens und die nach den sozialdemokratischen Anträgen zu organisierende Betriebsberatung voll unterstützen, und ob sie sich vor der Heranschulung eines allgemein wie landwirtschaftlich aufgeklärten Nachwuchses des Landarbeiter- und des Bauernstandes fürchten, wie sie bisher jede Aufklärung des arbeitenden Volkes gefürchtet haben.

Tagung des ADGB.

Schluß der Bundesausschußsitzung.

Im Auftrage der vom Bundesausschuß eingesetzten Kommission erstattete Genosse Schlimme (Bundesvorstand) dann Bericht über Vorschläge zur Durchführung der Verwaltungsreform und für das gewerkschaftliche Unterstützungswesen und unterbreitete formulierte Richtlinien. Nachdem für die Vereinheitlichung des Beitrittsgeldes und der Beitragsleistung entsprechende Richtlinien früher bereits nach den Vorschlägen der Kommission vom Bundesausschuß verabschiedet worden waren, stimmte er den neuen Vorschlägen ebenfalls zu, die die Vereinheitlichung der satzungsmäßigen Wartezeiten (Zahl der geleisteten Wochenbeiträge) und möglichst einheitliche Karenztage für Kampfunterstützungen (Streik und Maßregelung) sowie für soziale Unterstützungen herbeiführen sollen. Alle diesbezüglichen Formulierungen wurden als Richtlinien gegen wenige Stimmen angenommen. Diese werden nun ebenso wie die schon früher beschlossenen Richtlinien auf den kommenden Verbandstagen der Einzelverbände zur Beratung gestellt, um nach Möglichkeit in die Satzungen der Verbände übernommen zu werden.

In der Sitzung am 20. Mai befaßte sich der Bundesausschuß zunächst mit der endgültigen

Wahl der Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß.

Als Vertreter des Bundesvorstandes werden Leipart, Graßmann und Gertrud Hanna am Kongreß teilnehmen. Außer den bereits in der 7. Bundesausschußsitzung genannten Verbandsvertretern wird auch August Brey, der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, nach Paris gehen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, dem Ausbau des gewerkschaftlichen Bildungswesens, sprach der Bildungssekretär des ADGB. Alexander Knoll, der für eine Zusammenfassung und einheitliche Leitung der bisher von den Verbänden selbst aufgezogenen gewerkschaftlichen „Elementarschulen" eintrat, das heißt den Schulen und Kursen, die der Ausbildung von Betriebsräten und Funktionären für den Kleindienst dienen. Die Schule soll allen Verbänden, die sie benutzen wollen, für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehen. Es ist also zunächst an eine örtliche Zentralisierung der bestehenden Schuleinrichtungen und Kurse der Verbände gedacht, an die Vereinheitlichung der technischen Schuleinrichtungen. Die Zahl der festangestellten Lehrkräfte kann infolgedessen auf einige wenige beschränkt werden. Die Verbände können für ihre besonderen Lehrzwecke nach wie vor ihre eigenen Lehrkräfte stellen. Die Schule soll mit Internat verbunden sein und 120 Schülern Raum bieten. — Die Schulen des Metallarbeiterverbandes und des Fabrikarbeiterverbandes bleiben als Sondereinrichtungen dieser Verbände bestehen.

Die kurze Debatte ergab die einmütige Zustimmung der Verbandsvertreter zu dem Plan

der neuen Bundesschule.

Der Bundesvorstand wird ermächtigt, die Errichtung der Schule nunmehr vorzubereiten. Die geschäftlichen Einzelheiten bleiben künftiger Regelung vorbehalten.

Zum Schluß der Tagung erfolgte die Wahl der Reichsarbeitsrichter.

Der Stand der Ratifikationen.

Deutschland hinten an der Spitze.

Die Ratifikationstabelle für Mai 1927, die den vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Informations Sociales" beiliegt, zeigt, daß die 23 verschiedenen Uebereinkommen der Internationalen Arbeitskonferenz bisher in 225 Fällen bedingungslos ratifiziert worden sind. Dazu kommen noch 3 bedingte Ratifikationen, die das Arbeitszeitabkommen über den Achtstundentag betreffen, und 27 Ratifikationen des Uebereinkommens der Berner Konferenz von 1906 über das Verbot der Verwendung weißen Phosphors. Insgesamt liegen also, wenn man das Berner Uebereinkommen mitzählt, 255 Ratifikationen vor. Die Zahl der von den gesetzgebenden Körperschaften der verschiedenen Länder zur Ratifizierung genehmigten Uebereinkommen, die aber noch nicht ratifiziert sind, beträgt 25. Dazu kommen noch 162 von den Regierungen empfohlene Ratifikationen.

Der Erfolg der siebenjährigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes ist also sehr erfreulich, besonders, wenn man den Fortschritt der Ratifikationen vor dem Kriege (Berner Konferenz) mit dem Fortschritt seit Bestehen des Internationalen Arbeitsamtes vergleicht. Die Berner Konvention wurde in der Zeit von 1906 bis 1914 nur von 13 Ländern ratifiziert. Die 23 Uebereinkommen des Internationalen Arbeitsamtes sind in 7 Jahren, wie bereits angeführt, in 225, in 3 Fällen von 29 Ländern ratifiziert worden.

Bei Betrachtung dieser Ratifikationstabelle berührt es merkwürdig, daß die Gesetzgebung Deutschlands die Ratifizierung von bisher nur 4 Uebereinkommen ermöglicht hat. Es ist bereits in den letzten Haushaltsberatungen des Reichstages von dem Abgeordneten Genossen Grotewohl auf diese Tatsache hingewiesen worden. Vom Standpunkt der internationalen Sozialpolitik aus ist die Stellung Deutschlands nicht gerade erfreulich zu nennen, vor allem wenn man bedenkt, daß von den europäischen Ländern Bulgarien 16, Estland 14, Polen 13, Belgien 12, England 12, Lettland 12, Italien 11, Rumänien 11, Schweden 11, Griechenland 10, Tschechoslowakei 8 und Deutschösterreich 7 Uebereinkommen ratifiziert haben.

Wie wir hören, will die Regierung nach Verabschiedung des Arbeitsschutzgesetzes weitere Ratifikationen vornehmen. Im Hinblick auf die beträchtliche Anzahl der Ratifikationen anderer europäischer Länder wäre eine möglichst baldige Ratifizierung von weiteren internationalen Uebereinkommen durch das Deutsche Reich dringend erwünscht und der Reichstag sollte hier nach Möglichkeit etwas nachhelfen.

Generalversammlung der Buchbinder.

Ein erfolgreiches Vierteljahr.

Die Ortsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter hatte Mittwoch abend im Gewerkschaftshaus ihre ordentliche Generalversammlung einberufen, in der der 1. Bevollmächtigte, Genosse Imhof, den Geschäftsbericht vom ersten Vierteljahr gab.

Er teilte zunächst mit, daß im Laufe des 1. Quartals die Zahl der erwerbslosen Berufsangehörigen um rund ein Drittel abgenommen hat, daß aber immerhin noch am Schlusse des Quartals 2159 Berufsangehörige erwerbslos waren, gegenüber 3249 zu Ende des Vorjahres. Während sich die Organisation im Vorjahre fast ausschließlich darauf beschränken mußte, die Angriffe der Unternehmer auf die Errungenschaften der Arbeiter abzuwehren, konnte sie im ersten Quartal bereits wieder zu Angriffsbewegungen übergehen, die zum Teil mit ganz ansehnlichen Erfolgen für die Beteiligten endeten.

So wurde für die in der Zigarettenindustrie Beschäftigten ein ab 30. Juni wieder kündbares Lohnabkommen abgeschlossen, das eine Lohnerhöhung von 5 Proz. vorsieht.

Mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer ist es gelungen, wieder ein Sonderabkommen zu treffen, das die Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen in deren Buchbindereien denen der Buchdrucker und Anlegerinnen gleichstellt. Die dadurch erzielte Lohnerhöhung beträgt für Männer in der Spitze 3,50 M. pro Woche und für die Frauen 2,14 M. In den Api-Betrieben beträgt die durch Schiedsspruch festgesetzte Lohnerhöhung für Männer und Frauen in der Spitze 3,36 M. bzw. 2,04 M. Die erst im April eingeleitete Lohnbewegung für die Arbeiterschaft in den Betrieben des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer brachte eine Lohnerhöhung von 3,84 M. bzw. 2,40 M. In der Luxuspapierbranche wurde durch eine Vereinbarung vor dem Schlichter ab 23. April eine Lohnerhöhung von 4 Proz. und ab 17. September von weiteren 4 Proz. durchgesetzt. Für die Lederwaren- und Galanteriebranche wurde ein Zusatzantrag abgeschlossen, der ab 25. März eine Zulage von 6 Proz. und ab 29. September weitere 4 Proz. vorsieht. Hinzu kommen noch einige Abwehrbewegungen und die nicht in die Berichtsperiode fallende Lohnbewegung in der Kartonnagenindustrie, die durch die reichstarifliche Regelung jetzt erledigt ist.

In der Mitgliederbewegung ist ebenfalls eine erfreuliche Aufwärtsentwicklung erkennbar. Die Mitgliederzahl stieg von 8892 am Schluß des Vorjahres auf 9112 bis zu Ende des 1. Quartals, also um 220.

Trotz der immer noch erheblichen Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung erhöhte sich der Bestand der Lokalkasse um 8105 M. auf 34 419 M.

In der anschließenden Diskussion wurde an der Tätigkeit der Ortsverwaltung im allgemeinen keine Kritik geübt. Es ergingen sich lediglich einige Redner der „Opposition" in den üblichen Redensarten, ohne auf den Geschäftsbericht einzugehen. Zum Schluß wurde neben einem Antrag, der von der Ortsverwaltung ein schärferes Einschreiten gegen das Ueberstundenunwesen fordert, ein Antrag angenommen, den ausgesteuerten erwerbslosen Mitgliedern aus der Lokalkasse zu Pfingsten eine Extraunterstützung zu gewähren.

Die Wiederwahl der bisherigen Delegierten zur Plenarversammlung des Ortsausschusses erfolgte entsprechend dem Vorschlage der engeren Ortsverwaltung und debattelos.

Achtung, Zimmerer! Die über die Firma Kolodziej, Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 99/100, verhängte Sperre besteht noch; meidet daher sämtliche Baustellen dieser Firma.

Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin.

Aus der Partei.

Florian Gröger gestorben.

Wien, 20. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Freitag ist in Klagenfurt im Alter von 46 Jahren Genosse Florian Gröger einem Krebsleiden erlegen. Genosse Gröger war bis zu den letzten Wahlen, wo er wegen seiner Krankheit nicht mehr kandidierte, seit 1912 ununterbrochen Mitglied des österreichischen Parlaments. Nach dem Umsturz wurde er sozialdemokratischer Landeshauptmann von Kärnten und hat als solcher sowohl die Abwehrbewegung gegen die Angriffe der Südslawen und Italiener als auch die Agitation bei der Volksabstimmung in Kärnten geleitet.

Kommunale Vereinigung für Wohnungswesen.

Anläßlich der Tagung am 2. und 3. Juni in Breslau treffen sich die parteigenössischen Delegierten am 1. Juni nachmittags 5½ Uhr im Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17. Die Breslauer Parteiorganisation legt Wert darauf, die delegierten Genossen besonders zu begrüßen. Wir bitten, bestimmt und pünktlich dieser Einladung Folge zu leisten.

Kommunalpolitische Zentrale beim Parteivorstand (SPD.).

Chlorodont

Zahnbürsten

Zahnpaste

Chlorodont-Zahnbürsten 70 Pfg. und Mk. 1.25. Chlorodont-Zahnpaste 60 Pfg. und Mk. 1.00.

Die Chlorodont-Zahnbürste mit gezahntem Borstenschnitt paßt sich der natürlichen Rundung des Gebisses gut an, dringt in die engen Zahnzwischenräume und entfernt leicht alle Speisereste, den häßlichen Zahnbelag und beginnenden Zahnsteinansatz. Auch die hinteren Backen- und Weisheitszähne werden durch das halbrunde Borstenbüschel erfaßt und geputzt. Lockere Zähne werden durch gleichzeitige Massage des Zahnfleisches befestigt. — Die Chlorodont-Zahnpaste schont den kostbaren Zahnschmelz, verleiht den Zähnen elfenbeinartigen Hochglanz, bewirkt durch Sauerstoffsalze eine natürliche Mundreinigung und beseitigt üblen Mundgeruch bei herrlich erfrischendem Pfefferminzgeschmack.

Sonnabend
21. Mai 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Helden.

Von Maxim Gorki.

... Auf einem abgerissenen Fetzen des „Nowoje Wremja“ vom 14. Juni 1915 fand ich zufällig folgende Notiz:

„... Ich nehme das Periskop auf, schaue hindurch und sehe das grüne, wogende Korn und wie blaue Flecken darin die Kornblumen. — Weiter hinten zieht sich die baumbestandene Landstraße dahin. Quer darüber und weiter durch das ganze Feld geht ein niedriger gelblicher Erdwall. Das ist der feindliche Schützengraben. Da sitzen die Deutschen. Die Entfernung von uns bis zu ihnen beträgt vielleicht zweihundert Schritt.

Ich frage:

„Kann man einen deutschen Helm von hier aus über dem Erdwall erkennen?“

„Möglich ist es schon, aber es kommt nur selten, sehr selten vor, namentlich bei Tage. Wir verstehen eben auch keinen Spaß und halten die Augen offen nach dem Feind. Es gibt dafür besondere Spezialisten.“

Man zeigte mir auch gleich einen solchen Spezialisten.

Ein kleiner, unscheinbarer Soldat, auf den ersten Blick schläfrig und schlapp erscheinend, saß regungslos an der Schießscharte eines Stahlschildes, der ihn vor den feindlichen Kugeln sicherte. Er saß da und schaute unverwandt durch die kleine Oeffnung. In dieser Stellung verbrachte er ganze Tage. Niemand hatte ihn geheißen, niemand nötigte ihn, er folgte einfach seiner rein persönlichen Neigung. Gerade durch diese Schießscharte, und nur durch sie, konnte man die kleine Senkung sehen, wo die Deutschen Wasser holten. Sie schlichen natürlich immer nur gebückt vorbei, wenn sich mal aber einer von ihnen vorzeitig aufrichtete, so konnte man ihn sehen. Und dann — puff! — Das Gewehr lag stets bereit zur Hand — Anlegen und Abdrücken war das Werk von zwei Sekunden. Er fehlte nie.

„Gefangene haben uns berichtet,“ erzählte mir der Offizier, „daß dieser Weg bei ihnen der Todespfad heißt. In den letzten Wochen sind dort an vierzig Mann gefallen. Und dabei muß man sich vorstellen, daß das alles die Arbeit dieses Herrn da ist.“

Der „Herr“ hörte unser Gespräch völlig teilnahmslos an, als berührte es ihn gar nicht. Seine gleichgültigen, verschlafenen Augen bohrten sich in die Oeffnung des Schildes.

Dieser Mensch, der so rein mechanisch seinesgleichen vernichtete, läßt mich an einen anderen „Herrn“ denken, der seine Sache nicht minder ernsthaft betrieb.

In einem Eisenbahnabteil saßen sechs Personen, aber auf der Station Wolchowo stieg, sich bückend, noch jemand hinzu. Es war ein stämmiger, breitschultriger Soldat mit einem schweren Sack über der Schulter. Er legte den Sack auf den Schoß meines Nachbarn, schob sich sein Georgskreuz auf der Brust zurecht und sah uns alle, seine Lippen bewegend, aufmerksam an.

„Sechs,“ sagte er. „Das stimmt ja nu schon. Aber rücken Sie man noch ein bißchen zusammen!“

Mein Nachbar, ein Zollbeamter, brummte böse:

„Wie sollen wir denn hier noch zusammenrücken?“

„Für einen Helden wird es schon noch gehen. Ein Held muß doch einen Platz kriegen.“

Der „Held“ drückte den Beamten zuerst mit dem Knie beiseite, dann quetschte er sich auf den Sitz und schob uns mit seinen Hüften auseinander ...

„So, nu geht es schon ...“

Sein dickes Gesicht war so glatt rasiert, daß es bläulich schimmerte, ebenso wie ein beuliger Schädel. Die dünnen, schwarzen Brauen sahen aus wie ausgezupft — unter ihnen schauten rund hervortretende Augen hervor, wie die eines gefrorenen Fisches.

Unser Waggon rüttelte und stieß, die verschlafenen Insassen brummten erst und schwiegen dann wieder. Der Soldat zündete sich selbstbewußt eine Zigarette an; ich versank wieder in Halbschlaf und hörte nur undeutlich eine Unterhaltung mit dem rothaarigen Menschen mir gegenüber.

„Dieser Krieg hat eine gewaltige Bedeutung für jedermann,“ sagte der Schnauzbart. Der Soldat räusperte sich, spuckte aus und bestätigte:

„Das stimmt schon!“

„Hauptsächlich — es geht so etwas Aufrüttelndes durch das ganze Dasein. Nach allen Seiten wird der Weg frei.“

„Das stimmt schon, Herr!“

„Wenn ja natürlich auch schrecklich viel Menschen fallen.“

„Nu, mal muß der Mensch ja doch schließlich sterben.“

Nach dieser Einleitung klang die heisere, selbstbewußte Stimme des Soldaten allein durch das Rattern der Räder:

„Um nur mal von mir selbst zu reden: ich war doch ein ganz gewöhnlicher Zivilmensch, so wie Sie, fünf Jahre hatte ich auf den Flößen gearbeitet. Aber jetzt, infolge der großen Offiziersverluste, werde ich mein Examen machen, und dann werde ich auch Unteroffizier. Ich reise jetzt gerade zum Examen. Ich habe verwundet im Lazarett gelegen, und da habe ich die Zeit benutzt und habe etwas gelernt. Ich habe einen sehr strengen Charakter und ein scharfes Auge. Ein ganz gefährliches Auge habe ich — das Auge hat mir Gott zu meiner Freude geschenkt —, manchmal muß ich mich selbst wundern, wofür eigentlich? Sogar die Herren Offiziere, preisgekrönte Schützen, kamen immer, um mir beim Schießen zuzusehen, so genau schieße ich! Bis zu meiner ersten Verwundung hatte ich schon 29 Deutsche umgelegt. Das ist ehrlich gezählt — und ich habe die Getroffenen nicht etwa selbst gezählt, weil ich bemerkt habe, wenn man selbst zählt, dann schießt man daneben. Mancher Jäger schießt in seinem ganzen Leben nicht soviel Hasen, wie ich in einem Jahr Leute totgeschossen habe. Ein Mensch ist ja natürlich nicht wie ein Hase oder wie eine Ente, aber man zielt ja auch nur selten nach dem ganzen Körper, meistens schießt man doch nur nach dem Kopf, wenn der gerade aus einem Schützengraben herausguckt oder über einen Verbindungsgang hinrollt. Wissen Sie, ich habe mich im Schützengraben betätigt, habe mich an einer Schießscharte eingearbeitet; vor dem Graben war ein schmaler Sumpf, so hundert Schritt breit, und an der anderen Seite von dem Sumpf saßen die Deutschen. Die hatten eine ungünstige Stellung, muß ich sagen. Einmal habe ich an einem einzigen Tage acht Stück umgelegt.“

Der Soldat lachte rülpsend, so wie die Kirkisen lachen, und seufzte laut: „Ich muß mich wirklich über meine eigene Heldenhaftigkeit wundern.“

Ich betrachtete mir den Mann näher. In der Dämmerung des Herbstmorgens erglänzte das nackte, runde Gesicht des „Helden“, wie mit Speck eingerieben, von einem süßlichen Stolze; die Fischaugen lächelten glückselig.

Als ich später einmal einem Priester meiner Bekanntschaft von diesem Soldaten erzählte, bekam ich die Antwort:

„Worüber regen Sie sich eigentlich auf? Wenn wir an die Notwendigkeit dessen glauben, was wir tun, dann müssen wir es auch so gut wie möglich tun. Und wenn Gott die schwere Heimsuchung des Krieges selbst über uns verhängt hat, dann müssen wir sie auch als ein Gebot hinnehmen. Wenn es aber sein Gebot ist, dann — bitte sehr! Gott ist nicht grausamer als wir, also laßt uns seinen Willen in Demut erfüllen und, ich wiederhole, so gut wie möglich!“

Dieser Priester war ein kleiner, eingetrockneter Mensch mit traurig blickenden hellen Augen. Er schlug sie nieder und wiederholte leise:

„Gott ist nicht grausamer als wir ...“

(Mit Erlaubnis des Malik-Verlages, Berlin, der eine vollständige Gesamtausgabe der Werke Maxim Gorkis herausgibt, dem Bande „Erlebnisse und Begegnungen“ entnommen.)

Diehards.

„Nichts Belastendes gefunden! Für diese Verhöhnung der englischen Polizei müssen wir Rußland erst recht den Krieg erklären!“

Ein halbes Jahrhundert Patentschutz.

Es ist im allgemeinen nicht üblich, daß man bei Gesetzen Jubiläen feiert. Am 25. Mai dieses Jahres werden es 50 Jahre, daß das Patentgesetz seine Geburtsstunde erlebt hat. Und entgegen der sonstigen Gewohnheit wird dieses Tages ganz besonders gedacht. Also muß es doch mit dem Patentgesetz etwas auf sich haben, das weiter reicht, als nur bis in die Interessensphäre des Fachmannes. Tatsächlich kann man auch vom Patentgesetz sagen, daß es eine Periode fruchtbaren technischen Arbeitens eingeleitet hat, was seinerseits wiederum nicht ohne großen Einfluß auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens geblieben ist.

Wir können uns die Zeit, zu der es noch keinen Patentschutz gab, kaum recht vorstellen. Allerdings gab es vor dem Jahre 1877 schon Bestimmungen, die einen gewissen Schutz von Erfindungen und Neuigkeiten bezweckten, aber in ihrer Endwirkung hatten diese Bestimmungen doch durchaus nicht die Eignung, einen wirklichen Schutz zu bieten. Von gewissen Seiten war man vor 1877 sogar geneigt, einen Patentschutz für überflüssig, wenn nicht gar schädlich zu halten. Man glaubte nämlich, daß notwendigerweise aus dem Patentschutz eine Verteuerung der Industrieprodukte entstehen müßte. Die Entwicklung nach Bestehen des Patentgesetzes hat aber gezeigt, daß diese Meinung falsch war und daß eher das Gegenteil zutreffend ist. Patentschutz bedeutet Förderung der industriellen Produktion und damit von sich aus schon eine Verbilligung der Industrieprodukte. Die schutzlose Zeit oder doch schon der Mangel an Schutz, dem Erfinder ausgesetzt waren, hatte doch zur Folge, daß sich niemand dazu entschließen konnte, Erfindungen bekanntzugeben; denn, wenn irgendeine Erfindung bekannt war, dann war sie schon nicht mehr sein Eigentum, sondern konnte von anderen, die kapitalkräftig und skrupellos genug waren, ausgenutzt werden, ohne daß der Erfinder als Vater der Idee auch nur den geringsten materiellen Anspruch auf irgendein Entgelt erheben konnte. Die Geschichte der Erfindungen zeigt mehr als einen großen Erfinder, der durch mangelnden Rechtsschutz um den Ertrag seiner Erfindung gebracht worden ist. Bekannt ist das Schicksal Gutenbergs, des Erfinders der Buchdruckerkunst, einer der größten Erfindungen aller Zeiten, der als armer Mann gestorben ist, während seine Nachahmer zu Millionären geworden sind. Ebenso, um noch ein anderes Beispiel herauszugreifen, der Erfinder der Nähmaschine, der im größten Elend starb, während auf seiner Erfindung ganze Industrien aufgebaut wurden.

Aber noch einen anderen Mißstand brachte der mangelnde Erfinderschutz vor 1877 hervor. Bekanntlich weist das Gebiet der Erfindungen allerhand Kuriositäten auf. Unter Tausenden von Erfindungen befinden sich Hunderte, die bloße Phantasiekonstruktionen sind, praktisch aber nicht die geringste Bedeutung haben, schon aus dem Grunde, weil sie den elementarsten Naturgesetzen zuwiderlaufen. Aber wer belehrt einen solchen Erfinder, der eifersüchtig für sein Geisteskind eintritt, über die Unmöglichkeit dessen, was er konstruieren will? Selbst wenn ein solcher Erfinder geneigt wäre, die Autorität eines Kritikers anzuerkennen, so würde er doch von dem Gedanken kaum freiwerden können, daß hier hämische Mißgunst das Urteil diktiert, weil der Betreffende ihm nicht gönnt, daß die Erfindung Erfolg hat. Durch den gesetzlichen Patentschutz ist nun eine Instanz geschaffen, die objektiv Erfindungen beurteilen kann, die über das ganze Gebiet der Möglichkeiten genau orientiert ist, und die doch nicht irgendein materielles Interesse daran hat, eine wirklich gute Erfindung totzuschweigen: das Reichspatentamt in Berlin. Neben diesem kommt noch der Stand der Patentanwälte in Betracht, deren besonderer Beruf es ist, Erfinder zu beraten.

Die Tätigkeit des Reichspatentamtes in den verflossenen 50 Jahren wird durch die Zahl der in dieser Zeit bearbeiteten Patentanmeldungen charakterisiert. Seit Bestehen des Patentamtes, das mit dem Gesetz vor 50 Jahren geschaffen worden ist, sind nicht weniger als 1,4 Millionen Patentanmeldungen bearbeitet worden. Von diesen 1,4 Millionen Patentanmeldungen wurden im ganzen 440 000 patentamtlich geschützt. Man kann sich kaum eine Vorstellung davon machen, welch' eine Summe von Einzelarbeit dazu gehört, um die Zahl der Anmeldungen zu erledigen. Hunderttausende von Patentanmeldungen, das sind Hunderttausende Wege von der Phantasie zu Gebrauchsgegenständen. Und das Patentamt muß unbedingt wissen, ob eine solche Erfindung irgendwie schon geschützt ist. Wieviel Erfindungen sich decken oder doch zum mindesten ähneln, das zeigt die Tatsache, daß 1232 Menschen ein Reichspatent erhalten haben für 1232 Möglichkeiten, einen Stock an einem Besen zu befestigen. Das sind 1232 Nuancen, von denen jede einzelne aber so eigenartig ist, daß sie Patentschutz beanspruchen konnte. An diesem einen Beispiel kann man schon ermessen, wie groß die theoretische Möglichkeit ist, daß zwei Erfindungen einander gleichen, und welche Schwierigkeiten daher für die patentamtliche Beurteilung bestehen. Und jedes Jahr sind bis jetzt seit Bestehen des Patentschutzes die Anmeldungen gewachsen. Im Jahre 1913 waren es 50 000; 1915, also während des Krieges, nur 21 000; die Zahl stieg im Jahre 1921 wieder auf 56 000, und 1925 und 1926 sind je 64 000 Patente angemeldet worden.

Menschen und Räume im Bauhaus.

Von Boris Axelrod.

Auf dem Wege vom Bahnhof Dessau zum dahinter liegenden Bauhaus erblickt man dessen Anlagen schon von weitem. Zuerst wirken sie auf den, der sie noch nie sah, fremdartig. Indem man näher herankommt, entsteht in wenigen Minuten schon eine gewisse vorläufige Vertrautheit mit den flachen großfenstrigen Gebäuden. Neben der Zweckform erkennt man die Schönheit.

Der Aufenthalt in den Räumen des Bauhauses wirkt befreiend. Hier muß jeder Mensch, nach einiger Zeit mindestens, dazu gelangen, traditionslos zu denken. Jede Enge und Abgeschlossenheit fehlt, in den Korridoren wie in den Bureauräumen, in den Arbeitssälen, Werkstätten und Wohnräumen ist sie nicht vorhanden. Der Blick ins Freie durch die wandartigen großen Glasfenster läßt die Wände nur als technischen Schutz, nicht als Abgrenzung erscheinen. Daß diese Bauweise für Bureaugebäude und Fabriken ideal ist, kann nicht bezweifelt werden. Man fragt sich nur, wie man in solchen Räumen wohnt und lebt.

Nicht alle Bauhausmöbel sind schon so zu einer gewissen Vollendung entwickelt wie die Architektur. Der Bandstuhl aber hat nach jahrelangen Versuchen eine Form gefunden, die ein ideales Sitzmöbel darstellt, das die Vorzüge des harten Stuhles und des Polstersessels miteinander vereinigt. Sein Gestell besteht aus zwei, durch Schrauben miteinander verbundenen vernickelten Rohrteilen. Sitzfläche und Rückenlehne bilden darüber gespannte Stoffe. Der Stuhl ist leicht und läßt sich bequem verschieben, er gleitet wie ein Schlitten mühelos über den Boden. Für Saalbestuhlungen eignet sich der Bauhaussessel besonders gut, da er leicht zu reinigen ist, einen bequemen Sitz bietet und in größerer Anzahl einen eigenartig ästhetischen Anblick darstellt. Die mit ihm ausgeführte Bestuhlung der Aula des Bauhauses (vor der Versuchsbühne) wirkt grandios und durchweg schöner als das traditionelle Plüsch unserer Vorführsäle. Die Meisterhäuser zeigen, wie man in Bauhausräumen lebt und wohnt. Man empfindet sofort, daß hier der Mensch und seine Individualität viel mehr zur Geltung kommt als in den üblichen Wohnungen, deren Ausstattung ein Leben für sich führt. Daß kein unnötiges Möbelstück und keine nur dekorative Ausstattung vorhanden ist, wirkt nicht leer, weil diese scheinbare Leere durch den Menschen ausgefüllt wird. Das gilt natürlich ganz besonders für Wohnräume. Wenn man erstmals Gelegenheit hat, sich in diesen Zimmern mehrere Stunden aufzuhalten, so gelangt man zu einer eigenartigen Erkenntnis: es ist nicht kälter, sondern behaglicher als in den üblichen Wohnräumen! Das gleiche gilt für die Schlafzimmer, in deren konsequent durchgeführter Zweckform eine wohltuende Ruhe liegt.

Küche und Badezimmer sind von jeglichem Ueberflüssigen befreit. Die Reinigungsarbeiten in der Bauhauswohnung darf man ruhig nur ein Viertel so hoch anschlagen wie in den anderen. Das bedeutet eine ungeheure Entlastung für die Hausfrau.

Die Individualität des Raumes! Muß sie denn überhaupt sein — sind nicht die Menschen selbst individuell genug? Viele tragen aber den für sie berechtigten Wunsch nach dem persönlichen Heim in sich. Dessen Durchführung erleichtert sogar der Bauhausstil. Individualität der Wohnung bedeutet nicht andere Einzelformen, sondern andere Atmosphäre! Durch Farben und Proportionen, durch wenige, aber entscheidungsvolle Bilder, entsteht dort der persönliche Charakter des Wohnraumes!

Die Bauhaushäuser sind billig, billiger als das bisherige Bauen, trotz der vielen großen Fenster und der technischen Vollendung. Das bezeugen besonders die Häuser der Arbeitersiedlung Dessau-Törten, die in einigen Wochen bezogen werden. Mit Grund und Boden sowie Straßenanschluß samt allen Installationen kostet ein solches Haus etwa 9000 M. Es enthält eine Wohnküche, eine Spülküche (zugleich Bad und Waschküche), drei Schlafzimmer und in einem Anbau eine Gerätekammer mit Fahrradraum sowie zwei Stallräume. Der Monatszins eines solchen Hauses würde etwa 50 Mk. betragen. Die Wohnhäuser, die die amerikanische Gesellschaft in Berlin bauen will, sollen monatlich gegen 100 M. kosten und enthalten nur 3½ Zimmer sowie Küche, Bad und Nebenräume. Die Ausstattung soll natürlich etwas luxuriöser sein und die Grundpreise sind natürlich auch höher. Anderseits würden die Bauhaussiedelungstypen bei Großsiedelungen (es wurden in Törten nur sechzig erstellt) sicher noch erheblich billiger herzustellen sein.

Das Bauhaus sucht die reine Zweckform für alle Dinge des menschlichen Lebens, unbehindert von jeder anderen Rücksicht. Dabei zeigte sich aber, daß die praktischsten und zweckmäßigsten Schöpfungen und Gestaltungen auch die schönsten sind.

Wenn die Arbeit des Bauhauses sich für breite Kreise noch nicht sofort bemerkbar macht, so ist sie für den Arbeiter trotzdem von größter Wichtigkeit. Das Bauhaus schafft Räume und Formen für den Geist des 20. Jahrhunderts, den Geist des Sozialismus und der angewandten Wissenschaft, der Segnungen der technischen Zivilisation für alle. Und es wird nur wenige Jahre dauern, bis wir das Wirken und die Anregungen des Bauhauses überall im Alltag merken: bei den neuen Bauten und bei den Formen unserer Gebrauchsgegenstände.

Walter Gropius, der von der bürgerlichen thüringischen Regierung aus Weimar vertriebene Gründer und Leiter des Bauhauses, erwarb sich durch seine vorbildliche Tätigkeit große Verdienste.

Das Kirschblütenfest der Japaner. Die Blüte der Kirsche gilt den Japanern als die feinste und vornehmste aller Blüten und daher wird sie auch überall in der Kunst nachgeahmt. Man hat die Kirschblüte in Japan auch mit mancherlei Schmeichelnamen, wie strahlender Schnee usw. bedacht. Kommt der Tag des Kirschblütenfestes, so ziehen die Japaner hinaus an die Orte, wo Kirschbäume stehen und feiern dort ihr Frühlingsfest. Ueberall, wo ein paar Kirschbäume angepflanzt sind, lassen sich auch Männer, Frauen und Kinder nieder. Es werden Frühlingslieder angestimmt und Lobsprüche für den Kirschbaum gesungen. Frauen haben zu Hause kleine Kuchen gebacken, die nun hier beim Umgehen der Teekanne verzehrt werden. Am Kirschblütenfest ruht auch der Aermste einmal von seiner Arbeit aus, um mit Freunden und Verwandten lustig und ausgelassen zu sein. Richtige Volksfeste entstehen an Stellen, wo Kirschbäume in großer Zahl stehen. Dorthin strömen hunderte und tausende Familien. Alles lagert sich auf die Erde. Musiker spielen fröhliche Lieder, es wird getollt und gesprungen, die Händler mit Sake, mit Reisbier, haben alle Hände voll zu tun, um die Kundschaft zu befriedigen. An solchen Orten erscheinen auch stets vielerlei Masken, Männer humpeln in Frauenkleidern einher, und junge Burschen haben sich die Kleidung von Mädchen angezogen.

Für den Herrn billige Angebote für Pfingsten

Herren-Artikel

Perkaloberhemd aparte Muster, mit Kragen	**4.75**
Oberhemd a Zephyr	**7.50**
Oberhemd Popeline, mit Seidenglanz	**7.90**
Selbstbinder Reine Seide . . 2.35 1.45	**0.85**
Stehumlegekrag. Mako, moderne Form	**0.50**
Hosenträger aus vorzüglichem Seidengummi	**0.95**
Herrenfilzhüte neue Farben 4.90	**3.90**
Herrenstrohhüte 2.95	**2.25**

Herren-Trikotagen

Netzjacken naturfarbig	**0.85**
Herren-Hosen echt Mako	**2.60**
Trikot-Oberhemd moderne Muster 2.90 2.25	**1.95**
Herrengarnituren Jacke und Hose	**3.90**
Herrenkniehosen makofarbig, mit und ohne Plastic . . . 2.45	**2.25**

Schuhwaren

Schwarz R.-Box Herren-Halbschuh original goodyear gedoppelt, prima Qualität	**8.90**
Braun R.-Box Herren-Halbschuh Rand weiß genäht eleg. Form, gute Ausführ.	**10.75**
Lack-Herren-Halbschuh moderne Form, erstklassige Ausführ.	**12.50**
Schwarze Herr.-Stiefel u. Halbschuh eleg. u. bequeme Form, Orig. goodyear Welt	**12.50**

Herren-Socken

Prima Jacquard-socken neueste Muster, Paar	**0.85**
Herren-Socken Seidenflor, Ia Qualität, feinfarbig . . . Paar 1.50	**1.25**
Herren-Socken Kunstseide u. Flor, pr. Qual., in vielen eleg. Mustern Paar	**1.75**
Herren-Schweiß-socken stark wollhaltig Paar	**0.75**
Herren-Socken Kunstseide, plattiert, schw. Qualit., feine Uni-Farben	**2.25**

Sport-Artikel

Turn- u. Ruderhemden ohne Arm	**1.45**
mit Arm	**1.65**
Turn- u. Ruderhose Leinen, weiß	**1.25**
Wanderstutzen	**0.95**
Wanderkocher	**2.95**
Brotbeutel ohne Gurt	**1.45**
Bootsstühle zusammenlegbar	**0.95**
Tennisschläger	**12.00**
Sportgürtel Leder	**0.95**
Schwimmkorken	**2.95**

Besonders zu beachten:
Sonder-Ausstellung
Foto-Artikel

Sakko-Anzug 1reihig, mod. gem. Cheviot und Gabardine 48.- **35.-**
Frühj.-Mäntel gute Gabardine u. Cheviot-Stoffe 46.- **38.-**
Sakko-Anzug 2reih., gedieg. Stoffe, in blau u. farb., vorz. Sitz . 65.- **54.-**

Gummi-Mäntel Schweden- und Schlüpferform, anerkannt gute Markenqual. 25.00	**16.50**
Windjacken imprägniert, aus wetterfesten Stoffen . . . 12,75	**8.50**
Sportbreeches dopp. Gesäß halb. Stoffe in praktischen Farben 8.75	**5.90**
Beinkleider neue Formen, elegante Cheviotstoffe . . . 18.00	**11.90**

Damen- u. Herrentaschentücher
zum Teil mit kleinen Schönheitsfehlern
enorm billig!
0.25 0.15 0.12

Neu! Im Erfrischungsraum **Soda-Fontaine** Neu! Im Erfrischungsraum
1 Soda naturell 0.05
1 Soda mit Himbeer oder Citrone . . . 0.15
1 amerikanische Eiscrème Soda in verschiedenen Sorten 0.40

Toiletten-Artikel

Birkenwasser, Bay-Rum beste Haarpflegemittel . . . . ½ Fl.	**0.95**
Kopfbürsten prima Borste, in Holz und Celluloidfassung . . . 2.95 1.95	**0.95**
Rasier-Apparat versilbert und vernickelt, in Leder- und Nickel-Etui 2.95 1.95	**0.95**
Eau de Cologne „ Lavendelwasser extra stark . . . . ½ Fl.	**0.95**

H. Joseph & Co
BERLIN-NEUKÖLLN BERLINERSTR. 51—55

Theater Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus a. Platz d. Republ. 7½ Uhr: Boris Godunoff
Schauspielhaus 8 Uhr: Florian Geyer
Schiller-Theater 8 Uhr: Musik.

Städtische Oper
Charlottenburg 6½ Uhr: Die Meistersinger von Nürnberg
Abonn.-Turnus II

Deutsches Theater
Norden 10334—37
8 U. Ende 11 U.
Der Arzt am Scheideweg

Die Komödie
Bismarck 2414. 7514
8½ U. Ende 10 Uhr
Der Snob
Nachtvorstellung Tägl. 11 U., Ende 1 U.
Revue: Was Sie wollen
Preise 2, 3, 4 u. 5 M.

Kammerspiele
Norden 10334—37
8¼ Uhr. Ende 10 U.
Dyckerpotts Erben
In Vorbereitung: Papiermühle
Lustspiel von Georg Kaiser

Rose-Theater
8¼ Uhr.
Der Vetter aus Dingsda

SCALA
Nollendorf 7300
8 Uhr
Charlie Rivel Trio
und weitere Variété-Sensationen!
Sonnabends u. Sonntags 2 Vorstellungen 3³⁰ und 8 Uhr, 3³⁰ zu ermäßigt. Preisen d. ganze Programm

Volksbühne
Theater am Bülowplatz: 8 Uhr: — Ein Sommernachtstraum. Morgen 3 Uhr Traumspiel 8 Uhr: — Ein Sommernachtstraum.
Th. am Schiffbauerdamm: 8 Uhr: Jan der Wunderbare

Rennen zu Karlshorst
Sonnabend, den 21. Mai 1927 nachm. 3 Uhr
Jagdrennen der Vierjährigen.

ERIK CHARELL BRINGT:
Nur noch 11 X Tägl. 8 U.
Wie einst im Mai
Alfred Braun, Lucie Mannheim a. G.
Bendow, Westermeier, Kupfer u. a.
Großes Schauspielhaus

Komische Oper
Allabendlich 8¼ Uhr: die neue gr. James-Klein-Revue mit dem Titel
Streng verboten!!
Die Revue der verbotenen Leidenschaften!
Ueber 200 Mitw. / 8 Balletts.
Vorverkauf a. d. Theaterk. ab 10 U. ununterbr.

CASINO-THEATER 8 Uhr: Pimpelhuber der Millionen-Erbe
Ab 28. Mai: Der Fehltritt einer Frau.
Gutschein: Faut. 1 Mk., Sessel 1,50 Mk.

MOKKA EXPRESS-STUBEN
EUROPAHAUS
KÖNIGGRÄTZER-STRASSE 118/119.
KAFFEE AUS ORIGINAL-EXPRESSO-MASCHINEN
KUCHEN ODER TORTE 25 ₰
VORZÜGL. EIS MIT SAHNE 45 ₰
EISCREME-SODAFONTAINE

Wallner-Theater
8¼ Uhr: Der Lustspielerfolg
Auf der Sonnenseite

Reichshallen-Theater
Allabendlich 8 Uhr:
Stettiner Sänger
(Meysel, Britten, Steidl usw.)
Das wunderbare Mai-Progr.!
Dönhoff-Brettl: Varieté, Konzert, Tanz

Theat. a. Nollendorfpl.
Kurfürst 2091
8 U., Ende gegen 11 Uhr
Drei arme kleine Mädels
Operette von Walter Kollo

Theater des Westens
Täglich 8 Uhr: Heinrich Heines erste Liebe
Musik: Wilh. Lindemann. Lichtenstein, Seditz, Lieban, Hirsch.
Sommerpr. 1—8 M.

Zentral-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Die Wette
Lustspiel von Carl Sloboda

Walhalla-Theat.
Täglich 8¼ Uhr:
Die von der Liebe leben!
Jugendliche haben Zutritt; Vorzeiger zahlt nur halbe Kassenpr.

Saltenburg-Bühnen Des. Künstler-Th. 8¼ Uhr: **Adieu Mimi**
Lessing-Theater 8 U.: **Der Patriot**
Kortner, Klemens

Barnowsky-Bühnen Th. Königgrätz. St. Hasenheide 2110 8 Uhr: **Die Schule v. Uznach**

Komödienhaus
Norden 6304
8 Uhr
Theo macht alles!

Metropol-Theat.
Täglich 8¼ Uhr
Zirkusprinzessin

Thalia-Theater
8 Uhr
Wenn der junge Wein blüht

Lustspielhaus
8¼ Uhr:
Bobby's letzte Nacht
Vespermann, Hinder, Junkermann

10 PF. — 100 MARK
Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachahmung gesetzl. gesch.
fertigt seit 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Schkeuditz-Leipzig

Theater am Kottb. Tor
Kottb. Str. 6
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Großes Ueberraschungs-Programm!

Quedlinburg
die alte schöne Stadt
Kostenlose Auskunft d. Verkehrsamt.

Heute
Tag der Schulen
auf der
WOCHENEND-Ausstellung!

Jeder, der seinen Kindern eine Freude bereiten will, **muß erscheinen!**

Verteilung der Preise aus dem großen Schüler-Wettbewerb

Kinderchöre · Das Kind als Darsteller
Kasperle-Theater · Kindersport

Eintrittspreis heute
nur **1 Mark,** Jugendliche **30 Pf.**

Freier Eintritt in den SCHNEEPALAST
für alle Ausstellungsbesucher bis nachts 12 Uhr

Das große neue Skisport-Werbeprogramm

1000 M. Belohnung

Wer sind die Drei ???

Heute, Sonnabend, den 21. Mai 1927, halten sich zwischen 6 und 8 Uhr nachmittags beim Kriminalfest im LUNAPARK drei Personen auf, für deren Feststellung obige Belohnung ausgesetzt ist.
Alle Berliner werden hiermit aufgefordert, die drei Personen zu suchen. Der Steckbrief (die Suchkarte) wird heute nachmittag 4 Uhr erlassen und jedem Besucher am Eingang ausgehändigt. Die Suchkarte zeigt die Bilder, sowie die genaue Beschreibung der Drei.

Wer die Drei findet,
erhält die ausgesetzte Belohnung von 1000 Mark.
KRIMINAL-BEAMTE SIND VOM WETTBEWERB AUSGESCHLOSSEN

24a

Feuerwerk / Doppelkonzert.
Eintrittskarten 1 M. an den Kassen des Lunaparks und den Theaterkassen Wertheim.

Fordern Sie sich ausdrücklich in den Geschäften die neuen großen 20-Pf.-Rollen u. Schleifen
Kapitän-Kautabak
echt Kopenhagener Qualität. Feinster Geschmack. Jedes 20-Pf.-Stück wird in Papier verpackt geliefert; nicht verpackte weise man als unecht zurück. Wo nicht erhältlich, werden Verkaufsstellen mitgeteilt durch C. Rückert, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3861).

Unseren Genossen
Heinrich und Berta Rabe
Gleimstr. 60, zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Genossen vom Bez. 137 (27 Abt.)

Am Dienstag, dem 17. Mai, verschied nach langem, schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder, Schwager und Onkel, der frühere Gastwirt
Otto Franke
im 67. Lebensjahre
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ida Franke und Sohn.
Trauerfeier am Montag, dem 23. Mai, nachm. 3½ Uhr, Kremator. Gerichtstr.

Regelmäßige Dampferfahrten
Reederei Bafhke & David
Vom Sonntag, dem 22. Mai, an jeden Sonntag u. Feiertag nach **Saatwinkel, Tegelort, Gehrstelde, Heiligensee** und **Lehnitzsee.** Ab **Berlin Fennbrücke** (Nordufer) 8³⁰, 9³⁰, 13³⁰. Ab **Berlin Beusselbrücke** an der Seestraße, 8⁴⁵, 9⁴⁵, 13⁴⁵. Der Dampfer 8³⁰ bezw. 8⁴⁵ fährt bis Lehnitzsee. Dampfervermietungen an Vereine und Gesellschaften zu billigsten Preisen. Schulen besondere Ermäßigung. Geschäftsstelle: **Spandau, Hamburger Str. 90b.** Tel. Spandau C. 7, 2883.

AWA
Allgemeine Wassersport-Ausstellung
Potsdam 1927 / 21. Mai bis 7. Juni
auf dem Land- und Wassersportplatz Luftschiffhafen am Templiner See
Schau und Vorführung von Wassersportfahrzeugen aller Art und der Erzeugnisse der gesamten Zubehörindustrie
Sonderabteilung für Binnenschiffahrt
Am 22. Mai von 11 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags Auffahrt der Wassersportvereine
Während der Auffahrten großes Militärkonzert
Am 25. und 26. Mai Frühjahrsregatta des DMY.-Verbandes. — Am 28. und 29. Mai Frühjahrsregatta des ADAC. — Am 4., 5. und 6. Juni Templiner See-Woche des Deutschen Segler-Verbandes
Eröffnung: Sonnabend, den 21. Mai
nachmittags 3 Uhr
Eintrittspreis eine Reichsmark
Geöffnet täglich von 10 Uhr vorm. bis 8 Uhr abends